

Erreichtes bewahren – Bedrohungen entgegentreten – Zukunft gestalten
Die LGBTIQ*-Strategie der Landeshauptstadt München mit strategischem Maßnahmen-
plan

München - die Stadt für LGBTIQ* I:

Die LGBTIQ*-Strategie der Landeshauptstadt München wird gestärkt und ausgebaut!

Antrag Nr. 20-26 / A 02912 von der Fraktion Die Grünen - Rosa Liste, SPD / Volt - Fraktion
vom 13.07.2022

München erstellt einen Aktionsplan Queeres München

Antrag Nr. 20-26 / A 02730 von der Stadtratsfraktion DIE LINKE. / Die PARTEI
vom 12.05.2022

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 15482

Beschluss des Verwaltungs- und Personalausschusses vom 29.01.2025 (SB)

Öffentliche Sitzung

Kurzübersicht

zum beiliegenden Beschluss

Anlass	Die Anträge der Fraktion Die Grünen – Rosa Liste und SPD / Volt, eine LGBTIQ*-Strategie der Landeshauptstadt München darzustellen, um diese zu stärken und auszubauen sowie der Fraktion DIE LINKE. / Die PARTEI zur Erstellung eines Aktionsplans Queeres München werden mit dieser Beschlussvorlage dem Stadtrat zur Entscheidung vorgelegt.
Inhalt	Es wird eine ausführliche Darstellung und Analyse queeren Lebens sowohl in München als auch global, auf europäischer und Bundesebene sowie in Bayern vorgelegt. Hauptteil des Beschlusses ist die Entwicklung einer LGBTIQ*-Strategie für die Landeshauptstadt München samt strategischem Maßnahmenplan.
Gesamtkosten / Gesamterlöse	-/-
Klimaprüfung	Eine Klimaschutzrelevanz ist gegeben: Nein
Entscheidungsvorschlag	Es wird eine LGBTIQ*-Strategie für die Landeshauptstadt München mit dem Schwerpunkt Bekämpfung von LGBTIQ*-Feindlichkeit beschlossen. Die Koordinierungsstelle zur Gleichstellung von LGBTIQ* wird beauftragt, diese anhand des beschriebenen strategischen Maßnahmenplanes umzusetzen.

Gesucht werden kann im RIS auch unter	LGBTIQ*, Strategie, queere Community,
Ortsangabe	-/-

Erreichtes bewahren – Bedrohungen entgegentreten – Zukunft gestalten
Die LGBTIQ*-Strategie der Landeshauptstadt München mit strategischem Maßnahmen-
plan

München - die Stadt für LGBTIQ* I:

Die LGBTIQ*-Strategie der Landeshauptstadt München wird gestärkt und ausgebaut!

Antrag Nr. 20-26 / A 02912 von der Fraktion Die Grünen - Rosa Liste, SPD / Volt - Fraktion
vom 13.07.2022

München erstellt einen Aktionsplan Queeres München

Antrag Nr. 20-26 / A 02730 von der Stadtratsfraktion DIE LINKE. / Die PARTEI
vom 12.05.2022

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 15482

Beschluss des Verwaltungs- und Personalausschusses vom 29.01.2025 (SB)
Öffentliche Sitzung

Inhaltsverzeichnis	Seite
I. Vortrag des Referenten	3
1. Management Summary	3
2. Ausgangslage	7
3. Grundsätzliche Anmerkungen	7
4. Ein Blick auf München.....	9
4.1 Die Münchner LGBTIQ*-Community	10
4.2 Die Münchner Stadtpolitik und OB-Stabsstellen	13
4.3 Die Münchner Stadtverwaltung	16
4.4 Die Münchner Stadtgesellschaft.....	17
4.5 Kritische Situationen im Münchner Stadtleben	18
5. Globale Situation – über den Tellerrand geschaut.....	20
5.1 LGBTIQ* auf internationaler Ebene	20
5.2 LGBTIQ* auf europäischer Ebene.....	24
5.3 LGBTIQ* auf Bundesebene.....	26
5.4 LGBTIQ* in Bayern	30
6. Zeit der Veränderung	32

6.1	Globale Aspekte von Veränderung: von Patriarchat, Antifeminismus und LGBTQ*-Feindlichkeit	32
6.2	Kommunale Aspekte von Veränderung: Fazit für München	34
6.3	Was passiert, wenn nichts passiert?	36
7.	Eine LGBTQ*-Strategie für München	37
7.1	Bekämpfung von LGBTQ*-Feindlichkeit als zentrales Thema	38
7.2	Aufbau der LGBTQ*-Strategien	39
7.3	Schaubild der LGBTQ*-Strategie der Landeshauptstadt München	40
7.4	LGBTQ*-Community	41
7.5	Stadtpolitik und Stabsstellen	45
7.6	Stadtverwaltung	48
7.7	Stadtgesellschaft	52
8.	Ein queerer Aktionsplan für München	55
8.1	Die Situation in München	55
8.2	Die Erfahrungen der KGL seit 2002	57
8.3	Einschätzung der KGL	58
9.	Zum Schluss	59
10.	Klimaprüfung	60
11.	Abstimmung mit den Querschnitts- und Fachreferaten	60
II.	Antrag des Referenten	60
III.	Beschluss	61

I. Vortrag des Referenten

1. Management Summary

Mit diesem Management Summary fasst die Koordinierungsstelle den Beschluss zur LGBTIQ*-Strategie der Landeshauptstadt München, zum strategischen Maßnahmenplan und zur Frage eines Aktionsplans queeres München in aller Kürze zusammen.

Der Titel des vorliegenden Stadtratsbeschlusses **Erreichtes bewahren – Bedrohungen entgegentreten – Zukunft gestalten** veranschaulicht deutlich, woran sich die zukünftige LGBTIQ*-Strategie der Landeshauptstadt München orientieren wird. Die Ausgangslage dafür ergibt sich aus einer Ambivalenz, die in jüngerer Zeit deutlich an Dramatik gewonnen hat.

Einerseits gab es in den letzten Jahren und Jahrzehnten mit Blick auf die Rechte und die Gleichberechtigung von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans*, inter*, nicht-binäre und queeren Menschen einerseits deutliche Fortschritte zu verzeichnen. Diese Feststellung trägt sowohl, was Entwicklungen auf internationaler Ebene angeht als auch bezüglich der Situation in Deutschland. Hier haben u.a. die Eheöffnung, das Verbot von Operationen an intergeschlechtlichen Kindern, das Selbstbestimmungsgesetz sowie das Verbot von Konversionsmaßnahmen an Jugendlichen ihren Teil dazu beigetragen. Auch, wenn es nach wie vor Verbesserungs- und Reformbedarf gibt, da beispielsweise das Abstammungsrecht noch immer LGBTIQ*-Menschen und ihre Kinder bzw. Familien benachteiligt, ist in verschiedenen Kontexten eine positive rechtliche Entwicklung sichtbar.

Abseits von Gesetzen, die explizit die Situation von LGBTIQ* zum Inhalt haben, betonen sowohl das Deutsche Grundgesetz als auch die allgemeinen Menschenrechte als grundlegendes Element die Freiheit und Würde jedes einzelnen Menschen sowie dessen Recht auf Gleichberechtigung und Schutz vor Diskriminierung. Der Schutz und die Gleichberechtigung von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans*, inter*, nicht-binären und queeren Personen ist somit keine Besserstellung gegenüber anderen Gruppen oder ein „nice to have“, sondern Pflicht und Aufgabe des Staates, sozusagen ein „must have“. Die Landeshauptstadt München kommt dieser Verpflichtung seit vielen Jahren nach und setzt sich dafür ein, dass LGBTIQ*-Menschen und ihre Kultur ein geschätzter und sichtbarer Teil des Münchner Stadtlebens sind.

Andererseits verändert bzw. verschärft sich seit einigen Jahren jedoch weltweit sowohl das politische als auch gesellschaftliche Klima gegenüber marginalisierten Gruppen wie LGBTIQ* Menschen. Aus unterschiedlichen politischen wie fundamentalistischen Richtungen wird ihnen das Recht auf ein gleichberechtigtes, selbstbestimmtes und geschütztes Leben abgesprochen. Den entsprechenden Worten folgen zunehmend Taten, global nehmen die Angriffe auf queere Menschen in ihrer Häufigkeit wie Heftigkeit zu. In München ist diese Entwicklung ebenso deutlich zu spüren wie im gesamten Bundesgebiet. Die Bedrohungsszenarien und Übergriffe sind kontinuierlich gestiegen, das Sicherheitsgefühl von LGBTIQ* Personen nimmt ab, Schutzmaßnahmen für die eigene Sicherheit müssen erhöht werden.

Die Kluft, die sich zwischen diesen beiden Polen auftut – auf der einen Seite eine deutliche Verbesserung der Situation, auf der anderen Seite eine gravierende Zunahme von abwertenden Haltungen und Gewalt – sowie die daraus folgenden Konsequenzen und Veränderungen, bilden die Basis des vorliegenden Beschlusses zur LGBTIQ*-Strategie der Landeshauptstadt München. Sie trägt diesen Entwicklungen Rechnung, ohne das Erreichte aus den Augen zu verlieren und orientiert sich daran, was für die Zukunft notwendig ist.

Der LGBTIQ*-Strategie der Landeshauptstadt München liegt folgendes Leitziel zugrunde:

In München leben lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, inter*, nicht-binäre und queere Menschen in einer wertschätzenden und akzeptierenden Umgebung frei von Ausgrenzung, Benachteiligung oder Gewalt, die infrastrukturelle Versorgung ist gewährleistet und die (sub-)kulturellen Bedarfe sind ermöglicht.

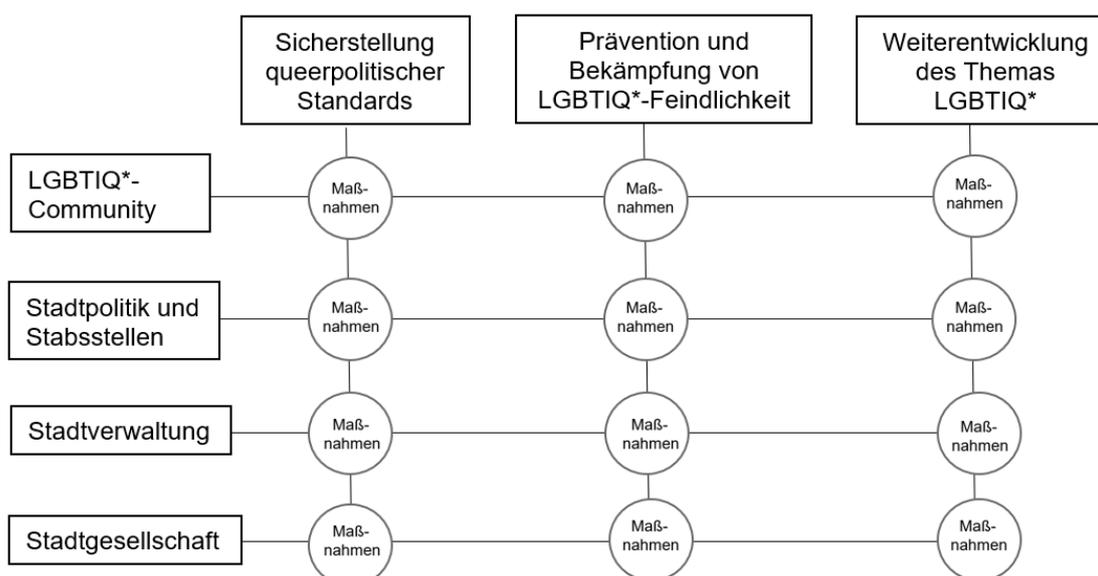
Die Maßnahmen der LGBTIQ*-Strategie werden für **vier städtische Kontexte** formuliert, die wesentliche Bestandteile der Landeshauptstadt München sind:

- LGBTIQ*-Community
- Stadtpolitik und Stabsstellen
- Stadtverwaltung
- Stadtgesellschaft

Die Maßnahmen lassen sich zudem in die folgenden **drei Kernthemen** einteilen.

- **Sicherstellung** der (bisher in München erreichten) queerpolitischen Standards
Damit ist insbesondere gemeint, dass Erreichtes erhalten bleibt und keine Verschlechterung der Situation bzw. der erzielten Standards eintritt. Dies ist besonders mit Blick auf die sich verändernde gesellschaftliche Stimmung sowie einer angespannten finanziellen Haushaltslage eine Herausforderung.
- **Prävention und Bekämpfung** von LGBTIQ*-Feindlichkeit
Dieser Aspekt kennzeichnet das zentrale Anliegen des vorliegenden Beschlusses. In den kommenden Jahren wird es verstärkt notwendig sein, sich gemeinsam gegen demokratiefeindliche Kräfte zu positionieren, die aus unterschiedlichen Richtungen in Erscheinung treten.
- **Weiterentwicklung** des Themas LGBTIQ*
Trotz aktueller Herausforderungen soll eine Weiterentwicklung bzw. aktive Gestaltung des Thema LGBTIQ* in München nicht aus dem Blick geraten. Entsprechende Maßnahmen für die Zukunft werden unter dem Aspekt der Weiterentwicklung formuliert.

Der Aufbau der Strategie lässt sich anhand einer Matrix folgendermaßen veranschaulichen. Horizontal sind die drei Kernthemen platziert, vertikal finden die vier städtischen Kontexte Platz. Jeweils an der Schnittstelle zwischen Kernthema und städtischem Kontext befindet sich ein Kreis, der als Platzhalter für an dieser Stelle formulierte Maßnahmen dient.



Eine detaillierte grafische Übersicht sowie ausführliche Beschreibung der Maßnahmen finden sich in diesem Beschluss ab Kapitel 7.3. Für eilige Leser*innen lassen sich die Maßnahmen in stark gekürzter Form wie folgt formulieren bzw. zusammenfassen. Dabei werden die Maßnahmen für einen städtischen Bereich jeweils über die drei Kernthemen beschrieben.

Für die **LGBTIQ*-Community** umfasst die **Sicherstellung der queerpolitischen Standards** u.a. die weitere Förderung der Einrichtungen und Organisationen sowie die Unterstützung und Stärkung der verschiedenen Communitys. Die Möglichkeit von Beratung, Unterstützung und Schutz bei feindseligen Vorgängen und Angriffen seitens der Stadt bleibt weiterhin bestehen, ebenso soll es zukünftig individuelle Orte und Räume für LGBTIQ*-Menschen unterschiedlichen Alters, Herkunft, Zugehörigkeiten und Lebenskontexten geben. Die aktive Gestaltung von bestehenden Netzwerken sowie eine grundsätzliche Wertschätzung und Unterstützung kultureller Eigenheiten der unterschiedlichen Gruppen, Communitys und Personen sind ebenfalls formulierte Maßnahmen. Nicht zuletzt findet sich unter der Aufrechterhaltung der queerpolitischen Standards auch der Erhalt sowie die Pflege von Erinnerungskultur und Orten von/für queere Menschen. Die LHM soll zudem weiterhin den LGBTIQ*-Tourismus als Wirtschaftsfaktor fördern. Im Kontext der **Prävention und Bekämpfung von LGBTIQ*-Feindlichkeit** werden in der Community politische Maßnahmen gegen LGBTIQ*-Feindlichkeit sowie die Solidarität und der Zusammenhalt unterstützt. Kampagnen zur Förderung der Sicherheit von LGBTIQ* sowie die Unterstützung von Präventionsangeboten und die Etablierung eines Netzwerks zum Thema Sicherheit/LGBTIQ*-Feindlichkeit sind weitere Ziele. Zudem soll Sichtbarkeit von Zufluchtsorten in akuten Notsituationen für queere Menschen im öffentlichen Raum geschaffen werden. Der Bereich **Weiterentwicklung des Themas LGBTIQ*** umfasst die Unterstützung des Christopher Street Day, die Einrichtung eines TIN-Zentrums sowie geschütztes Wohnen und die Erweiterung und Förderung der Zielgruppen der KGL. Ebenso sollen mehrfachdiskriminierte Personen besser unterstützt werden, eine intersektionale Vernetzung und Verknüpfung der Arbeitsfelder in der KGL ist geplant. Zudem sollen kommerzielle Einrichtungen gestärkt und eine Studie zu den Lebenssituationen von LGBTIQ*-Menschen in München durchgeführt werden.

Für die **Stadtpolitik und Stabsstellen** bedeutet die **Sicherstellung queerpolitischer Standards** die politische Unterstützung für die Finanzierung der bestehenden (Beratungs-)Einrichtungen für LGBTIQ*, eine offene und unterstützende Haltung und Wertschätzung gegenüber der LGBTIQ*-Community sowie eine Würdigung von LGBTIQ* als kultureller Bestandteil der LHM. Weiterhin wird es Beratung der Politik und ihrer Gremien durch die Stabsstellen geben, die auch zukünftig eng zusammenarbeiten und sich vernetzen werden. Die städtische Koordinierungsstelle zur Gleichstellung wird weiterhin in gewohnter Form für das Thema LGBTIQ* zuständig sein. Im Rahmen der **Prävention und Bekämpfung von LGBTIQ*-Feindlichkeit** wird es Aufgabe der KGL sein, gesellschaftliche relevante Veränderungen sichtbar zu machen, zu benennen und in die Politik einzubringen. Zudem müssen präventive Handlungsbedarfe und -möglichkeiten kenntlich gemacht werden. Damit einhergehend ergibt sich die Verantwortung, solidarisches Handeln im politischen Kontext einzufordern und Spaltungsversuche sichtbar zu machen. Nicht zuletzt ist eine kontinuierliche Unterstützung bei der Umsetzung des Schutz- und Gleichstellungsauftrags zu gewährleisten. Die **Weiterentwicklung des Themas LGBTIQ*** fokussiert im politischen Kontext die Bildung und den Ausbau von Netzwerken unter der Berücksichtigung intersektionaler Aspekte sowie auf eine stärkere Verschränkung der erforderlichen Stellen bezüglich gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Angriffe der extremen Rechten.

Für die **Stadtverwaltung** sieht die **Aufrechterhaltung der queerpolitischen Standards** eine enge Zusammenarbeit zwischen den Stabsstellen sowie zwischen der KGL und engagierten Personen in den Referaten und Eigenbetrieben vor. Ebenso wird die Unterstützung der städtischen Kolleg*innen zum Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt beibehalten. Die Verankerung des Themas LGBTIQ* in der Verwaltung sowie in Publikatio-

nen und die Mitarbeit bei Erstellung von grundlegenden Stadtentwicklungszielen sind ebenso beschrieben wie die Förderung der sozialen Infrastruktur für LGBTIQ*. Wie gewohnt können queere Mitarbeiter*innen der LHM bei der KGL Beratung zu Fragen oder Problemen in ihrem Arbeitskontext erhalten. Im Rahmen der **Prävention und Bekämpfung von LGBTIQ*-Feindlichkeit** wird das Fortbildungsangebot zum Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt für Mitarbeiter*innen der Referate und Eigenbetriebe weiterentwickelt. Auch in den Kitas und Schulen sollen Bildungsangebote zum Thema Vielfalt Platz finden. Neben einem Netzwerk Sicherheit für Mitarbeiter*innen der LHM, die mit dem Thema Vielfalt befasst sind und Austausch dazu suchen, wird es eine Kampagne zum Abbau von Vorurteilen und zur Sensibilisierung gegenüber LGBTIQ* Personen geben. Zudem wird Mitarbeiter*innen der LHM, die in ihrer Arbeitszeit mit dem Thema Diversität und/oder LGBTIQ* befasst sind, im Rahmen eines Netzwerkes Diversität und Sicherheit die Möglichkeit gegeben, sich zum Thema zu verständigen und auszutauschen, solidarisch zu agieren und auch Anfeindungen und negative Erfahrungen einzubringen und zu verarbeiten. Die **Weiterentwicklung des Themas LGBTIQ*** beinhaltet den Ausbau der LGBTIQ*-Beauftragten in der Stadtverwaltung im Rahmen der Haushaltsmöglichkeiten, deren Vernetzung sowie den Ausbau des Beschäftigtennetzwerks der LHM. Das Bildungskonzept Vielfalt sowie die Gleichstellungs- und Vielfaltskompetenzen werden vertieft, das Thema LGBTIQ* wird in den Personalentwicklungsinstrumenten eingebracht. Die städtischen Strategien werden verknüpft und gezielt Maßnahmen in relevanten Bereichen umgesetzt, wo diese akut notwendig erscheinen. Die Vielfalt von Mitarbeiter*innen der LHM wird als Gewinn für die Stadt als Arbeitgeberin betrachtet und weiterhin gefördert.

In der **Stadtgesellschaft** wird sich die **Aufrechterhaltung der queerpolitischen Standards** weiterhin in der Sichtbarkeit von LGBTIQ* Personen als wertvoller Bestandteil des Münchner Stadtlebens widerspiegeln. Auch die Beteiligung von queeren Gruppen, Vereinen, Themen etc. bei stadtweiten Veranstaltungen trägt dazu bei. Im Bereich der **Prävention und Bekämpfung von LGBTIQ*-Feindlichkeit** geht es vor allem darum, das Thema LGBTIQ* zu entdramatisieren bzw. zu einer realistischen und selbstverständlichen Darstellung beizutragen. Hierfür ist es relevant, dass die Bedarfe von marginalisierten Gruppen benannt und sichtbar gemacht werden, um Verständnis zu erzeugen. Eine **Weiterentwicklung des Themas LGBTIQ*** ist vor allem über Vernetzung mit Organisationen aus der Zivilgesellschaft zur Implementierung des Themas sexuelle und geschlechtliche Vielfalt im Kontext der Demokratiesicherung sowie einer verbesserten Einbindung der queeren Community in die zivilgesellschaftlichen Strukturen geplant.

Die LGBTIQ*-Strategie formuliert eine Reihe von Maßnahmen, die kontinuierlich, aktiv und zugleich flexibel umgesetzt werden bzw. zukünftig werden sollen. Nach Einschätzung der KGL unterscheidet sich die beschriebene Strategie mit ihren Maßnahmen von Aktionsplänen, die von den meisten Bundesländern und einigen Kommunen bereits entwickelt und umgesetzt wurden. Allerdings verfolgen sie das gleiche Ziel und in der LGBTIQ*-Strategie finden zudem die vielen queerpolitischen Standards, die über die letzten 23 Jahre in München bereits erreicht werden konnten, ihren Platz. Im Gegensatz zu einem Aktionsplan, der in der Regel sehr konkrete Maßnahmen benennt, kann im Rahmen der LGBTIQ*-Strategie spontan auf akute und aktuelle gesellschaftliche wie politische Veränderungen reagiert werden und eine Schwerpunktsetzung nach den jeweiligen Bedarfen erfolgen.

Der Stadtratsbeschluss stellt die in diesem Management Summary kurz zusammengefassten Aspekte ausführlich dar. Nach der Beschreibung der Ausgangslage und grundsätzlichen Anmerkungen zum Thema LGBTIQ* inklusive einer Begriffsklärung für in diesem Beschluss gebräuchliche Sprachverwendung folgt eine ausführlichere Darstellung der vier städtischen Kontexte, auf die sich dieser Beschluss bezieht. Nach einer Beschreibung der LGBTIQ*-Community wird die Stadtpolitik mit den Stabsstellen, die Stadtverwaltung sowie die Münchner Stadtgesellschaft beschrieben. Beim Blick über den Tellerrand wird die globale, europäische, bundesdeutsche und bayerische Situation von queeren

Menschen und ihren Communitys näher beleuchtet.

Nach einem Blick auf globale wie kommunale Aspekte von Veränderungen folgt in Kapitel 7 eine ausführliche Beschreibung der LGBTIQ*-Strategie der Landeshauptstadt München einschließlich eines strategischen Maßnahmenplanes. Letzterer wird in einem Schaubild zusammenfassend dargestellt.

Auf die Frage nach einem „Aktionsplan queeres München“ wird dann folgend im Kapitel 8 ausführlich eingegangen.

2. Ausgangslage

Die Fraktionen Die Grünen – Rosa Liste und SPD – Volt haben mit Antrag vom 13.07.2022 (Nr. 20-26 / A 02912) darum gebeten, sowohl eine Beschreibung als auch strategische Perspektiven für die Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik und -arbeit in Bezug auf LGBTIQ* vorzulegen.

Die Fraktion DIE LINKE. / Die PARTEI hat mit Antrag vom 12.05.2022 (Nr. 20-26 / A 02730) beantragt, die Koordinierungsstelle mit der Erstellung eines „Aktionsplans Queeres München“ zu beauftragen. Dieser Aktionsplan soll den Fokus auf unterschiedliche Themen und Gruppen der LGBTIQ*-Community legen. Zudem soll dargestellt werden, inwieweit hierfür zusätzliche Ressourcen, insbesondere personelle Kapazitäten, benötigt werden.

Mit Beschluss der Vollversammlung des Münchner Stadtrats vom 30.11.2022 (Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 07703) wurden beide Anträge aufgegriffen. Es wurde beschlossen, dass der Stadtrat sich zu gegebener Zeit nach Besetzung der beiden eingerichteten Stellen bei der Koordinierungsstelle zur Gleichstellung von LGBTIQ* erneut mit der Bearbeitung seiner Anträge befasst.

Die beiden neu eingerichteten Stellen konnten zum 01.01.2024 besetzt werden. In Folge wurde nach einer Einarbeitungsphase damit begonnen, die oben genannten Anträge thematisch zu bearbeiten.

Beide Anträge zielen darauf ab, die LGBTIQ*-Politik und -Arbeit der Landeshauptstadt zu stärken, auf die aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen zu reagieren, die besonderen Bedarfe unterschiedlicher Gruppen in der Community aufzugreifen und ein strategisches Vorgehen hierzu zu beschreiben.

Dieser Beschluss greift beide Stadtratsanträge auf und stellt eine LGBTIQ*-Strategie vor, die für diese und die nächste Wahlperiode des Stadtrats verfolgt wird. Zudem wird auf das Thema „Queerer Aktionsplan München“ eingegangen.

3. Grundsätzliche Anmerkungen

Eine LGBTIQ*-Strategie für München zu entwickeln ist eine umfangreiche, herausfordernde und diffizile Aufgabe, immerhin ist München mit mehr als 1.6 Millionen Einwohnenden die größte Kommune Deutschlands. Nicht nur gilt es, das Erreichte zu beleuchten und anzuerkennen, wie die Menschen und Geschehnisse der Vergangenheit die Gegenwart beeinflusst und ermöglicht haben. Gleichzeitig soll dargestellt werden, in welchen städtischen Kontexten sich die Gegenwart von LGBTIQ* in München abspielt:

- In der Entwicklung und Existenz unterschiedlicher Gruppen, Einrichtungen, **Communitys** und queerer Menschen in der bayerischen Landeshauptstadt.
- Im Rahmen der **Stadtpolitik** mit Oberbürgermeister und Bürgermeister*innen, dem Stadtrat und den Stabsstellen des Oberbürgermeisters.
- In der **Stadtverwaltung** auf Organisations- und Mitarbeiter*innenebene in den vielen Referaten und Eigenbetrieben Münchens mit all ihren unterschiedlichen Themen, Aufgabefeldern, Klient*innen und Bedingungen.
- Im Kontext einer vielfältigen **Stadtbevölkerung** unterschiedlicher Altersgruppen, Familienkonstellationen, formaler Bildung, Beschäftigungsverhältnisse, Religionszugehörigkeiten und weiterer Vielfaltselemente.

Klar ist, dass die LGBTIQ*-Communitys bzw. Lesben, Schwule, bisexuelle, trans*, inter*, nicht-binäre, asexuelle, polyamore, queere Menschen und Regenbogenfamilien Teil sowohl der Stadtgesellschaft, der Stadtverwaltung als auch der Stadtpolitik sind. Trotzdem ist es notwendig, ihre Situation im Sinne der subkulturellen Bedeutung und Vernetzung nochmals gesondert zu betrachten.

Und nicht zuletzt, sondern in erster Linie soll eine LGBTIQ*-Strategie die Zukunft fokussieren und aufzeigen, wie sexuelle und geschlechtliche Vielfalt künftig im Münchner Stadtleben positioniert werden soll.

Zu dieser städtischen Vielschichtigkeit kommt die grundsätzliche Komplexität von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt hinzu, die sich in Begriffen, Selbstbeschreibungen, Gruppen, Communitys und Einzelpersonen mit ihren jeweils eigenen Identitäten niederschlägt. Diese Komplexität bedingt auch gleichzeitig eine Limitierung in der Ausdifferenzierung des in diesem Stadtratsbeschluss fokussierten Themas – weil nicht an jeder Stelle auf alle Facetten im (Er)Leben von nicht heterosexuellen, nicht cis/endogeschlechtlichen Menschen eingegangen werden kann. Gemein ist ihnen, dass sie von cis/heteronormativen Erwartungen abweichen und dies Konsequenzen für ihr Aufwachsen, (Er)Leben und Handeln hat. Grundlegend ist auch die Anerkennung, dass die Bedingungen für Menschen, die nicht cis/endogeschlechtlich sind, also z. B. trans*, inter* oder nicht-binäre Personen, aktuell in vielen Bereichen sehr problembehaftet sind und stark im Fokus nicht nur rechtsextemer Bewegungen stehen. Es finden derzeit massive Angriffe und Ungleichwertigkeitszuweisungen statt. Geschlecht bzw. die (vermeintliche) Binarität von Geschlecht ist ebenso wie die Heterosexualität ein starkes und tragendes gesellschaftliches Strukturmerkmal. Ein Ausbrechen oder in Frage stellen dieser gesellschaftlichen Strukturen kann zu harten Sanktionen führen.

Unbenommen ist in den letzten Jahren und Jahrzehnten die Gleichberechtigung von LGBTIQ*-Menschen in Deutschland insgesamt ein gutes Stück vorangekommen. Nach einem stetigen Voranschreiten zeichnet sich aktuell jedoch eher eine Stagnation bzw. die Gefahr von Rückschritten ab, was mit einer Vielzahl von Faktoren zusammenhängt und in diesem Stadtratsbeschluss ausführlich dargestellt wird. Diese Entwicklung beeinflusst die Stoßrichtung der LGBTIQ*-Strategien massiv und definiert somit die drei Kernthemen:

- **Sicherung** der (bisher in München erreichten) queerpolitischen Standards
- **Prävention und Bekämpfung** von LGBTIQ*-Feindlichkeit
- **Weiterentwicklung** des Themas LGBTIQ*

Das **Leitziel**, welches die KGL für ihre LGBTIQ*-Strategie unter Berücksichtigung der in diesem Beschluss formulierten städtischen Bedingungen, der Komplexität des Themas sowie der sich daraus ergebenden Kernbereiche ergibt, lautet:

In München leben lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, inter*, nicht-binäre und queere Menschen in einer wertschätzenden und akzeptierenden Umgebung frei von Ausgrenzung, Benachteiligung oder Gewalt, die infrastrukturelle Versorgung ist gewährleistet und die (sub-)kulturellen Bedarfe sind ermöglicht.

Alle Überlegungen zu den LGBTIQ*-Strategien werden unter einer derzeit sehr schwierigen Haushaltssituation getroffen, die sich auch für die kommenden Jahre abzeichnet. Die aus diesem Beschluss abzuleitenden Maßnahmen und Entwicklungen werden daher im Rahmen der bestehenden Haushaltsmittel (Sachmittelbudget KGL, Fonds Queere Gleichstellung, Münchner Regenbogen-Stiftung) umgesetzt werden müssen, was eine deutliche, mindestens finanzielle Limitierung bedeutet. Aus diesem Grund werden mit diesem Beschluss auch keine haushaltswirksamen Maßnahmen vorgeschlagen. Diese müssen der Zukunft vorbehalten werden.

Bevor die LGBTIQ*-Strategie beschrieben wird, werden im Folgenden die Lebenssituationen von LGBTIQ*-Menschen in den Blick genommen. Um sämtliche Ausführungen auch für interessierte Personen, die mit dem Thema LGBTIQ* bisher wenig vertraut sind, verständlich zu machen, gibt es vorab ein **kurzes Glossar**:

- International gebräuchliche Abkürzung für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans* und Inter*, Queer (Lesbian, Gay, Bisexual, Trans*, Inter*, Queer). Die Abkürzung wird häufig in Kombination mit anderen Begriffen verwendet („LGBTIQ*-Community“, „LGBTIQ*-Feindlichkeit“ usw.), kann aber auch für sich allein stehen (z. B. „LGBTIQ* haben im Alter aufgrund ihrer Lebensgeschichte oft andere Bedürfnisse als heterosexuelle Menschen“). Im deutschsprachigen Raum wird auch das Akronym LSBTIQ* verwendet.
- In diesem Beschluss werden die Begriffe LGBTIQ* und queer synonym für Menschen verwendet, die nicht heterosexuell bzw. nicht cis/endogeschlechtlich sind. Wohl wissend um die Differenzierung von Selbstbeschreibungen und -definitionen in Verbindung mit sich daraus ergebenden Lebensrealitäten, Bedingungen und Bedarfen lässt sich eine umfassende Ausdifferenzierung und Benennung von Selbstdefinitionen und -beschreibungen letztendlich leider nicht an allen Stellen dieses Beschlusses umsetzen. Der Begriff queer betont zudem den politischen Aspekt der Widerständigkeit von LGBTIQ*-Personen, sich im Gegensatz zu hetero/cisnormativen Annahmen, Erwartungen und Strukturen zu bewegen und zu leben. Es wird zudem der Begriff LGBTIQ*-Community verwendet, wohl wissend, dass es nicht die eine homogene Community gibt, sondern sich LGBTIQ* in vielen unterschiedlichen Communitys, Personen, Verbänden, Beziehungen etc. wiederfindet und häufig intersektionale Überschneidungen bestehen. Wir wissen um die Schwierigkeiten im Umgang mit Begriffen, Definitionen und Selbstbeschreibungen und sind bemüht, diesen, so gut es dieses Dokument zulässt, zu begegnen, ohne einerseits den Rahmen zu sprengen und andererseits Menschen auszuschließen.
- In unserer Gesellschaft wird weitestgehend unreflektiert davon ausgegangen, dass es zwei binäre (sich ausschließende) Geschlechter – Männer und Frauen – gibt, die sich in ihrem sexuellen und romantischen Begehren und Handeln aufeinander beziehen. Diese Annahme ist in nahezu allen Lebensbereichen wirksam (Werbung, Schulbücher, Erziehung, Gesetzen, Literatur, Bildung etc.), erzeugt stereotype Erwartungshaltungen an Weiblichkeit bzw. Männlichkeit und wird Hetero- bzw. Cisnormativität genannt. Durch Cis/Heteronormativität werden Menschen ausgegrenzt, die lesbisch, schwul, bisexuell, trans*, inter*, nicht-binär oder queer sind. Cis/Heteronormativität schränkt zudem z.B. durch darin manifestierte Geschlechterstereotype die freie Entfaltung aller Menschen ein, unabhängig davon, welche sexuelle oder geschlechtliche Identität sie haben.
- Cis/cisgeschlechtlich bezeichnet eine Person (cis Frau/cis Mann), bei der die empfundene Geschlechtsidentität mit dem bei der Geburt zugewiesenen Geschlecht übereinstimmt.
Trans*/transgeschlechtlich bezeichnet eine Person (trans* Frau/trans* Mann), bei der die empfundene Geschlechtsidentität nicht oder nicht vollständig mit dem Geschlecht übereinstimmt, das bei der Geburt zugewiesen wurde.
Endogeschlechtlich bezeichnet Menschen, die nicht inter*/intergeschlechtlich sind, deren Geschlechtsmerkmale (z.B. Genitalien, Chromosomen) den medizinischen Normvorstellungen von Frauen und Männern entsprechen. Die Geschlechtsmerkmale von inter*/intergeschlechtliche Menschen entsprechen nicht den medizinischen Normvorstellungen, sondern stellen ein Spektrum geschlechtlicher Vielfalt dar.
Nicht-binäre Personen identifizieren sich nicht ausschließlich als weiblich oder männlich, sie bewegen sich ebenfalls auf einem geschlechtlichen Kontinuum.

4. Ein Blick auf München

Die Landeshauptstadt München ist seit vielen Jahrzehnten für eine fortschrittliche, wertschätzende und akzeptierende Haltung gegenüber der LGBTIQ*-Community weit über die

Grenzen der Stadt hinaus bekannt. Nicht zuletzt durch zahlreiche Stadtratsbeschlüsse und die Einrichtung der Koordinierungsstelle zur Gleichstellung von LGBTIQ* (KGL) im Jahr 2002 konnte die Haltung der Landeshauptstadt München in eine konkrete Umsetzung durch eine Vielzahl von Maßnahmen münden. Die KGL hat hierzu immer wieder umfassend berichtet.

Aufgrund der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung in Deutschland (und weltweit) stehen in Bezug auf die LGBTIQ*-Politik der Landeshauptstadt München für die nächsten Jahre große Herausforderungen an, die im weiteren Verlauf dieses Stadtratsbeschlusses beschrieben werden. Um diese Herausforderungen bewältigen zu können, ist die Weiterentwicklung einer eigenen LGBTIQ*-Strategie für die Landeshauptstadt München sinnvoll und notwendig.

4.1 Die Münchner LGBTIQ*-Community

Nach den negativen und für die Community existenziell bedrohlichen Erfahrungen der NS-Zeit bis 1945, der Nachkriegszeit bis in die 1980er Jahre hinein und der Zeit der sog. Aids-Krise in den 1980er bis 2000er Jahren hat sich bereits während dieser Zeiten und verstärkt im Anschluss daran eine mittlerweile große und in ihren Angeboten hoch ausdifferenzierte Community entwickelt. Insbesondere während dieser Krisenzeiten hat die Community einerseits dafür gesorgt, dass für LGBTIQ*-Menschen Schutzräume in München vorhanden waren und dadurch ein soziales, sexuelles und politisches Leben überhaupt erst ermöglicht werden konnte. Andererseits aber hat sie auch den politischen öffentlichen Kampf gegen Ausgrenzung, Anfeindung, Diskriminierung und Gewalt aufgenommen. Während die Community der schwulen und bisexuellen Männer dies vor allem in eigenen Strukturen umgesetzt hat, haben sich lesbische und bisexuelle Frauen zunächst stark in der Frauenbewegung engagiert und dort ihre Belange eingebracht.

Dies hat dazu geführt, dass sich in der Stadt zunächst vor allem Strukturen für Schwule, später zunehmend auch für Lesben gebildet haben. Angebote für bisexuelle, trans*, inter*, nicht-binäre und queere Menschen folgten. Neben kommerziellen Angeboten wurde auch ein soziales, politisches, gesundheitsbezogenes und kulturelles Netzwerk ermöglicht. Wichtig zu betonen ist hier, dass die sogenannten kommerziellen Angebote, also die Bars, Kneipen, Diskotheken, Saunen, Geschäfte und Gesundheitsangebote usw., schon immer auch ein wesentlicher Bestandteil der Community waren und sind und eine wichtige Funktion für die Community eingenommen und geboten haben, die weit über die klassische Funktion solcher Räume hinausgegangen ist.

Die ab den 2000er Jahren verstärkt einsetzende Verschränkung der lesbischen und schwulen Community hat zu einer Stärkung dieser Strukturen geführt. Das Vernetzen und Zusammenwirken der Gruppen und Vereine der trans*, inter* und später auch nicht-binären Menschen haben mittlerweile zu einer queeren Community in München geführt, die ein starkes Netzwerk bildet.

Heute besteht die queere Community aus zahlreichen Gruppen, Vereinen, kommerziellen bzw. öffentlich geförderten Einrichtungen, die sich gemeinsam als queere Community Münchens verstehen. Allerdings muss hier angemerkt werden, dass die unterschiedlichen Communitys und Menschen teilweise starken Wert darauf legen, als die Gruppe benannt zu werden, der sie sich zugehörig fühlen und die ihre Identität ausmacht. Dementsprechend ist nicht für alle Personen der Begriff bzw. die Subsummierung als „queer“ passend. So wollen Lesben, Schwule, bisexuelle, trans*, inter*, nicht-binäre Menschen und alle, die eine weitere Selbstdefinition nutzen, mitunter dezidiert nicht als queer bezeichnet werden – was zu berücksichtigen und zu akzeptieren ist. Auch mit Blick auf politische Forderungen, die Klärung von Bedarfen sowie Schaffung von Akzeptanz ist es wichtig, in entsprechenden Kontexten begrifflich genau zu differenzieren und damit die Fokussierung und Betonung individueller Lebensrealitäten möglich zu machen, die angemessen und notwendig sind. Queer, im Sinne von widerständig und im Gegensatz zu cis/heteronormativen Annahmen und Erwartungen lebend, kann jedoch für einen Teil der LGBTIQ*-Communitys in München als passend angenommen werden. Die Stadt München

sieht ihre Aufgabe in der Identitätspolitik, die sie bisher verfolgt hat und auch weiterhin verfolgen soll. Die historische Geschichte, die Bedarfe und Diskriminierungsstrukturen etc. der verschiedenen Gruppen waren und sind unterschiedlich. Dies wird auch so bleiben, weshalb weiterhin die Situationen von Lesben, Schwulen, bisexuellen, trans*, inter* und queeren Menschen und Gruppen berücksichtigt und fokussiert werden.

Neben den bereits genannten kommerziellen Angeboten umfasst die Community mittlerweile Angebote für fast alle Interessenslagen und Bereiche des Lebens. Vereins- und Gruppenleben sind stark ausdifferenziert und ausgesprochen lebendig. Neben zielgruppenspezifischen Angeboten haben sich in den letzten 20 Jahren vor allem zielgruppenübergreifende Angebote entwickelt.

Der nicht kommerzielle Bereich der queeren Community in München ist gut miteinander vernetzt. Nicht zuletzt das von der KGL geschaffene queere Vernetzungstreffen der Gruppen und Vereine (früher Szenestammtisch) und die ebenfalls von der KGL gepflegte E-Mail-Plattform „Szeneverteiler“ sorgen seit nunmehr etwa 20 Jahren für eine stabile und nachhaltige Kommunikationsmöglichkeit zwischen den Gruppen, Initiativen und Vereinen, was zu einem ausgeprägten Miteinander führt. Die queere Community leistet mit ihrem politischen wie kulturellen Engagement einen großen Beitrag zum gesellschaftlichen Leben in München. Ein wichtiger und unverzichtbarer Teil der queeren Community sind ehrenamtlich tätige Menschen in den verschiedensten Einrichtungen, Zusammenschlüssen und Vereinen, die seit vielen Jahren unterschiedliche Angebote in München bereichern bzw. überhaupt erst durch ihren unermüdlichen Einsatz möglich machen.

Grundsätzlich wird die queere Community Münchens gebildet durch die Vernetzung und Verschränkung verschiedener für sich auch teilweise in eigenen Strukturen bestehenden Communitys. Die Struktur der queeren Community ist dabei auf vielen verschiedenen Ebenen zu betrachten. So unterscheiden sich z. B. die schwule und lesbische Community erheblich im Bereich der kommerziellen Angebote und Treffpunkte. Schon immer war dieser Bereich wesentlich stärker ausgeprägt bei den schwulen Männern, während es für lesbische Frauen nur wenige und heute so gut wie keine entsprechenden zielgruppenorientierten kommerziellen Angebote mehr gibt. Dies ist nicht zuletzt im Bereich der schwulen Männer der besseren sozioökonomischen Ausstattung geschuldet. Zudem war die Negierung der Existenz von lesbischen Frauen, ihr Unsichtbar-gemacht-werden sowie ihr Nicht-benannt-werden ein Diskriminierungsmechanismus, der auch hier seine Wirkung zeigt. Der bisexuelle Stammtisch München hat in München eine lange Tradition. Seit 1993 gibt es hierzu Vernetzung. Bisexuelle Menschen sind, obwohl ein großer Anteil innerhalb der LGBTIQ*-Community häufig noch wenig sichtbar und mit vielen Vorurteilen konfrontiert, dies sowohl innerhalb der LGBTIQ*-Community als auch in der Stadtgesellschaft. Auch im Bereich von amouröser Vielfalt entstanden Gruppen und Netzwerke sowohl im FLINTA* als auch im queeren, heterosexuellen und pansexuellen Bereich, die z. T. die Infrastruktur der LGBTIQ*-Community nutzen. Im Lauf der Zeit haben die Zentren für schwule Männer und lesbische Frauen sich in schwul-queere bzw. lesbisch-queere Zentren umbenannt und für weitere Zielgruppen geöffnet. Dies gilt in Teilen auch für queere (post)migrantische Gruppen und Gruppen geflüchteter queerer Menschen.

Eine wesentliche Veränderung in der Ausgestaltung der Community ist der Gentrifizierungsprozess in der Innenstadt, insbesondere im Glockenbachviertel. Gab es noch vor 20 Jahren eine Vielzahl von Kneipen, Bars, Saunen, Treffpunkten usw., hat sich dies mittlerweile auf einige wenige Einrichtungen reduziert. Dies hat Auswirkungen auf das soziale und kulturelle, sexuelle und sonstige Leben der Community. Vieles hat sich parallel zur Gentrifizierung in den virtuellen Raum verlagert. Onlineplattformen sind einerseits eine Chance für Kontakt, Austausch, Bildung usw., andererseits aber auch ein Risiko sowohl im Bereich der Sicherheit als auch dem Vorhandensein von Schutzräumen im realen Leben. Auch politische Arbeit bedarf der realen Räume. Ein weiteres Schrumpfen dieses Teils der Community hätte gravierende Auswirkungen sowohl für die Community als auch für die Landeshauptstadt München selbst. Die Existenz von queeren Communitys mit ihren Räumen ist ein wichtiger Wirtschafts- und Tourismusaspekt und trägt auch zu einem guten Ruf der Stadt in der Welt bei.

Wie schon erwähnt haben die unterschiedlichen Teile der queeren Community alle eine eigene Geschichte, spezifische Erfahrungen an unterschiedlichen Ausgrenzungs- und Diskriminierungsmechanismen; alle haben eigene Formen, wie das soziale, kulturelle, identitätsbezogene und sexuelle Leben gestaltet wird; alle unterschiedliche Auffassungen und lebenspraktische Ausgestaltungen dieser Lebensbereiche.

Gemeinsam ist den unterschiedlichen Gruppen insbesondere die Tatsache, dass die ihr zugehörigen Menschen aufgrund ihrer sexuellen und/oder geschlechtlichen Identität ausgegrenzt, benachteiligt werden oder von Gewalt betroffen sind. Die zwar in unterschiedlichen Ausprägungen und Formen wirksamen, aber doch bei allen auf der Tatsache einer von der Mehrheitsgesellschaft als abweichend und bedrohlich eingestuftes Identität fußenden, teils jahrhundertelangen Verfolgung hat dazu geführt, dass sich zunehmend eine Gruppenidentität als LGBTIQ* gebildet hat. Dieser Prozess hat insbesondere seit Ende der 1990er Jahre stark zugenommen. Dennoch darf die LGBTIQ*-Community nicht als quasi monolithischer Block gesehen werden. Bei aller Nähe zueinander haben die unterschiedlichen Gruppen auch immer noch unterschiedliche Bedarfe, Wünsche, Vorstellungen, Lebensweisen usw.

Darüber hinaus muss berücksichtigt werden, dass sich auch innerhalb der verschiedenen Gruppen Differenzen darstellen, die sich z. B. auf die Altersstruktur, die kulturelle wie religiöse Herkunft, die Familienkonstellation bzw. Beziehungsformen, die Vorstellungen über das sexuelle Leben, eigene oder familiäre Migrations- oder Fluchterfahrungen, das formale Bildungsniveau, die Arbeitssituation etc. beziehen. Hieraus können sich wiederum unterschiedliche Formen von Mehrfachdiskriminierung ergeben, die nicht nur in der Beziehung zur Mehrheitsgesellschaft, sondern auch innerhalb bzw. zwischen unterschiedlichen Communitys bestehen können.

Zudem gibt es LGBTIQ*-Personen, die sich außerhalb der queeren Community bewegen, sich aus unterschiedlichen Gründen nicht zugehörig fühlen und nicht oder in parallelen Strukturen vernetzt oder organisiert sind. Nichtsdestotrotz haben auch sie Bedarfe, die in einer heterosexuellen/cis-endogeschlechtlichen Gesellschaft nicht erkannt und berücksichtigt werden. Hinzu kommen Gruppen/Communitys, queere Kollektive und nicht-formale Gruppierungen, die bewusst „unter dem Radar“ bleiben, da sie mit staatlichen/kommunalen Strukturen keine oder nur wenig Berührung haben möchten, sich als autonom und selbstverwaltet verstehen und Fremdbestimmungen, wie sie z. B. durch städtische Förderungen entstehen, ablehnen. Zum Teil bedeutet dies eine strukturelle Benachteiligung, weil beispielsweise Stiftungsgelder nur von gemeinnützigen Organisationen beantragt werden können und dies für verschiedene Gruppierungen nicht möglich ist. Die gewählte Autonomie gilt es einerseits zu respektieren, andererseits sollten auch diesen Gruppierungen und Menschen im Blick behalten und ihnen signalisiert werden, dass sie miteinbezogen und adressiert sind.

Queere Menschen sind vielfältig. Sie sind lesbisch, schwul, bisexuell, trans*, inter*, nicht-binär oder nutzen weitere Selbstbezeichnungen. Sie sind jung, alt oder stehen in der Mitte ihres Lebens, verfügen über mehr oder weniger finanzielle Ressourcen, gehören verschiedenen Religionen an oder keiner, haben differente politische Einstellungen, leben in vielfältigen Familien-, Beziehungs- und Wohnformen mit oder ohne Kinder, haben unterschiedliche formale Bildungsniveaus, Beschäftigungsverhältnisse und Einkommen. Sie leben mit unterschiedlichen psychischen, kognitiven oder physischen Gegebenheiten, Einschränkung oder Behinderung und kommen aus verschiedenen Kulturen und Ländern. Sie haben keine, eine eigene oder familiäre Migrations- oder Fluchterfahrung, fühlen sich einer LGBTIQ*-Community zugehörig oder nicht und leben ihre sexuelle und geschlechtliche Identität und ihre Sexualität individuell nach ihren Vorstellungen und Möglichkeiten. Sie sind in unterschiedlich hohem Maße von Diskriminierung, Mehrfachdiskriminierung und Benachteiligung betroffen und erleben in verschiedenen Lebenskontexten in unterschiedlich hohem Maße die Chance auf Beteiligung. So unterschiedlich und vielfältig queere Menschen und LGBTIQ*-Communitys heute auch sind, sie sind nicht mehr wegzudenkender, wertvoller Bestandteil der Münchner Stadtgesellschaft, beteiligen sich am sozialen, kulturellen und politischen Leben der Stadt und gestalten dieses mit.

4.2 Die Münchner Stadtpolitik und OB-Stabsstellen

Eine ähnlich positive Entwicklung wie bei der Münchner Community kann auch für den Bereich der politischen Strukturen in München festgestellt werden.

Nach den auch in der Politik hochstrittigen und konflikthaften Auseinandersetzungen bis zum Ende der Aids-Krise sind spätestens seit dem Einzug einer (damals noch schwul-lesbischen, heute queeren) Wähler*inneninitiative Rosa Liste, die sich in der Community gegründet hat, die Themen und Belange der queeren Community in München im Stadtrat deutlich präsenter und auch von anderen Parteien mehr aufgegriffen worden.

Die politischen Auseinandersetzungen im Stadtrat haben dazu geführt, dass heute die Anliegen und Bedarfe der LGBTIQ*-Community in München parteiübergreifend Gehör und Zustimmung erhalten. Die demokratischen Fraktionen des Münchner Stadtrats stimmen den Beschlüssen zu LGBTIQ*-Anliegen weitgehend einstimmig zu.

Nicht nur die großen Parteien haben eine eigene queere Parteigliederung, die sich für eine Queerpolitik ihrer „Mutterparteien“ einsetzen und engagieren.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München hat in den letzten 20 Jahren eine Vielzahl von Unterstützungsmaßnahmen für die queere Community beschlossen. Hier handelt es sich hauptsächlich um die Einrichtung und Finanzierung von sozialen und gesundheitsbezogenen, kulturellen und altersspezifischen Einrichtungen. Beispielsweise können hier genannt werden die Angebote des Sub e.V., von LesCommunity e.V., der Münchner Aids-Hilfe e.V., dem Aufklärungsprojekt München e.V., von diversity München e.V., der queeren Jugendorganisation Münchens, dem Forum Queeres Archiv München e.V. und weiteren Vereinen.

Daneben gibt es aber auch politische Forderungen der Community selbst, die diese deutlich in die Öffentlichkeit tragen. Dies bildet sich häufig in den CSD-Motti ab, mit denen die Community auf aktuelle politische Entwicklungen reagiert und Forderungen stellt. Auch die Veranstaltungen rund um den IDAHOBIT (International Day Against Homo-, Bi-, Inter*-, Trans*-Feindlichkeit) entwickeln sich zunehmend zu sehr politischen Protestaktionen gegen LGBTIQ*-Feindlichkeit.

Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München nimmt in seiner Funktion als Chef der Stadtverwaltung und des Stadtrats eine herausgehobene Rolle in der Landeshauptstadt ein. Wie auch der 2. Bürgermeister und die 3. Bürgermeisterin bezieht der Oberbürgermeister klare Position für die Gleichstellung und Antidiskriminierung von LGBTIQ* und für eine starke queere Community. Sie unterstützen die Community auf ihrem Weg zu einer gleichberechtigten Position innerhalb der Stadtgesellschaft und gegen alle Formen von LGBTIQ*-Feindlichkeit.

Dies findet seinen Ausdruck auch darin, dass der Oberbürgermeister derzeit über drei unmittelbar bei ihm angesiedelte gesellschaftspolitische Stabsstellen verfügt, die für das LGBTIQ*-Thema eine wichtige Funktion einnehmen. Sie werden daher in diesem Kapitel kurz beschrieben.

Eine wichtige Funktion dieser Stabsstellen und ihrer Anbindung unmittelbar beim Oberbürgermeister ist es, gemeinschaftlich und solidarisch gesellschaftliche Entwicklungen zu erkennen und entsprechend strategisch und konzeptionell darauf zu reagieren. Um Bemühungen von Gleichstellungsgegner*innen, LGBTIQ*-Feind*innen und Demokratiefeind*innen, antifeministisches, queer- und demokratiefeindliches Gedankengut in die Gesellschaft zu streuen, gut und wirksam entgegenzutreten zu können, ist es ein wesentlicher Aspekt auch der LGBTIQ*-Strategie, durch Vernetzung, Kooperation und vertrauensvolle Zusammenarbeit starke Netz- und Bollwerke zu bilden und machtvoll aufzustellen.

Koordinierungsstelle zur Gleichstellung von LGBTIQ* (KGL)

Die KGL wurde 2002 aufgrund eines Stadtratsbeschlusses von 2001 als „Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen“ eingerichtet. Sie übernahm auch die Lei-

tung des Runden Tisches zur Gleichstellung von (damals) Lesben und Schwulen, heute von LGBTIQ*.

Schon die Namensveränderungen weisen auf die Entwicklung der letzten Jahrzehnte hin. Die KGL hat zwischenzeitlich die Zuständigkeit und Federführung für das LGBTIQ*-Thema und die darin angesprochenen Zielgruppen übernommen und damit eine deutliche Ausweitung ihres Arbeitsfeldes erfahren.

Die im Aufgabengliederungsplan der Landeshauptstadt München beschriebenen Handlungs- und Zuständigkeitsbereiche der KGL stellen sich wie folgt dar:

Fachpolitische Arbeit zum Thema LGBTIQ*

- Analyse und Bewertung von gesellschaftlichen Bedingungen und Veränderungen für LGBTIQ*
- Beratung und Unterstützung von Oberbürgermeister, Bürgermeister*innen und den politischen Gremien der Landeshauptstadt München zum Thema LGBTIQ*
- Implementierung von politischen Strategien gegen LGBTIQ*-Feindlichkeit

Gesamtstädtische Steuerung und Weiterentwicklung des Themas LGBTIQ*

- Entwicklung und Vorgabe stadtweit verbindlicher Richtlinien und Grundsätze zum Thema LGBTIQ*
- Sicherstellung einer einheitlichen Umsetzung in der Verwaltung
- Steuerung des Verwaltungshandelns mit Bezug zu LGBTIQ*

Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsarbeit für LGBTIQ*

- Entwickeln, Implementieren und Überprüfen von grundsätzlichen stadtweiten Konzepten und Verfahren zur Förderung der Gleichstellung und Antidiskriminierung von LGBTIQ*
- Projektarbeit zu LGBTIQ*
- Fachberatung zum Thema
- Kooperationen und Netzwerkarbeit

Seit Bestehen der KGL hat es verschiedene Schwerpunkte ihrer Arbeit gegeben. Anfänglich wurde vor allem in Bezug auf die Community gearbeitet, Bedarfe, Wünsche, Probleme analysiert und durch städtische Maßnahmen darauf geantwortet. An dieser Stelle kann auf die grundlegende Studie der KGL „München unterm Regenbogen“ hingewiesen werden. Durch diese Daten konnte eine starke Unterstützung der Community durch die Landeshauptstadt München aufgebaut werden.

Im Anschluss an diese Phase hat die KGL vor allem innerhalb der Stadtverwaltung zum Thema LGBTIQ* gewirkt, Haltungen entwickelt und vermittelt, zum Thema geschult und wichtige Strukturen in den Referaten aufgebaut.

Seitdem die KGL im Jahr 2018 eine unmittelbare Stabsstelle des Oberbürgermeisters geworden ist, hat sich die Arbeit noch einmal deutlich verändert. Die (fach-)politischen Anforderungen sind gestiegen, die Beratung von Stadtspitze und Stadtrat hat zugenommen und die strategisch ausgerichteten Maßnahmen (z. B. zum Thema Hasskriminalität) nehmen einen Gutteil der Arbeitskapazität ein. Diese Rollenveränderung der KGL hat umfassende Auswirkungen auf die Arbeitsweise der Stabsstelle. Ein guter Teil der Arbeitskapazitäten muss darauf verwendet werden, auf aktuelle oder akute Situationen zu reagieren, städtisches Handeln hierzu zu gestalten und zu koordinieren, die Community in ihrem Wi-

derstand gegen queerfeindliche Vorkommnisse zu unterstützen und politische Maßnahmen einzuleiten bzw. umzusetzen. Die KGL hat einen Sitz in der Stadtratskommission zur Gleichstellung von Frauen.

Das zentrale fachpolitische Gremium der Koordinierungsstelle in Eigenverantwortung und zum Thema LGBTIQ* ist **der Runde Tisch zur Gleichstellung von LGBTIQ***, den die KGL organisiert und leitet. Damit wird sie ihrem Auftrag der fachpolitischen Vernetzung sowie ihrer Schnittstellenfunktion zwischen Stadtrat, Verwaltung und Community gerecht.

Der Runde Tisch ist ein formalisiertes Gremium mit Stadtratsbeteiligung ohne Beschlussfähigkeit und wird von der Koordinierungsstelle geleitet. Der Kreis der Teilnehmenden besteht aus offiziell benannten Vertretungen der LGBTIQ*-Community und der Stadtverwaltung sowie aus durch den Stadtrat gewählten Vertretungen aus den Fraktionen des Stadtrats. Es werden grundsätzliche und aktuelle Themen der Gleichstellung von LGBTIQ* besprochen. Der Runde Tisch dient der Vernetzung zwischen der Community, der Stadtverwaltung und den Fraktionen des Stadtrats und trägt bezüglich der LGBTIQ*-Themen auch zur politischen Meinungsbildung bei.

Gleichstellungsstelle für Frauen (GSt)

Eine weitere Stabsstelle des Oberbürgermeisters ist die Gleichstellungsstelle für Frauen. Sie ist durch das Bayerische Gleichstellungsgesetz verankert, weisungsfrei und arbeitet nach der vom Stadtrat beschlossenen Gleichstellungssatzung. Ihre Hauptzuständigkeit liegt in der Gleichstellung von Frauen, Männern und mittlerweile auch Menschen weiterer Geschlechter. Das Thema Geschlecht ist damit zentral, in all seinen Facetten. Somit ergeben sich viele Überschneidungspunkte zur Arbeit bzw. zu den Arbeitsfeldern der KGL: Im Themenkomplex Gleichstellung von Frauen sind auch lesbische, bisexuelle und trans* Frauen adressiert, die Erweiterung um das Thema weitere Geschlechter umfasst die Bedarfe von TIN-Personen. Frauenfeindlichkeit trifft auch lesbische Frauen, trans* Frauen und TIN-Personen – die strukturelle Frauenfeindlichkeit der Gesellschaft ist ein Problem, an dem GSt und KGL gemeinsam arbeiten. Nicht allein aufgrund der Überlappungen ist die GSt eine der wichtigsten Bündnispartner*innen der KGL im Bemühen um Gleichstellung von nicht heterosexuellen bzw. nicht cis/endogeschlechtlichen Menschen. Positionen und Haltungen der Stabsstellen werden intern diskutiert, abgestimmt und gemeinsam vertreten. Hieraus hat sich eine intensive Kooperationsbeziehung entwickelt, die geprägt ist von gegenseitiger Unterstützung und Solidarität. Bei Angriffen von feindlich gesinnten Gruppierungen garantiert diese Verbindung gegenseitigen Schutz und Rückhalt. Die in dem Themenkomplex geschlechtliche Identität anfallenden Anforderungen sind so umfangreich und komplex, dass sie nicht von einer Stabsstelle alleine zu bewältigen wären. Die enge Zusammenarbeit bietet die Grundlage dafür, die Themen sexuelle und geschlechtliche Identität gemeinsam zu behandeln und dafür zu sorgen, dass die Bedarfe von queeren Menschen nicht gegen die Bedarfe von Frauen ausgespielt werden (können) – und umgekehrt. Dies ist in den vergangenen Jahren z.B. in den Bereichen Sprache, Toiletten, Geschlechtsangaben in IT-Fachverfahren, Gewaltschutz und geschlechterdifferenzierter Arbeit bestens umgesetzt worden. Ein solidarisches Handeln ist immer daran ausgerichtet, der Komplexität der Themen Rechnung zu tragen und gemeinsam gute, umsetzbare Antworten auf daraus resultierende Fragen zu finden. Durch die intensive Kooperation von GSt und KGL konnten in den letzten Jahren deutliche Fortschritte bei der Gleichstellung aller geschlechtlichen und sexuellen Identitäten erreicht werden.

Fachstelle für Demokratie (FgR)

Auch die Fachstelle für Demokratie als dritte Stabsstelle ist eine wichtige Bündnispartnerin in der Arbeit der KGL. So wie auch mit der GSt erfolgt die Abstimmung gemeinsamer Positionen. Solidarität und gegenseitige Unterstützung bei politischen Angriffen ist selbstverständlich. Die Neue Rechte hat das Thema LGBTIQ* und insbesondere geschlechtliche Identität als Kampffeld für sich aufgegriffen, rechtsextreme Narrative werten queere Men-

schen explizit ab, rechtsextreme Kräfte zählen mittlerweile zu den größten Feinden der LGBTIQ*-Gleichstellung. Daher ist der Kontakt zur FgR von großer Bedeutung. Die FgR bietet Unterstützung und Kooperation in schwierigen Situationen und steht fachlich zur Seite. Insbesondere bei menschenfeindlichen Angriffen bieten die Kolleg*innen mit ihrem Fachwissen große Unterstützung. Bei den Themen Mehrfachdiskriminierung, Rassismus und LGBTIQ*-Feindlichkeit ist die FgR eine wichtige Kooperationspartnerin, die sowohl bei Recherchebedarf als auch bei Einblicken in die rechtsextreme Szene hilfreich zur Seite steht. Wie wichtig diese Kooperation und Solidarität ist, hat sich beispielsweise bei der Erarbeitung einer gemeinsamen Positionierung und Stellungnahme zur trans*feindlichen Deklaration der WHRC (Women Human Rights Campaign) gezeigt. Diese deutliche Positionierung und ihre Unterstützung durch den Oberbürgermeister hat zu heftigen Angriffen von trans*feindlichen Aktivist*innen gegen die Landeshauptstadt München geführt. Diese Angriffe werden weniger auf einer sachlich-fachlichen Ebene als mehr auf einer aggressiv-persönlichen Ebene geführt. KGL, FgR und GSt haben hier zusammen mit der Stadtspitze diese Angriffe zurückgewiesen.

4.3 Die Münchner Stadtverwaltung

Seit der Gründung der KGL zeigen sich in der Stadtverwaltung deutliche Fortschritte in Bezug auf das Thema LGBTIQ*, es hat eine positive Entwicklung stattgefunden. Das Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt wird gesehen, aufgegriffen, teils sogar nach Anregung bzw. mit Hilfestellung der KGL in eigener Zuständigkeit in Referaten und Eigenbetrieben bearbeitet und eingebracht. Auch nehmen Referate aktiv am Runden Tisch zur Gleichstellung von LGBTIQ* teil. An vielen Stellen gibt es eine gute Kooperation, die KGL wird als Fachberatung genutzt und eingeschaltet. In den Referaten gibt es unterschiedliche Ausprägungen dieser Zusammenarbeit, aber grundsätzlich ist eine überwiegend positive Haltung zu spüren. Bisher gibt es jedoch leider nur im RBS und im Stadtjugendamt eigene Stellen für das Thema LGBTIQ*. Im KVR wird LGBTIQ* im Rahmen der Diversity-Stabsstelle mit bearbeitet. Dies gilt auch für das Kulturreferat. Können diese Stellen über einen längeren Zeitraum nicht besetzt werden wie z.B. im Stadtjugendamt, ergeben sich daraus deutliche Schwierigkeiten in der Verstetigung des Themas LGBTIQ*. Teilweise führen solche Kapazitätsausfälle dazu, dass als sicher geglaubte Errungenschaften in Frage gestellt werden bzw. die KGL intensiv mit den Referaten arbeiten muss, um Erreichtes nicht zu verlieren. Dies hat auch Auswirkungen auf die Möglichkeiten der zentralen Steuerung und die politische Arbeitsfähigkeit der KGL.

Nichtsdestotrotz ist es erfreulich, wie tief das Thema LGBTIQ* und das Wissen dazu in verschiedenen Teilen der Stadtverwaltung inzwischen verankert ist. Eine klare Haltung und Positionierung zum Thema LGBTIQ* ist von zentraler Bedeutung. Wichtig ist auch, diese offene und wertschätzende Haltung der Öffentlichkeit gegenüber wahrnehmbar zu machen. Dies gelingt an verschiedenen Stellen bereits sehr gut in dieser für die Stadt so wichtigen Struktur der Stadtverwaltung. Eins von vielen guten Beispielen ist die Zusammenarbeit mit dem Standesamt im KVR, als es um die Umsetzung des Selbstbestimmungsgesetzes ging. Auch die Kooperation mit verschiedenen Bereichen des Sozialreferats und des Referats für Bildung und Sport verdienen Erwähnung, ebenso das Personal- und Organisationsreferat. Letzteres hat intensiv mitgewirkt bei dem CSD-Auftritt der Landeshauptstadt 2024. Besonders hervorzuheben ist auch die Solidarität von städtischen Kolleg*innen, wie z. B. bei der Menschenkette im August 2024 gegen LGBTIQ*-Feindlichkeit oder der Teilnahme am jährlichen CSD, bei dem die LHM inzwischen auch sehr gut sowohl mit eigenen Ständen am Straßenfest als auch in der Parade vertreten ist. Im Jahr 2024 konnte erstmals auch ein Truck des Beschäftigtennetzwerks in Kooperation zwischen KGL und POR sowie ein eigenes Fahrzeug der Berufsfeuerwehr an der Politparade teilnehmen. Das Beschäftigtennetzwerk QUEER NET LHM umfasst inzwischen an die 350 Mitglieder und ist sehr aktiv, sowohl was die Gestaltung des CSD als auch Freizeitangebote für queere Beschäftigte unterjährig angeht. Sowohl in Bezug auf QUEER NET LHM als auch insgesamt bei der Gleichstellungsarbeit im Personalbereich ist das Re-

ferat für Organisation und Personal ein wichtiger Kooperationspartner. Dennoch darf auch nicht verschwiegen werden, dass es nach wie vor diskriminierende Haltungen und Vorfälle innerhalb der Stadtverwaltung gibt. Diese aufzugreifen und zu verändern ist häufig schwierig, da hierzu die Ressourcen bei der zentralen Steuerung in der KGL fehlen. Anzustreben wären dezentrale LGBTIQ*-Beauftragungen ähnlich wie bei der Gleichstellungsstelle, um die zentrale Steuerung durch die KGL zu entlasten und Umsetzungsmaßnahmen in den Referaten zu erleichtern.

Ein wichtiges Gremium, das im Rahmen der Stadtverwaltung die städtischen Gleichstellungs- und Querschnittstellen zusammenbringt, ist das „**GuAD-Gremium**“, **das Gremium der Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsstellen**. Es dient der zentralen Vernetzung der hierzu arbeitenden Stellen in der Stadtverwaltung und insbesondere der intersektionalen Verschränkung der verschiedenen Diskriminierungsdimensionen und dem Austausch bezüglich zentraler Gleichstellungsdiskurse und Strategien zur Antidiskriminierungsarbeit. Die Koordinierungsstelle ist Teil des Gremiums, organisiert wird es durch die Gleichstellungsstelle für Frauen. Mitglieder im GuAD-Gremium sind weiter die Fachstelle für migrationsgesellschaftliche Diversität im Sozialreferat, die Zentrale Beschwerdestelle nach dem AGG, für sexuelle Belästigung, häusliche Gewalt und Mobbing (ZAGG), das Koordinierungsbüro UN-BRK im Sozialreferat, die Fachstelle für Demokratie sowie der KC Vielfalt und Gleichstellung im POR.

Die verschiedenen Strategien zu gesellschaftspolitischen Themen, z.B. Gender Mainstreaming und Interkulturelle Öffnung (heute Migrationsgesellschaftliche Öffnung) sind großteils durch den Beschluss „Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsarbeit in der Stadtverwaltung (Nr. 08-14 / V 09095) dargestellt und bestehen nebeneinander. Die LGBTIQ*-Strategie ordnet sich hier „auf Augenhöhe“ mit den anderen Strategien ein.

4.4 Die Münchner Stadtgesellschaft

München wächst. Nach einer kontinuierlichen Zunahme der Bevölkerung lebten im Jahr 2023 mehr als 1,58 Mio. Bürger*innen in der bayerischen Landeshauptstadt. Knapp 70 % sind deutsche Staatsangehörige, mehr als 17 % haben eine familiäre oder eigene Migrationserfahrung¹. In München leben Menschen aus über 180 verschiedenen Ländern, es gibt sehr viele verschiedene Glaubensrichtungen und Weltanschauungen, wobei die größten Religionsgemeinschaften die katholische und evangelische Kirche sowie der Islam sind. Etwa 50% der Bewohner*innen Münchens gehören keiner religiösen Glaubensgemeinschaft an. Mehr als 60 % der Bevölkerung sind zwischen 20 und 59 Jahre alt², das Durchschnittsalter beträgt 41,2 Jahre. An diesen Beispielen kann erkannt werden, wie vielfältig sich die Stadtgesellschaft zusammensetzt. München gilt als eine der reichsten Städte in Deutschland, sie hat eine starke Wirtschaft mit vielen führenden Unternehmen und ist ein wichtiger Standort für Industrie, Technologie und Forschung. Im bundesweiten Vergleich ist die Arbeitslosenquote in München mit 6,6 % relativ niedrig, das Durchschnittseinkommen der Bevölkerung ist im Vergleich hoch. Jedoch liegt das Einkommen jeder sechsten Person in München unterhalb der Armutsschwelle, Vermögen und Einkommen sind ungleicher verteilt als außerhalb der Stadt.³ München ist eine sichere Metropole, im Jahr 2023 verzeichnete die Polizei 108.933 Straftaten, damit liegt sie deutlich unter den Werten vergleichbarer Städte wie Frankfurt, Berlin, Hamburg oder Köln. Die Aufklärungsrate liegt bei über 60 %. Mit Blick auf politisch motivierte Kriminalität verzeichnet die Kriminalstatistik einen Anstieg von knapp 20 %, wobei einzig die Anzahl der linkspolitischen Kriminalität zurückgegangen ist. Die Menschen in der Landeshauptstadt haben ein hohes Demokratievertrauen.⁴

Insgesamt betrachtet steht die vielfältige Münchner Bevölkerung trotz aller Herausforde-

¹ Landeshauptstadt München (2024). Statistisches Jahrbuch 2023.

² Ebd.

³ <https://stadt.muenchen.de/infos/armutsbericht-muenchen.html>

⁴ https://stadt.muenchen.de/dam/jcr:0fc3f2c0-bcf0-4306-ba53-42ca22e6ea03/MuenchenMonitor2024_Langversion.pdf

rungen im Vergleich zu anderen Teilen Deutschlands gut da, das Stadtleben ist geprägt von dieser Grundlage. Trotzdem ist in München – wie in allen anderen Städten auch – eine Veränderung zu spüren, ein Auseinanderklaffen der Lebensbedingungen, eine Überreizung und aggressives Reiben an Themen, Diskursen und unterschiedlichen Perspektiven, die in den letzten Jahren deutlich zugenommen hat.

Zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen gibt es einerseits Solidarität und Zusammenarbeit, aber andererseits auch Abwertungsprozesse und Konfliktlinien. In Bezug auf LGBTIQ* sind die Haltungen in der Stadtgesellschaft uneinheitlich. Unterschiedliche religiöse, politische oder patriarchal geprägte Gruppen lehnen queere Lebensweisen ab, zeigen sich nach innen wie nach außen tendenziell queerfeindlich. Dieses Phänomen zieht sich durch alle gesellschaftlichen Ebenen und Bildungsschichten – ist jedoch geschlechtsspezifisch. Für München im Speziellen, aber auch bundesweit zeigt sich, dass Männer deutlich häufiger extreme Positionen bei z. B. gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit einnehmen, als dies bei Frauen der Fall ist⁵. Gerade im Hinblick auf politische Entwicklungen, insbesondere am rechten Rand, ist es dringend notwendig, Solidarität und Unterstützung zwischen den gesellschaftlichen Gruppen zu stärken und auszubauen.

4.5 Kritische Situationen im Münchner Stadtleben

München hat in den letzten Jahren und Jahrzehnten viel für die Gleichberechtigung von LGBTIQ* unternommen – sowohl auf politischer Ebene als auch in der Stadtverwaltung. Die LGBTIQ*-Communitys haben personelle, finanzielle und emotionale Unterstützung und Befürworter*innen – die Stadt verteidigt die Community und steht zu ihrer klaren Haltung. Gepaart mit dem eigenen Aktivismus in der Community konnten so deutliche Veränderungen und Verbesserungen für queere Menschen in München erreicht werden. Lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, inter*, nicht-binäre und queere Menschen sind Teil des Münchner Stadtlebens auf allen Ebenen.

Wie im Abschnitt „Über den Tellerrand geschaut“ dargestellt wird, gibt es jedoch global, international und kommunal Strömungen, die ein gleichberechtigtes Leben für LGBTIQ*-Menschen erschweren bzw. unmöglich machen. Und diese Tendenzen spiegeln sich auch an verschiedenen Stellen im Münchner Stadtleben wider.

- Die gemeldeten queerfeindlichen Straftaten sind deutlich angestiegen: Straftaten gegen die sexuelle Identität sind von 30 im Jahr 2022 auf 77 im Jahr 2023 angestiegen – darunter finden sich 15 Fälle von politisch motivierter Gewaltkriminalität wie Körperverletzung bzw. gefährliche Körperverletzung.⁶ Im Bereich geschlechtsbezogene Diversität haben sich die Straftaten von 15 im Jahr 2022 auf 47 im Jahr 2023 mehr als verdreifacht. In sechs Fällen handelt es sich um (gefährliche) Körperverletzung.⁷
- Ehrenamtliche Mitarbeiter*innen, die in verschiedenen Schulprojekten zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt informieren, berichten von vorbereiteten Störaktionen während ihrer Veranstaltungen sowie einer zunehmenden Anzahl von Schüler*innen, die sich homo- und trans*feindlich äußern. Teilweise mussten Schulbesuche abgebrochen werden, es kam zu Bedrohungen von Ehrenamtlichen. Auch Formen von Vandalismus gegen queere Sichtbarkeit und Abwertungen von LGBTIQ* nehmen an Schulen zu bzw. verändern sich, indem sie sich zunehmend gegen die Gleichstellung von queeren Menschen generell richten.⁸
- 2023 wurden zahlreiche Regenbogenfahnen, die zum CSD in der Stadt gehisst worden waren, gestohlen, beschädigt oder zerstört.

⁵ https://stadt.muenchen.de/dam/jcr:0fc3f2c0-bcf0-4306-ba53-42ca22e6ea03/MuenchenMonitor2024_Langversion.pdf

⁶ Polizeipräsidium München, statistische Darstellung Unterfeldthema „sexuelle Orientierung“, Sonderauswertung, 2022/2023, o. A.

⁷ Polizeipräsidium München, statistische Darstellung Unterfeldthema „geschlechtliche Diversität“, Sonderauswertung 2022/2023, o. A.

⁸ https://stadt.muenchen.de/dam/jcr:b6acb4d7-a74d-417f-b102-775611a20d75/2.Monitoring-Bericht%20der%20Anlaufstelle%20bei%20Diskriminierung%20und%20rechtem%20Hass%20an%20Muenchner%20Schulen_FgR.pdf

- Im Sommer 2023 formierte sich massiver, überwiegend rechtspopulistischer bzw. rechtsextremer Widerstand gegen eine Drag-Lesung für Kinder in der Stadtbibliothek Bogenhausen. Wochenlange Diskussionen gingen der Veranstaltung voraus, die AfD rief zu einer Demonstration auf, die unter dem Deckmantel Kinderschutz stand. Rund 200 Personen protestierten gegen die Drag-Lesung, ca. 500 unterstützten die Veranstaltung. Sieben Mitglieder der rechtsextremen Identitären Bewegung Bayern drangen in die Stadtbibliothek ein, um die Lesung zu stören. Sie wurden jedoch, bevor sie den Lesesaal erreichten, von der Polizei abgeführt. Die Diskussion um die Veranstaltung schlug über München hinaus hohe Wellen, eine junge trans* Person, die ihre Biografie bei der Drag-Lesung vorstellen sollte, sagte wegen Bedrohungen ihre Teilnahme ab. Die Veranstaltung bzw. die Diskussionen darum wurden im Wahlkampfkontext der Landtagswahlen in Bayern instrumentalisiert – mehrere Drag-Lesungen für Kinder, die sowohl vor als auch nach der Veranstaltung im Sommer 2023 stattfanden, blieben von der öffentlichen Aufmerksamkeit unbehelligt und verliefen vollkommen ereignislos.
- Im April 2024 verkündete der bayerische Ministerpräsident, dass die geschlechtergerechte Schreibweise in Schulen, an Hochschulen sowie der Verwaltung nicht mehr zulässig sei. Für die Landeshauptstadt München in der kommunalen Selbstverwaltung gilt der Beschluss der Staatsregierung nicht, was zeitnah und klar kommuniziert wurde, um bei den Mitarbeiter*innen der Stadt möglichst wenig Irritationen aufkommen zu lassen. Im Fahrwasser der Diskussion und darüber hinaus befassten sich Stadtratsanfragen mit dem Anliegen, die Stadt München solle ebenso wie der Freistaat künftig Amtssprache verwenden. Auch die Anfrage, wie viele Diskriminierungsfälle es aufgrund der Nicht-Verwendung von gendergerechter Sprache bisher gab, wurde formuliert. Insbesondere das Thema geschlechtliche Zugehörigkeit bzw. damit im Zusammenhang stehende Aspekte wie gendergerechte Sprache, des Personenstandes oder Räume von Frauen sind immer wieder Inhalt von Stadtratsanfragen von Parteien, die Lebensrealitäten außerhalb der binären Geschlechterordnung mindestens kritisch bis hin zu offen ablehnend gegenüberstehen.
- Im Jahr 2024 wurden an verschiedenen Stellen im Stadtgebiet trans* bzw. queerfeindliche Graffitis entdeckt. Betroffen war unter anderem die Regenbogenbank am Karl-Heinrich-Ulrichs-Platz, eine Reihe von Schmierereien fanden sich sowohl am Isartor als auch in Laim. Den bisherigen Höhepunkt kennzeichneten Anfang August trans*feindliche Graffitis an den Türen des lesbisch-queeren Zentrums LeZ LesCommunity e.V. sowie dem schwul-queeren Kommunikations- und Kulturzentrum Sub e.V. Vier Tage nach Bekanntwerden der Vorfälle fand zwischen LeZ und Sub in der Müllerstraße eine Menschenkette mit ca. 1.500 Beteiligten statt, sowohl über die Angriffe als auch die Menschenkette berichteten regionale wie überregionale Medien. Im August 2024 wurde die Regenbogensäule am Candidplatz großflächig mit weißer Farbe be- bzw. überschmiert. Im November 2024 fanden sich am LeZ und Diversity-Café Aufkleber mit rechtsextremen Inhalten.
- Am CSD-Wochenende 2024 fanden in München sowohl mit der religiös-konservativen UNUM-Tagung als auch mit einer Demonstration der AfD zeitgleich zwei queerfeindliche Veranstaltungen statt. Bundesweit wurde 2024 erstmals in großem Umfang von rechten Kräften zu Gegendemonstrationen gegen die CSDs in verschiedenen Städten aufgerufen.
- Im August 2024 geriet der Handlungsleitfaden für die städtischen Münchner Schulen zum Abbau und zur Prävention von Diskriminierung von trans*, intergeschlechtlichen und nicht-binären Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in das Visier von rechten Akteur*innen. Nachdem zuerst auf zwei Internetseiten als vermeintlicher „Leak“ über den Leitfaden, der bereits im Februar allen Schulleiter*innen in München vorgestellt worden war, berichtet worden war, schaltete sich

die sog. DemoFürAlle ein und startete online eine Petition, die den Oberbürgermeister aufforderte, den Leitfaden zurückzunehmen. Im Zuge der Kampagne gegen den Leitfaden wurden Mitarbeitende der Stadt München im Internet namentlich bzw. mit Dienststelle benannt.

Diese Beispiele – von denen es noch mehr geben würde – zeigen, dass in München, so wie auch in vielen anderen Teilen der Welt, ein Auseinanderklaffen der Lebensbedingungen für LGBTIQ*-Personen zu beobachten ist. Auf der einen Seite wurden über Jahre und Jahrzehnte viele positive Veränderungen erwirkt. Auf der anderen Seite erleben wir seit einigen Jahren eine zunehmende, massiver werdende Ablehnung gegenüber queeren Lebensweisen, die immer häufiger in Angriffen und Gewalt endet. Propagandanarrative, die in die Gesellschaft gestreut werden, zeigen Wirkung – es ist ein starker Anstieg an Gewalt und Hate Speech zu beobachten. Fake News nehmen zu, die Haltung in der Gesellschaft verändert sich zunehmend. Zusätzlich zu entsprechenden gezielten Aktionen und Handlungen sind LGBTIQ*-Personen nach wie vor alltäglichen Erfahrungen von struktureller und/oder gesellschaftlicher Diskriminierung, Ausgrenzung und Benachteiligung ausgesetzt. Diese reichen beispielsweise von negativen Erfahrungen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt über mangelnde therapeutische wie medizinische Versorgung bis hin zu Diskriminierungserfahrungen in der Schule, der Ausbildung, der Arbeitsstelle, im Familien- oder Bekanntenkreis, in Behörden, im Kontext von Justiz und Recht, in der Öffentlichkeit und vielen Bereichen mehr. In der Münchner Jugendbefragung 2024 gaben beispielsweise mehr als 30% der Jugendlichen, die ihre Geschlechtsidentität mit divers angegeben hatten, an, sich in München nicht sicher zu fühlen.⁹ Mehr als acht von zehn Jugendlichen, die sich als divers definierten, haben in der Vergangenheit erlebt, dass sie schon einmal schlecht behandelt wurden, weil sie so sind wie sie sind.¹⁰ Die psychische Belastung von LGBTIQ*-Personen und die gesundheitlichen Auswirkungen und Konsequenzen, die sich zum einen aus der Belastung, zum anderen aus der häufig unzureichenden Versorgung, Beteiligung, Anerkennung und Sichtbarkeit ergeben, sind hoch.¹¹ Gesehen werden muss zudem, dass auch Einrichtungen und Personen, die sich für queere Rechte und queere Menschen einsetzen und sich solidarisch zeigen, von Angriffen und Bedrohungen betroffen sind. Dies kann ein Hinweis darauf sein, dass es sich um eine politisch gesteuerte Gegenbewegung zu Gleichstellung und Anerkennung von Vielfalt handelt.

5. Globale Situation – über den Tellerrand geschaut

Um die LGBTIQ*-Strategien, die in diesem Beschluss formuliert werden, grundlegend verstehen und nachvollziehen zu können, ist es wichtig, einen Blick über den Münchner Tellerrand zu werfen. Entwicklungen und Veränderungen, die in der Vergangenheit die Geschichte von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans*, inter* und queeren Menschen in München geprägt haben, die uns in der Gegenwart beschäftigen und die die Zukunft beeinflussen werden, finden nicht in einem luftleeren Raum statt. Vielmehr sind sie eingebettet in und abhängig von globalen Prozessen, weshalb ein Blick auf die Situation von LGBTIQ*-Menschen auf internationaler, europäischer wie nationaler Ebene an dieser Stelle unerlässlich ist.

5.1 LGBTIQ* auf internationaler Ebene

LGBTIQ*-Rechte sind Menschenrechte. Immer wieder gibt es diesbezüglich positive Fortschritte wie gesetzliche Veränderungen, die die Rechte von LGBTIQ*-Personen schützen und deren Situation verbessern sollen. Hierbei geht es nicht darum, queere Menschen in

⁹ 2024 Jugend! Befragung? Ergebnisse der 4. Online-Jugendbefragung. Zentrale Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen (o.A.)

¹⁰ Ebd.

¹¹ Timmermanns, Stefan/Graf, Niels/Merz, Simon/Stöver, Heino (2021). Wie geht's euch? Psychosoziale Gesundheit und Wohlbefinden von LSBTIQ*.

eine vorteilhafte gesellschaftliche wie rechtliche Situation zu bringen, sondern schlicht, ihnen die gleichen Rechte wie heterosexuellen, cis- bzw. endogeschlechtlichen Menschen zukommen zu lassen. Laut einer internationalen Studie definierten sich im Jahr 2023 9 % der Befragten aus 30 Ländern als lesbisch, schwul, homo-, bi-, pan-, omni- oder asexuell.¹² Drei Prozent beschrieben sich als transgender, non-binary, genderfluid, gender non-conforming oder differently from above and from male or female.¹³ Der Anteil der Menschen, die eine nicht heterosexuelle bzw. nicht cis-endogeschlechtliche Definition für sich in Anspruch nehmen, variiert unter den teilnehmenden Ländern stark. Deutlich wird, dass jüngere Generationen wie die Gen Z sich sehr viel häufiger als nicht heterosexuell bzw. nicht cis-endogeschlechtlich definiert als ältere Generationen (5 % Baby-Boomer vs. 17 % Gen Z).¹⁴ Die Gleichstellung von LGBTIQ* ist weltweit für einen relevanten Bevölkerungsanteil die Grundlage für ein selbstbestimmtes und gleichberechtigtes Leben. Ein wichtiger Meilenstein hierzu war im Jahr 2022 das Inkrafttreten des ICD-11, dem internationalen Klassifikationssystem der Krankheiten. Bis dahin war die „Störung der Geschlechtsidentität“ auf der F-Achse unter den Persönlichkeits- und Verhaltensstörungen gelistet. Mit Erscheinen des neuen ICD-11 wird eine Entpathologisierung von Trans* vollzogen und entspricht als „Genderinkongruenz“ einer Normvariante. In aktuell 54 Ländern weltweit schützen Gesetze LGBTIQ* vor Diskriminierung.¹⁵ 34 Länder bieten die Möglichkeit, den Geschlechtseintrag unabhängig von medizinischen Schritten offiziell ändern zu lassen,¹⁶ 18 Länder erkennen nicht-binäre oder Menschen eines dritten Geschlechtes an.¹⁷ In zwölf Ländern sind Operationen an intergeschlechtlichen Säuglingen verboten.¹⁸ 39 Länder ermöglichen gleichgeschlechtlichen Paaren die Adoption von Kindern,¹⁹ eine Eheschließung ist für gleichgeschlechtliche Paare in 36 Ländern möglich.²⁰ Eine aktuelle Befragung von Ipsos in 26 Ländern zeigt, dass durchschnittlich 55 % der befragten Personen befürworten, dass es für gleichgeschlechtliche Paare die Möglichkeit der Eheschließung geben soll.²¹ Hierbei zeigen sich große Unterschiede in der Zustimmungquote zwischen 78 % in Schweden und 18 % in der Türkei. Dieses Auseinanderdriften wird auch in anderen Studien deutlich: Der „Global Acceptance Index“ beispielsweise nutzt Daten aus 30 Jahren, um darzustellen, wie sich in 175 Ländern die soziale Einstellung gegenüber LSBTIQ* Menschen bzw. Themen verändert hat. Zu Beginn der Auswertung 1990 lagen die Werte aller Länder auf einer Skala von 0–10 Punkten etwa zwischen 3,7 und 7 Punkten relativ gebündelt beieinander.²² Im Jahr 2020 zeigt sich eine sehr viel breitere Verteilung von zwischen ca. 1,7 und 10 Punkten.²³ Es bildet sich eine zunehmende Polarisierung ab: In akzeptierenden Ländern hat die Akzeptanz zugenommen, in Ländern mit geringer Akzeptanz hat diese weiter abgenommen. Diese Veränderungen treffen auf jeweils etwa ein Drittel der befragten Länder zu, in einem weiteren Drittel hat sich die Situation nicht verändert.

Trotz mancher positiven Entwicklungen werden allerdings lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, inter* und queere Menschen daran gehindert, ihre Menschenrechte wahrzunehmen und frei, sicher und selbstbestimmt zu leben.

In 65 Ländern weltweit wird Homosexualität kriminalisiert.²⁴ In zwölf Ländern ist für einvernehmliche, private, gleichgeschlechtliche sexuelle Handlungen die Todesstrafe möglich, in sechs dieser Länder wird sie verhängt.²⁵ Die Mehrheit dieser kriminalisierenden Gesetze, insbesondere auf dem asiatischen bzw. afrikanischen Kontinent, gehen auf die

¹² <https://www.ipsos.com/sites/default/files/ct/news/documents/2024-05/Pride%20Report%20FINAL.pdf>

¹³ Ebd.

¹⁴ Ebd.

¹⁵ <https://www.equaldex.com/issue/discrimination>

¹⁶ <https://www.equaldex.com/issue/changing-gender>

¹⁷ <https://www.equaldex.com/issue/non-binary-gender-recognition>

¹⁸ <https://www.equaldex.com/issue/intersex-infant-surgery>

¹⁹ <https://www.equaldex.com/issue/adoption>

²⁰ <https://www.lsvd.de/de/ct/427-Die-gleichgeschlechtliche-Ehe-in-Europa-und-weltweit>

²¹ <https://www.ipsos.com/sites/default/files/ct/news/documents/2024-05/Pride%20Report%20FINAL.pdf>

²² <https://williamsinstitute.law.ucla.edu/wp-content/uploads/GAI-Data-Download-2000-2020.xls>

²³ Ebd.

²⁴ <https://www.humandignitytrust.org/lgbt-the-law/map-of-criminalisation/>

²⁵ Ebd.

(britische) Kolonialherrschaft zurück.²⁶ Eine extreme Auslegung der Scharia ist ebenfalls für die Kriminalisierung von LGBTIQ*-Personen verantwortlich.²⁷ 14 Länder halten Gesetze vor, die trans* Personen kriminalisieren.²⁸ Die Daten des Trans Murder Monitor 2023 zeigen, dass innerhalb eines Jahres 321 Morde an trans* oder genderdiversen Menschen gemeldet wurden.²⁹ Die Daten zeigen einen besorgniserregenden Trend auf – die Gleichzeitigkeit von Frauenfeindlichkeit, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Feindlichkeit gegen Sexarbeitende.³⁰

Zusätzlich zu Gesetzen, die dezidiert gegen die sexuelle oder geschlechtliche Identität gerichtet sind, diskriminieren eine Vielzahl von Ländern LGBTIQ*-Personen dadurch, dass sich die bestehenden Gesetze an cis-/heterosexuellen Menschen orientieren und dadurch die Lebenssituation von LGBTIQ*-Personen nicht berücksichtigt oder unmöglich gemacht werden. Ist beispielsweise die Schließung einer Ehe nur zwischen cis Frauen und Männer in heterosexuellen Beziehungen möglich, können gleichgeschlechtliche Paare bzw. trans*, inter* oder nicht-binäre Personen das Recht der Eheschließung nicht in Anspruch nehmen. Ihre Benachteiligung begründet sich somit nicht auf einer Rechtsprechung, die sie kriminalisiert, sondern die LGBTIQ*-Menschen negiert. Diese Kriminalisierung ist wesentlich häufiger als die durch Gesetze festgeschriebene Kriminalisierung.

Neben den unterschiedlichen gesetzlichen Bedingungen, die zu einer Benachteiligung von LGBTIQ*-Personen führen, gibt es einen weiteren Faktor, der im Wesentlichen die Lebensbedingungen von LGBTIQ*-Personen bestimmt – die gesellschaftliche Situation. Diese geht nicht unbedingt mit der Rechtslage Hand in Hand, wie beispielsweise die Geschichte Südafrikas zeigt. Südafrika war weltweit das erste Land, das bereits 1996 ein Diskriminierungsverbot aufgrund der sexuellen Identität in die Verfassung aufnahm.³¹ Allerdings stimmten 2020 nur 54 % in Südafrika der Aussage zu, dass Homosexualität gesellschaftlich akzeptiert werden sollte, 38 % widersprachen dieser Aussage.³² Viele LGBTIQ*-Personen in Südafrika sind Anfeindungen und geschlechtsspezifischer Gewalt ausgesetzt, die Zahl der Hassverbrechen wie Mord und Vergewaltigung sind 2021 erneut besorgniserregend gestiegen.³³ Eine positive gesetzliche Grundlage heißt also nicht automatisch, dass dadurch Gleichbehandlung und Akzeptanz von LGBTIQ*-Menschen auf gesellschaftlicher Ebene gewährleistet ist – auch wenn juristische Vorgaben eine unabdingbare Voraussetzung für Anerkennung, Gleichberechtigung und die Ahndung von Diskriminierung darstellen.

Weltweit sinkt die Akzeptanz von queeren Menschen, der Gegenwind wird stärker, wie verschiedene Studien zeigen.³⁴ Eine abnehmende soziale Akzeptanz von LGBTIQ* wird häufig flankiert oder befeuert durch politisches Handeln, wie z. B. Gesetzgebungen, die LGBTIQ*-Menschen diskriminieren bzw. kriminalisieren.

In Uganda beispielsweise verabschiedete das Parlament bereits 2013 den „Anti-Homosexuality-Act“, dieser wurde 2023 verschärft und sieht für „schwere Homosexualität“ nunmehr die Todesstrafe vor.³⁵ Zudem ermöglicht das Gesetz, Unterstützung von Homosexualität zu ahnden, und zwingt Menschen, LGBTIQ*-Personen zu denunzieren, um sich nicht selbst durch Mitwissen strafbar zu machen und eine mehrjährige Gefängnisstrafe zu riskieren. Viele geflüchtete LGBTIQ*-Menschen aus Uganda finden Anbindung und Unterstützung bei queeren Beratungsstellen in München. Ihre Anzahl steigt zunehmend, ihre Situation wird immer schwieriger.³⁶

²⁶ <https://www.humandignitytrust.org/wp-content/uploads/resources/Criminalisation-of-Homosexuality-and-Good-Governance-March-2019.pdf>

²⁷ Ebd.

²⁸ <https://www.humandignitytrust.org/lgbt-the-law/map-of-criminalisation/>

²⁹ <https://transrespect.org/en/trans-murder-monitoring-2023/>

³⁰ Ebd.

³¹ Körner, Claudia (2008). Gewalt trotz Gesetz. Homosexuelle in Südafrika. In: respekt! Zeitschrift für Lesben- und Schwulenpolitik. Ausgabe 01/08, LSVD. Berlin.

³² <https://www.pewresearch.org/global/2020/06/25/global-divide-on-homosexuality-persists/>

³³ <https://www.sanews.gov.za/south-africa/spate-attacks-lgbtqi-community-sa>

³⁴ <https://www.ipsos.com/sites/default/files/ct/news/documents/2024-05/Pride%20Report%20FINAL.pdf>

³⁵ <https://www.lsvd.de/de/ct/8960-Uganda-verschaerft-homosexuellenfeindliche-Gesetzgebung>

³⁶ <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-gefluechtete-uganda-homosexualitaet-flucht-asyllux.RNeGJMw5KcE2zQbBhNZzc>

Ebenso, wie das Gesetz in Uganda, dessen Verschärfung stark von westlichen Einflüssen, insbesondere durch den US-amerikanischen, evangelikalen Anti-LGBTI-Aktivisten Scott Lively beeinflusst wurde,³⁷ hat auch Russland in den letzten Jahren mehrere Gesetze verabschiedet, die LGBTIQ*-Aktivist*innen ihre Arbeit unmöglich machen und das Leben von LGBTIQ*-Menschen stark negativ beeinflussen. Im jungen, postsowjetischen Russland bestand der Wille, westliche demokratische Werte zu übernehmen, was sich auch in einer Liberalisierung von Gesetzen zu Sexualität und Genderfragen widerspiegelte³⁸. Unter der Regierung Putins entwickelte sich Russland jedoch zunehmend zu einem autoritären Staat, in dem konservative, traditionelle Werte an Zuspruch gewinnen. Im Zuge dessen verabschiedete die Regierung eine Reihe von Gesetzen, die es möglich machen, LGBTIQ*-Personen zu kriminalisieren. Seit 2013 verbietet Russland „homosexuelle Propaganda“ unter dem Mantel des Schutzes von Minderjährigen, seit 2020 sind gleichgeschlechtliche Partnerschaften nach einer Verfassungsänderung verboten³⁹. Operationen und Hormonbehandlungen als geschlechtsangleichende Maßnahmen stehen seit 2023 unter Strafe, eine Verschärfung des Gesetzes von 2013 im Jahr 2022 sorgt dafür, dass inzwischen öffentliche Handlungen sowie die Verbreitung von Informationen zu „nicht traditionellen sexuellen Beziehungen und Orientierungen oder zu einem Geschlechtswechsel“ z. B. in Büchern, Filmen, sozialen Medien, Küssen oder Hand-in-Hand gehen sowie die Verwendung von LGBTIQ*-Symbolen in der Öffentlichkeit als Propaganda eingestuft und hart bestraft werden können.⁴⁰ Ende 2023 hat der oberste russische Gerichtshof die „internationale LGBT-Bewegung“ als extremistisch eingestuft, somit kann jeglicher Aktivismus kriminalisiert werden. Wiederholt bediente Präsident Putin öffentlich antiwestliche Propaganda durch das Narrativ der dort herrschenden verdorbenen LGBTIQ*-Bewegung, die er stets mit Pädophilie sowie dem Verfall traditioneller, christlicher und moralischer Werte in Verbindung bringt. Die in Russland begangenen Hassverbrechen gegen LGBTIQ* haben deutlich zugenommen, seit der Verabschiedung des Gesetzes gegen „Propaganda für Homosexualität“. Seit 2013 haben sich diese verdreifacht; zwischen 2010 und 2020 wurde mindestens 365 Personen durch Hassverbrechen ihr Leben genommen.⁴¹ Hier wird deutlich, welche Folgen eine restriktive, öffentlich abwertende Politik und Rhetorik, verbunden mit entsprechenden kriminalisierenden Gesetzen auf gesellschaftlicher Ebene hat.

In den USA wurden im Jahr 2023 in den verschiedenen Bundesstaaten mindestens 510 Anti-LGBTQ-Gesetze eingebracht,⁴² seit 2020 hat sich diese Zahl versiebenfacht.⁴³ Der größte Anteil und damit deutlich mehr als die Hälfte der Eingaben bezogen sich auf den Bildungsbereich. Mehrere Bundesstaaten haben bereits Gesetze erlassen, die verbieten, dass in Kindergärten und Schulen über sexuelle und geschlechtliche Vielfalt gesprochen werden darf. Zudem können Lehrkräfte z. B. dazu verpflichtet werden, gewünschte Namen und Pronomen von Schüler*innen nicht zu nutzen bzw. diese an die Erziehungsberechtigten zu melden. Eltern, die ihre trans* und nicht-binären Kinder unterstützen, laufen Gefahr, wegen Kindesmisshandlung angeklagt zu werden. Am zweithäufigsten bezogen sich die Eingaben auf den Gesundheitsbereich, mehr als zwei Drittel davon zielte darauf ab, die gender-affirmative Begleitung von trans* Jugendlichen zu blockieren.⁴⁴ Hormonelle Pubertätsblocker, Hormonersatztherapien sowie operative geschlechtsangleichende Maßnahmen sind in mehreren Bundesstaaten für Minderjährige unmöglich. Zum Teil haben Jugendliche und ihre Familien keine andere Möglichkeit, als in einen liberaleren Bundesstaat zu ziehen. Auswirkungen dieser Situation zeigen sich an vielen Stellen. Beispielsweise gaben in einer großen Jugendstudie knapp die Hälfte der trans* und nicht-binären Jugendlichen an, dass sie oder ihre Familie aufgrund der LGBTIQ*-Politik und

³⁷ <https://www.hrc.org/resources/report-scott-lively-and-the-exporation-of-hate>

³⁸ <https://laender-analysen.de/russland-analysen/440/russlands-autoritaerer-konservativismus-und-lgbt-rechte/>

³⁹ Ebd.

⁴⁰ Ebd.

⁴¹ <https://doi.org/10.1080/15564886.2023.2167142>

⁴² <https://www.aclu.org/legislative-attacks-on-lgbtq-rights-2023>

⁴³ Ebd.

⁴⁴ Ebd.

Gesetzeslage darüber nachgedacht haben, in einen anderen Staat zu ziehen.⁴⁵ 90 % der LGBTIQ*-Jugendlichen berichten, dass ihr Wohlbefinden durch die aktuelle Politik beeinträchtigt wird.⁴⁶ 2023 war das erste Jahr, in dem explizit Drag Shows Ziele von Angriffen bzw. Eingaben wurden. Insgesamt gesehen hat sich nicht nur die Anzahl der Eingaben deutlich erhöht, sie sind vor allem in ihren Zielen und Formulierungen extremer geworden. Es bleibt zu befürchten, dass sich die Situation für LGBTIQ*-Personen nach der erneuten Wahl von Donald Trump bzw. dessen Amtsantritt gravierend verschlechtern wird.

5.2 LGBTIQ* auf europäischer Ebene

Die Lebensbedingungen für lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, inter* und queere Menschen sind in Europa sehr unterschiedlich. Der „Global Acceptance Index“ zeigt hier eine deutliche Kluft zwischen West- und Osteuropa, die besonders im letzten Jahrzehnt zugenommen hat. Insbesondere die Skandinavischen Länder sowie verschiedene Staaten in Mittel- und Südeuropa waren über einen längeren Zeitraum von rechtlicher Liberalisierung und einem offenen gesellschaftlichen Klima geprägt und haben hohe Standards für LGBTIQ*-Menschen etabliert. Eine Reihe europäischer Länder ermöglichen etwa, den Vornamen oder den Personenstandseintrag an die tatsächliche Geschlechtsidentität anzupassen. In mindestens 15 Ländern gibt es Selbstbestimmungsgesetze, die eine Personenstands- und Namensänderung ohne Begutachtung als Erklärung beim Standesamt ermöglichen – das erste bereits seit 2012.⁴⁷ 21 Länder haben die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet oder ein etwa gleichwertiges Modell etabliert,⁴⁸ eine Reihe von Ländern verfügen über Antidiskriminierungsgesetze, die Menschen vor Diskriminierung bezogen auf ihre sexuelle oder geschlechtliche Identität schützen.

Allerdings findet seit einigen Jahren in großen Bereichen von Politik und Gesellschaft eine Verschiebung von Diskussionen und Positionen in eine deutlich konservative bis rechte Richtung statt – was sich auch in Ländern mit bisher liberalen Gesetzen und Einstellungen deutlich bemerkbar macht. Hate Speech, vor allem im Internet hat unvorstellbare Ausmaße angenommen. Vorurteilsmotivierte Äußerungen durch Beamt*innen und Politiker*innen nehmen in Europa zu und finden verstärkt Zugang in politische Debatten.⁴⁹

In mehreren osteuropäischen Ländern hat sich die Situation für LGBTIQ*, insbesondere durch Regierungsbeteiligung bzw. -übernahme rechter Parteien, über die Zeit teils dramatisch verschlechtert, wie sich am Beispiel von Polen eindrücklich zeigt. Dort besteht zwar ein gesetzlicher Schutz vor Diskriminierung, die sexuelle oder geschlechtliche Identität ist jedoch nicht als eigenständiges Merkmal aufgeführt. Die Ehe ist lt. Artikel 18 der Verfassung die Verbindung zwischen Mann und Frau und steht unter dem Schutz des Staates. Ein alternatives Modell für gleichgeschlechtliche Paare gibt es nicht. Zwischen 2015 und 2023 regierte die nationalkonservative Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (Prawo i Sprawiedliwość, PiS) zum ersten Mal allein. Im Wahlkampf 2019 stilisierte sie queere Menschen zum Feindbild („Man versucht uns einzureden, dass das Menschen sind. Aber es ist einfach nur eine Ideologie.“).⁵⁰ Seitdem die polnische Bischofskonferenz zudem im März 2019 davor gewarnt hat, „dass die Gleichbehandlung von Homo- und Transsexuellen die Zivilisation in Europa gefährden könnte“⁵¹, melden sich immer wieder Bischöfe homo- und transfeindlich zu Wort und warnen vor der „regenbogenfarbenen Seuche“.⁵² Die Übergriffe auf queere Menschen z. B. durch Angriffe auf Demonstrationen zur Gleichstellung von LGBTIQ* sind massiv (z. B. Bialystok 2019; Lublin 2019). Mit Unterstützung des erzkonservativen, christlich-fundamentalistischen Juristenvereins „Ordo Iuris“ etablierte sich die „Kommunale Charta der Familienrechte“, auf die sich der damalige Präsident Andrzej Du-

⁴⁵ Ebd.

⁴⁶ <https://www.thetrevorproject.org/survey-2024/>

⁴⁷ <https://www.lsvd.de/de/ct/6417-Selbstbestimmungsgesetz#laender-mit-selbstbestimmungsgesetz>

⁴⁸ <https://www.lsvd.de/de/ct/427-Die-gleichgeschlechtliche-Ehe-in-Europa-und-weltweit>

⁴⁹ <https://www.ilga-europe.org/report/annual-review-2024/>

⁵⁰ <https://www.lsvd.de/de/ct/2227-quot-LSBTI-freie-Zonen-quot-in-Polen-Steigender-Hass-im-Nachbarland>

⁵¹ Ebd.

⁵² www.zeit.de/politik/ausland/2020-06/polen-lgbt-freie-zonen-praesidentschaftswahl-andrzej-duda-jaroslaw-kaczynski?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.lsvd.de%2F

da während des Wahlkampfes 2019 stützte. Diese war auch mitverantwortlich dafür, dass sich hauptsächlich im ländlich und stark katholisch geprägten Süden bzw. Südosten Polens rund 100 Gemeinden, Kreise und Provinzen als „LGBT-freie Zonen“ (Zonen, die frei von LGBT-Ideologie sind) deklarierten – fast ein Drittel des Landes.⁵³ Das regierungstreue Nachrichtenmagazin „Gazeta Polska“ unterstützte die Kampagne durch die Beilage eines Anti-LGBT-Aufkleber in eine ihrer Ausgaben im Juli 2019.⁵⁴ Nachdem die EU Vertragsverletzungsverfahren gegen Warschau eingeleitet und finanzielle Sanktionen angekündigt bzw. umgesetzt hatten, haben einige Regionen ihren Status als „LGBT-freie Zone“ aufgehoben.⁵⁵ Im Oktober 2021 wurde im Parlament über einen eingebrachten Gesetzesentwurf „Stop LGBT“ beraten, der u. a. das Verbot von Demonstrationen für die Gleichstellung von LGBTIQ* vorsah sowie jegliches Eintreten für freie Sexualität und die Rechte sexueller Minderheiten, Ehe oder Adoption für gleichgeschlechtliche Paare sowie aufgeklärte Sexualekunde an Schulen verhindern möchte.⁵⁶ Nach dem Machtwechsel in der polnischen Regierung 2023 bleibt abzuwarten, wie sich die Situation im Land entwickeln wird.

In Ungarn wurde bereits Anfang der sechziger Jahre Homosexualität entkriminalisiert und 1996 gleichgeschlechtliche Partnerschaften anerkannt. Eigentlich ist auch die sexuelle Identität durch das ungarische Antidiskriminierungsgesetz geschützt. Allerdings hat sich die Situation von LGBTIQ* seit der Machtübernahme 2010 durch Viktor Orbán, dem Ministerpräsidenten und Vorsitzenden der nationalkonservativen bzw. rechtspopulistischen Regierungspartei Fidesz, radikal verschlechtert. Über die Jahre hat die ungarische Regierung erfolgreich ein LGBTIQ*-feindliches Narrativ geschaffen, das auf die Bedrohung der traditionellen Werte und klassischen Familie abzielt. Eine Studie der ungarischen Denkfabrik Political Capital zeigt, dass seit 2017 eine Politik, die sich gegen die Rechte von LGBTIQ*-Menschen richtet, den Schwerpunkt der ungarischen Regierungsarbeit bildet.⁵⁷ Dies zeigt sich neben der offen queerfeindlichen Rhetorik und Hetze gegen LGBTIQ*-Menschen vor allem in Gesetzesänderungen: 2018 wurden Gender-Studien an ungarischen Universitäten abgeschafft, 2020 folgte das gesetzliche Verbot einer Änderung des Personenstandes in Ausweispapieren. Im gleichen Jahr schrieb die Regierung die verfassungsrechtliche Definition von Ehe als Verbindung zwischen Mann und Frau sowie die Rolle von Eltern als einen Mann als Vater und eine Frau als Mutter fest. Zwei Jahre vorher verabschiedete die Regierung ein sogenanntes Kinderschutzgesetz, das verbietet, Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren Informationen über sexuelle und geschlechtliche Vielfalt zugänglich zu machen. In sämtlichen öffentlichen Kontexten wie Filmen, Werbung, Serien sowie in der Schule darf ausschließlich Cis/Heteronormativität dargestellt werden. Bücher, die queere Themen behandeln, müssen in undurchsichtigen Verpackungen eingeschlagen sein. In Buchhandlungen, die in der Nähe von Kirchen oder Schulen liegen, ist der Verkauf verboten.

Bei der Umsetzung der EU-Hinweisgeberrichtlinie (die sogenannte Whistleblower schützen soll, wenn sie Missstände bekanntmachen) wollte Ungarn 2023 einen Passus einfügen, der es u. a. ermöglicht hätte, gleichgeschlechtliche Paare mit Kindern an die Regierungsbehörden zu melden, und zwar „im öffentlichen Interesse und zum Schutz der ungarischen Lebensweise, weil Mitbürger die verfassungsmäßige Rolle von Ehe und Familie in Frage stellen“. Das Gesetz wurde jedoch nach der ersten Beschlussfassung an das Parlament zurückgewiesen und schlussendlich ohne den queerfeindlichen Zusatz verabschiedet.⁵⁸

In ganz Europa ist zu beobachten, dass sich sowohl der politische als auch der gesellschaftliche Ton gegenüber LGBTIQ*, angefeuert durch Anti-Gender-Netzwerke, verschärft. In Italien stehen aktuell insbesondere Regenbogenfamilien und die Rechte von LGBTIQ*-Personen, die eine Familie werden möchten, im Fokus. Georgien beschließt

⁵³ <https://www.lsvd.de/de/ct/2227-quot-LSBTI-freie-Zonen-quot-in-Polen-Steigender-Hass-im-Nachbarland>

⁵⁴ <https://www.geschichtedergewalt.ch/kampf-der-bilder/>

⁵⁵ www.dw.com/de/polnische-region-hebt-status-als-lgbt-freie-zone-auf/a-59268362

⁵⁶ www.sueddeutsche.de/politik/polen-lgbt-1.5451653

⁵⁷ <https://www.freiheit.org/de/mitteleuropa-und-baltische-staaten/diskriminierung-zum-macherhalt-orban-hat-die-lgbt-community-zum>

⁵⁸ https://www.queer.de/detail.php?article_id=45684

Einschränkungen im Bildungsbereich nach russischem Vorbild, in Spanien und Großbritannien steht vor allem das Thema geschlechtliche Identität im Fokus. Diese öffentlichen Debatten bleiben nicht ohne Folgen: Eine europaweite Studie zur Situation von LGBTIQ*-Menschen zeigt, dass zwischen den aktuellen Daten von 2023 und der letzten Erhebung 2019 die Gewalt gegen LGBTIQ*-Menschen zugenommen hat: Etwas mehr als ein Drittel der befragten Personen hat angegeben, im Alltag Diskriminierung zu erleben (etwas weniger als in der Studie von 2019), der Anteil der Menschen mit körperlichen Gewalterfahrungen innerhalb der letzten fünf Jahre ist jedoch von 11 % auf 14 % gestiegen.⁵⁹ Mehr als die Hälfte (55 %) der Befragten⁶⁰ gab an, in den letzten 12 Monaten hassmotivierte Belästigung erlebt zu haben. In der vorherigen Studie 2019 lag der Anteil bei 37 %. Trans* und inter*geschlechtliche Menschen sind am häufigsten von Hasskriminalität betroffen.⁶¹ Die wenigsten Vorfälle werden überhaupt gemeldet: Lediglich 11 % der befragten LGBTIQ*-Personen gaben an, den letzten Vorfall von Diskriminierung gemeldet zu haben.⁶² Gründe, die gegen eine Meldung bei einer geeigneten Stelle sprachen, waren u. a. die Annahme, dass nichts passieren würde, es sich nicht lohnt, den Vorfall zu melden, weil so etwas andauernd passiert und die Sorge, dass der Vorfall nicht ernst genommen werden würde.⁶³ Auch ein Misstrauen gegenüber den Autoritäten sowie der Wunsch, nicht als LGBTIQ*-Person in Erscheinung treten zu müssen, wurden häufig genannt.⁶⁴ Die Folgen der gesellschaftlichen und politischen Veränderungen führen nicht nur dazu, dass die Anzahl von Hasskriminalität zunimmt, sie steigern sich auch in ihrer Intensität: In 16 europäischen Ländern kam es 2023 zu Übergriffen rund um Pride-Veranstaltungen.⁶⁵ Hassmotivierte Morde wurden aus acht europäischen Ländern gemeldet.⁶⁶ In Spanien kam es bereits 2021 zu einem tödlichen Angriff auf den jungen Schwulen Samuel Luiz,⁶⁷ 2023 wurde in Großbritannien die 16-jährige Brianna Ghey von zwei gleichaltrigen Jugendlichen aus sadistischen und trans*feindlichen Motiven ermordet.⁶⁸

5.3 LGBTIQ* auf Bundesebene

Auch mit Blick auf Deutschland lässt sich feststellen, dass sich eine zunehmend größere Kluft auftut. So ist einerseits gerade in jüngerer Zeit ein schärferer gesellschaftlicher wie politischer Ton gegen LGBTIQ*-Menschen laut geworden und auch die Anzahl der gemeldeten Hassverbrechen ist deutlich gestiegen.⁶⁹ Andererseits haben die letzten Jahrzehnte wesentliche rechtliche Verbesserungen für lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, inter* und queere Menschen gebracht. Diese Verbesserungen sind für rund 18 % der deutschen Bevölkerung relevant, die sich als LGBTIQ* definieren (12 %) bzw. sich nicht sicher sind oder keine Angaben gemacht haben (6 %).⁷⁰

Nachdem Deutschland 2001 die eingetragene Lebenspartnerschaft eingerichtet hatte, die seit 2005 auch die Stiefkindadoption für gleichgeschlechtliche Paare sowie seit 2013 die sogenannte Sukzessivadoption ermöglichte, wurde dieses Modell 2017 durch die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare abgelöst. Im Jahr 2020 erließ die Regierung des Weiteren ein Gesetz, das sog. Konversionstherapien (besser Konversionsmaßnahmen) an Minderjährigen verbietet. Seit 2018 gibt es die Option eines dritten positiven Geschlechtseintrages im Geburtenregister, nachdem seit 2013 die Möglichkeit besteht, den Geschlechtseintrag offen zu lassen. Konsequenterweise erging 2021 ein Gesetz, das nicht notwendige medizinische Eingriffe an intergeschlechtlichen Kindern verbietet. Die

⁵⁹ <https://fra.europa.eu/en/publication/2024/lgbtiq-crossroads-progress-and-challenges#publication-tab-1>

⁶⁰ Ebd.

⁶¹ Ebd.

⁶² Ebd.

⁶³ Ebd.

⁶⁴ Ebd.

⁶⁵ <https://www.ilga-europe.org/report/annual-review-2024/>

⁶⁶ <https://www.ipsos.com/sites/default/files/ct/news/documents/2024-05/Pride%20Report%20FINAL.pdf>

⁶⁷ <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/panorama/spanische-polizei-hat-weitere-verdachtige-fur-totung-eines-homosexuellen-5403058.html>

⁶⁸ https://www.queer.de/detail.php?article_id=48345

⁶⁹ https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/nachrichten/2023/05/pmk2022-ueber-hasskriminalitaet.pdf?__blob=publicationFile&v=3

⁷⁰ https://www.ipsos.com/sites/default/files/ct/news/documents/2024-05/Ipsos-PI_LGBT-Pride_2024-05-29.pdf

Änderungen im ICD-11 „Genderinkongruenz“ gilt zwar seit 2022, allerdings wird sich der Prozess der Umsetzung in Deutschland durch die notwendige Übersetzung des Manuals um mehrere Jahre verzögern. 2024 schloss sich die Verabschiedung des sogenannten Selbstbestimmungsgesetzes (SBGG) an, welches das in Teilen als verfassungswidrig eingestufte Transsexuellengesetz (TSG) von 1980 ablösen wird. Vor Inkrafttreten des neuen Selbstbestimmungsgesetzes hatten sich bundesweit rund 15.000 Menschen angemeldet, um Personenstand und Namen ändern zu lassen.

Insbesondere die Erarbeitung sowie die Verabschiedung des Gesetzes über die Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag 2024 war in Deutschland von erregten, populistischen und unsachlichen Debatten begleitet, die aus unterschiedlichsten Lagern gespeist wurden. Beteiligte sowohl aus dem religiösen oder rechten politischen Spektrum einte die vermeintliche Sorge um die Sicherheit von Frauen und das Kindeswohl mit linken Protagonist*innen und radikalen Feministinnen. Auch im politisch konservativen Feld gab es viele Bedenken, Kritik und Angriffe gegen das Gesetz.

Transfeindliche Narrative, die trans* Frauen mit gewaltbereiten cis Männern gleichsetzen und häufig auch bekannte trans* Frauen bzw. Aktivist*innen trafen, verbreiteten sich über Social Media ebenso wie über die Tagespresse und Fachzeitschriften wie beispielsweise die Ärztezeitung. Nach wiederholter Verbreitung von Fehlinformationen sahen sich im August 2024 Ärzt*innen, Psycholog*innen und Psychotherapeut*innen, die auf die Behandlung von trans* Personen spezialisiert und für trans* Gesundheit engagiert sind, gezwungen, einen offenen Brief zu schreiben. Dieser richtete sich an die Vorstandsmitglieder der Bundesärztekammer, der Bundespsychotherapeutenkammer, der Kassenärztlichen Vereinigung, an den Bundesgesundheitsminister sowie die Redaktionsleitung des Deutschen Ärzteblattes mit dem Ziel, auf die wiederholt verbreiteten, gravierenden Fehlinformationen aufmerksam zu machen.⁷¹ Schlussendlich beeinflusste die aggressive, von Unterstellungen und Unwahrheiten geprägte öffentliche Debatte sowohl die Gesetzesinhalte als auch die zeitliche Einführung bzw. Umsetzung des Gesetzesvorhabens in großem und bis dato unbekanntem Umfang. Effekte wie Diskursverschiebungen, eine zunehmende Aggressivität und gesellschaftliche Spaltung sowie ein in Teilen der Gesellschaft und Politik auftretender Rechtsruck sind auch in Deutschland zu beobachten. So zeigt in der Mitte-Studie 2022/23 ein Bevölkerungsanteil von 8 % eine klar rechtsextremistische Orientierung, die politische Selbstverortung rechts der Mitte hat mit 15,5 % deutlich zugenommen.⁷² Auch menschenfeindliche Einstellungen stiegen deutlich an. Die 2024 veröffentlichte Leipziger Autoritarismus Studie zeigt, dass bundesweit 37% der Befragten eine geschlossene Abwehr gegen Trans*geschlechtlichkeit haben.⁷³ Bis zu einem Viertel der Teilnehmer*innen weist zudem geschlossene antifeministische und sexistische Einstellungen auf. Die politisch-ideologische Selbstpositionierung der Befragten, die diese Haltungen haben, liegt vor allem rechts bzw. rechts außen. Die Ergebnisse der Studie weisen auch deutlich auf die spezielle Bedeutung sowohl von Antifeminismus als auch Trans*-Feindlichkeit im Kontexten von rechtspopulistischen wie rechtsextremen Bemühungen hin: Negative Einstellungen bezüglich geschlechtlicher Identität und Feminismus sind auch in anderen Bevölkerungsteilen zu finden und sind somit Themen, die sehr anschlussfähig für allgemeine Mobilisierungen sind.⁷⁴ Die Daten der Leipziger Autoritarismus Studie verdeutlichen zudem, dass die Bürger*innen in Deutschland zwar das politische System der Demokratie nicht infrage stellen, allerdings sind „ die Zustimmungswerte zur verfassungsmäßigen und zur gelebten Demokratie so niedrig wie seit Jahren nicht.“⁷⁵ Die Prävention bzw. Bekämpfung von LGBTIQ*-Feindlichkeit sowie Antifeminismus sind somit zum einen für die von Diskriminierung betroffenen Menschen relevant als auch zum anderen ein Mittel der Demokratiesicherung.

Um die Situation von LGBTIQ*-Menschen in Deutschland zu verbessern und somit auch

⁷¹ <https://trans-gesundheit.de/brief-aerzteblatt/>

⁷² Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Nico (2023). Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23.

⁷³ <https://www.boell.de/de/2024/11/13/vereint-im-ressentiment-autoritaere-dynamiken-und-rechtsextreme-einstellungen>

⁷⁴ Ebd.

⁷⁵ Ebd., S. 7

aktuellen Entwicklungen entgegenzuwirken, hat die Bundesregierung 2022 den Aktionsplan „Queer Leben“ beschlossen. Der Maßnahmenkatalog umfasst eine Reihe von Vorhaben in verschiedenen Themenfeldern, wie z. B. im Kontext rechtlicher Anerkennung sowie den Bereichen Sicherheit, Gesundheit und Teilhabe von LGBTIQ*. Unterschiedliche Akteur*innen aus Zivilgesellschaft und Verbänden arbeiten mit Vertreter*innen aus den Bundesministerien und den Bundesländern in 14 Arbeitsgruppen an der Umsetzung der geplanten Maßnahmen. Im Jahr 2024 werden die Ergebnisse der Arbeitsgruppen vorgestellt und in einem Bericht an den Bundestag veröffentlicht.⁷⁶ Besonders zu berücksichtigen wird hier auch die deutlich unterschiedliche Situation von LGBTIQ*-Personen zum einen im Kontext von städtischen bzw. ländlichen Strukturen sowie zum anderen mit Blick auf die Gegebenheiten, Herausforderungen und Interessen innerhalb verschiedener Bundesländer sein.

Parallel zu den Bemühungen der Bundesregierung und trotz der rechtlichen Verbesserungen der letzten Jahrzehnte erleben LGBTIQ*-Personen in Deutschland täglich Diskriminierung und Gewalt. Dies hat gravierende Auswirkungen auf das Aufwachen, (Er)Leben und die psychische Gesundheit von (jungen) LGBTIQ* Personen, wie verschiedene Studien zeigen.⁷⁷ Beispielsweise sind trotz der Eheöffnung gleichgeschlechtliche – und hier insbesondere lesbische Paare – nach wie vor rechtlich massiv benachteiligt. Es bedarf bei verheirateten Frauenpaaren noch immer einer Stiefkindadoption, damit die Co-Mutter als Elternteil des gemeinsamen Kindes anerkannt wird. Anders als bei heterosexuellen Ehen, wo der Mann, mit dem die Mutter zum Zeitpunkt der Geburt verheiratet ist, automatisch als Vater des Kindes eingetragen wird (unabhängig davon, ob er tatsächlich der Erzeuger ist), ist die Ehefrau der Mutter nicht automatisch der zweite Elternteil. Um diese Ungleichbehandlung zu beseitigen, sieht der im Herbst 2024 vorgelegte Referentenentwurf zur Reform des Abstammungsrechtes u. a. eine Mit-Mutterschaft vor, die ermöglicht, dass die Frau, die zum Zeitpunkt der Geburt mit der Mutter des Kindes verheiratet war, umgehend als Mit-Mutter anerkannt wird. Dies kommt vor allem der Versorgung und Sicherheit der Kinder in Regenbogenfamilien zugute, da sie von Anfang an zwei rechtliche Elternteile haben. Der Personenstand von trans* oder nicht-binären Personen, die ein Kind gebären oder zeugen, wird bei der Ausstellung von Geburtsurkunden in den Eckpunkten zur Reform des Abstammungsrechts weiterhin nicht berücksichtigt.

Die Daten der polizeilichen Kriminalstatistik 2023 zeigt einen deutlichen Anstieg der gemeldeten Vorfälle über die letzten Jahre. Im Kontext sexuelle Identität sind hier für das Jahr 2022 1.005 Delikte genannt, darunter 227 Gewalttaten.⁷⁸ Im Themenfeld geschlechtsbezogene Diversität werden 82 der insgesamt 417 Fälle als Gewaltdelikte gewertet.⁷⁹ Hinter diesen Zahlen stehen auch der tödliche Angriff auf den 25-jährigen Malte C. im September 2022 sowie die beinahe tödliche Attacke auf die 15-jährige Jess im März des gleichen Jahres. In beiden Fällen spielte die Trans*-Feindlichkeit der Täter eine entscheidende Rolle. In der Kriminalstatistik 2024 verstetigt sich die Steigerung im Jahr 2023: 1.499 Delikte richteten sich gegen die sexuelle Identität, darunter 288 Gewalttaten.⁸⁰ Bezogen auf geschlechtsbezogene Diversität gingen 854 in die Statistik ein, davon waren 117 Gewaltdelikte.⁸¹

An dieser Stelle lohnt sich ein Blick auf die Rolle des deutschen Rechtsstaates. Es gibt in Deutschland eine Reihe von rechtlichen wie nicht-rechtlichen Grundlagen, die einerseits die Diskriminierung von LGBTIQ* Personen verbieten und andererseits die Berücksichtigung der Rechte von LGBTIQ* Menschen betonen bzw. diese stärken, ermöglichen und

⁷⁶ <https://www.regenbogenportal.de/aktuelles/uebersicht/details/gemeinsam-fuer-ein-queerfreundliches-deutschland-aktionsplan-queer-leben>

⁷⁷ Timmermanns, Stefan/Graf, Niels/Merz, Simon/Stöver, Heino (2021). Wie geht's euch? Psychosoziale Gesundheit und Wohlbefinden von LSBTIQ*; <https://www.dji.de/ueber-uns/projekte/projekte/jung-trans-nicht-binaer-zur-lebenssituation-von-trans-und-nicht-binaeren-jugendlichen-und-jungen-erwachsenen-in-deutschland.html>

⁷⁸ https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/nachrichten/2023/05/pmk2022-ueberhasskriminalitaet.pdf?__blob=publicationFile&v=3

⁷⁹ Ebd.

⁸⁰ https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/nachrichten/2023/05/pmk2022-ueberhasskriminalitaet.pdf?__blob=publicationFile&v=3

⁸¹ https://www.bka.de/DE/Presse/Listenseite_Pressemitteilungen/2024/Presse2024/240521_PM_Fallzahlen_PMK2023.html

festschreiben.

Die Würde des Menschen (Art. 1, Abs. 1) und die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit (Art. 2, Abs. 1) sind die elementaren Grundsätze der deutschen Verfassung. Darüber hinaus schreibt das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland in Artikel 3 fest, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind und Frauen und Männer gleichberechtigt sind – wofür der Staat Sorge zu tragen hat (Abs. 2). Die Benachteiligung u.a. aufgrund des Geschlechtes untersagt das Grundgesetz in diesem Artikel ebenfalls (Abs. 3). Dieser Diskriminierungsschutz gilt sowohl für Frauen als auch für geschlechtliche Minderheiten, wie das Bundesverfassungsgericht 2017 festgestellt hat.⁸² Die sexuelle Identität ist (bisher) in Artikel 3 nicht explizit erwähnt, der sich darauf beziehende Diskriminierungsschutz leitet sich jedoch aus der freien Entfaltung und der Gleichberechtigung aller Menschen ab.

Über dem Grundgesetz und auch über Landesverfassungen stehen die Menschenrechte, die universell für alle Menschen gelten. Auch diese legen fest, dass alle Menschen frei und gleich an Recht und Würde geboren werden und sie vor Diskriminierung, u.a. aufgrund ihres Geschlechtes geschützt werden sollen. Die UN-Frauenrechtskonvention (CEDAW) gilt, wie deren Ausschuss nicht müde wird zu betonen, für Mädchen und Frauen, die ganz unterschiedlich sind: heterosexuelle und lesbische Mädchen/ Frauen, trans* und cisgeschlechtliche Mädchen/Frauen sowie intergeschlechtliche Personen.⁸³ Die Istanbul-Konvention hat den Schutz von Mädchen und Frauen vor geschlechtsspezifischer Gewalt zum Schwerpunkt, wobei Geschlecht nicht an biologischen Merkmalen festgemacht wird und somit auch trans* und inter* Frauen adressiert sind (Art. 3) und die sexuelle Identität sowie Geschlechtsidentität als unzulässige Diskriminierungsgründe benannt werden. Auch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (2006), verbietet Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität oder des Geschlechtes.

Zusätzlich zu den benannten Rechtsgrundlagen, die die Diskriminierung von LGBTIQ*-Personen verbieten, gewähren verschiedene Gesetze in Deutschland LGBTIQ*-Personen klar definierte Rechte, so z. B. das Gesetz zum Schutz von Kindern mit Varianten der Geschlechtsentwicklung (2021), das Gesetz über die Selbstbestimmung des Geschlechtseintrags (2024), das Gesetz zum Schutz vor Konversionsbehandlungen (2020) oder das Gesetz zur strafrechtlichen Rehabilitierung der nach dem 8. Mai 1945 wegen einvernehmlicher homosexueller Handlungen verurteilten Personen (2017). Hinzu kommt, dass immer mehr Gesetzestexte, die bisher eine cis/heteronormative Sichtweise zur Grundlage hatten, und so entweder für queere Menschen nicht nutzbar waren oder deren Existenz schlicht außer Acht gelassen haben, inzwischen die Lebenssituationen von queeren Menschen berücksichtigen, indem sie diese explizit benennen. Ein deutlicher rechtlicher und gesellschaftspolitischer Fortschritt ist die Öffnung der Ehe auch für gleichgeschlechtliche Paare (2017). Damit wurde das diskriminierende Recht der Eingetragenen Lebenspartnerschaft (2001) abgelöst. Ein weiteres Beispiel ist das Gesetz zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen (2021), durch das im SGB VIII den Aspekten Teilhabegerechtigkeit und Selbstbestimmung nach dem Verständnis der UN-Kinderrechtskonvention nachgekommen wird. Der § 9 formuliert die Anforderungen an die öffentliche und freie Jugendhilfe mit einer erweiterten Geschlechterperspektive und verpflichtet sie somit „die unterschiedlichen Lebenslagen von Mädchen, Jungen sowie transidenten, nichtbinären und intergeschlechtlichen jungen Menschen zu berücksichtigen, Benachteiligungen abzubauen und die Gleichheit der Geschlechter zu fördern.“⁸⁴

Alle diese Beispiele, von denen es noch einige mehr geben würde, zeigen, dass die Bundesrepublik Deutschland zum einen die Pflicht hat, LGBTIQ*-Bürger*innen vor Diskriminierung aufgrund der sexuellen wie geschlechtlichen Identität zu schützen. Zum anderen steht sie vor der Aufgabe, die Bedarfe von queeren Menschen stärker in den Blick zu

⁸² https://www.mkw.nrw/system/files/media/document/file/2023_genderkongress_dokumentation_webfassung_0.pdf

⁸³ Ebd.

⁸⁴ https://www.bgbli.de/xaver/bgbli/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBli&jumpTo=bgbli121s1444.pdf#bgbli%2F%2F%5B%40attr_id%3D%27bgbli121s1444.pdf%27%5D1733411202220, S. 1446

nehmen, diese vor Benachteiligung zu bewahren und gesetzlich weiterhin auf eine tatsächliche Gleichberechtigung hinzuwirken.

5.4 LGBTIQ* in Bayern

Die aktuelle Entwicklung in Bayern spiegelt die bisher beschriebene Situation von LGBTIQ*-Menschen deutlich wider. Geschichtlich betrachtet war der Umgang Bayerns mit Menschen, die nicht heterosexuell bzw. nicht cis-/endogeschlechtlich waren, oft sehr problematisch.

Aktuell zeichnet sich einerseits ein gewisses Bemühen bzw. eine leichte Verbesserung zwischen dem größten Bundesland und dem Verhältnis zu seinen LGBTIQ*-Einwohner*innen ab. Seit 2021 ist in der Leitstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern im Bayerischen Ministerium für Familie, Arbeit und Soziales (StMAS) die Gesamtkoordination des mit Mitteln des Freistaates geförderten LSBTIQ-Netzwerkes verankert. Herzstück ist die Förderung von LGBTIQ*-Unterstützungs- und Beratungsstrukturen. Zu den geförderten Projekten zählen neben der Fachstelle Strong!, dem bayernweiten LSBTI-Fortbildungsprojekt und dem queeren Netzwerk Bayern fünf regionale queer bzw. queersensible Beratungsstellen sowie eine Kabarett-Show für Schulen. Nach Ablauf der ersten Förderperiode wurde eine Anschlussfinanzierung für weitere zwei Jahre gestattet. Nachdem der bayerische Ministerpräsident im Jahr 2023 bekanntgab, dass der Freistaat einen queeren Aktionsplan brauche, machte sich Bayern hierzu als letztes Bundesland auf den Weg. Nachdem im Vorfeld bereits ein Maßnahmenkatalog an das Ministerium übergeben wurde, den queere Vereine, Einrichtungen, Selbsthilfegruppen und Initiativen in Eigenarbeit erarbeitet hatten, startete im Jahr 2024 ein Beteiligungsverfahren, das im Auftrag des StMAS durch den Bayerischen Jugendring sowie das Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis durchgeführt wird und u. a. den Austausch in vier bzw. fünf thematischen Arbeitsgruppen umfasst. Eine Onlineplattform, die eine breite Beteiligung interessierter Menschen hätte ermöglichen sollen, musste, kurz nachdem sie freigeschaltet worden war, wieder offline gehen. Insbesondere Gegner*innen eines queeren Aktionsplans hatten die Möglichkeit genutzt, ihren Unmut über dieses Vorhaben zum Ausdruck zu bringen und das Projekt mit Anfeindungen zu torpedieren. Aktivist*innen, die in den Arbeitsgruppen beteiligt sind, gerieten in Bedrohungslagen. Nach Beendigung der einjährigen Beteiligungsphase wird die Erarbeitung des Aktionsplans dann 2025 durch das StMAS erfolgen. Eine Umsetzung der formulierten Maßnahmen ist ab 2026 geplant. Deuten sowohl die Finanzierung des LSBTI-Netzwerk Bayerns als auch die Umsetzung eines bayerischen Aktionsplans trotz einiger Kritikpunkte auf den guten Willen des Freistaates hin, die Situation von LGBTIQ*-Menschen zu verbessern, arbeitet er andererseits an anderer Stelle sehr massiv genau gegen dieses Ziel. Bereits 2023 drohte der Bayerische Ministerpräsident an, geschlechtersensible Sprache in Schulen und Verwaltung verbieten zu wollen. Mit Beschluss vom März setzte er im April 2024 dieses Vorhaben um: Die allgemeine Geschäftsordnung (AGO) für die Behörden des Freistaates wurde dahingehend geändert, dass „mehrgeschlechtliche Schreibweisen durch Wortbinnenzeichen wie Genderstern, Doppelpunkt, Gender-Gap oder Mediopunkt“ unzulässig sind. Diese Regelung betrifft im dienstlichen Schriftverkehr Lehrer*innen und weitere Mitarbeiter*innen an allen staatlichen Schulen sowie Hochschulen sowie die Verwaltungen im Freistaat. Welche Konsequenzen eine Zuwiderhandlung in der Praxis haben wird, ist noch unklar. Die Aufforderung des Ministerpräsidenten, Schulen, die sich nicht an die Regelungen halten, z. B. beim Kultusministerium zu melden, stieß ebenso wie das „Gender-Verbot“ selbst auf scharfe Kritik. Insbesondere aus dem Kreis von Lehrkräften, Lehrenden an Hochschulen sowie dem gewerkschaftlichen Bereich regte sich Widerstand, es wurden Petitionen gegen das „Gender-Verbot“ ins Leben gerufen und der Bayerischen Staatsregierung überreicht – eine war von mehr als 33.000 Menschen unterschrieben worden. Im November 2024 stimmte der bayerische Landtag einer Beschlussempfehlung des Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention zu, dass sich die Staatsregierung auf Bundesebene dafür einsetzt, transaffirmative Behandlungen von Minderjährigen (genannt:

Pubertätsblockade, Hormontherapien, geschlechtsangleichende Operationen) nur in Ausnahmefällen möglich zu machen.⁸⁵ Zugrunde lag ein Beschluss des 128. Deutschen Ärztetages mit Aufforderung an den Bundestag, das Selbstbestimmungsgesetz mit Blick auf die Regelungen für unter Achtzehnjährige dahingehend zu ändern, dass es erst nach einer fachärztlichen kinder- und jugendpsychiatrischen Diagnostik und Beratung genutzt werden darf.⁸⁶ Dieser Beschluss wurde von verschiedenen Seiten stark kritisiert.⁸⁷ Neue Studien zeigen, dass junge Menschen sehr genau abwägen, wenn es um die Nutzung von hormonellen und operativen Methoden geht,⁸⁸ Statistiken belegen, dass medizinische Eingriffe an jungen Menschen die Ausnahme darstellen.⁸⁹

Die Situation im Freistaat ist, wie sich zeigt, ambivalent. Allerdings wird an unterschiedlichen Stellen deutlich, dass für LGBTIQ*-Personen in Bayern etwas getan werden muss. Dies belegen auch verschiedene Studien.⁹⁰ Zum einen weisen hierauf ebenfalls steigende Zahlen von Straftaten mit Bezug auf die sexuelle und/oder geschlechtliche Identität hin. So haben sich die gemeldeten Fälle von 96 im Jahr 2022 innerhalb eines Jahres auf 190 Fälle 2023 mehr als verdoppelt, 35 LGBTIQ*-Personen wurden Opfer von Gewaltdelikten (der Großteil davon war zwischen 14 und 23 Jahren alt).⁹¹ Diese gestiegenen Zahlen gehen vermutlich sowohl auf eine tatsächliche Zunahme der Übergriffe als auch auf eine höhere Anzeigenbereitschaft von Betroffenen bzw. eine genauere Erfassung der gemeldeten Fälle zurück. In Bayern sind insgesamt Straftaten, die unter Hasskriminalität fallen, seit 2019 um 84 % von 1.016 (2019) auf 1.867 (2023) gestiegen.⁹² Der Großteil der Straftaten war politisch rechts motiviert (1.283).⁹³ Die überwiegende Mehrheit der Täter war männlich (1.098), mehr als 84 % der ermittelten Tatverdächtigen hatten die deutsche Staatsangehörigkeit.⁹⁴ Im Gegensatz zu der überwiegend rechten Motivation im Kontext allgemeiner Hasskriminalität, sind die Tatverdächtigen bei LGBTIQ*-feindlichen Straftaten keinem speziellen Phänomenbereich zuzuordnen⁹⁵, d. h., die Täter kommen aus allen Teilen der Gesellschaft – was Präventionsarbeit deutlich notwendig, jedoch auch schwierig macht. LGBTIQ*-Personen rücken also auch im Kontext von Hasskriminalität zunehmend in den Fokus. Auch eine aktuelle Studie aus Bayern gibt Anlass zur Sorge bzw. Ansporn dazu, die Bedingungen für LGBTIQ*-Personen in Bayern zu verbessern. In einer Befragung des Bayerischen Jugendringes, die 2024 veröffentlicht wurde, war sowohl das Wohlbefinden als auch die Resilienz von queeren Jugendlichen deutlich und erschreckend niedriger als bei ihren gleichaltrigen Peers.⁹⁶ Insgesamt gaben knapp 94 % der Jugendlichen an, Diskriminierung mit Bezug auf ihre sexuelle und/oder geschlechtliche Identität erlebt zu haben.⁹⁷ Neben der eigenen Familie sowie dem öffentlichen Raum ist insbesondere die Schule häufig der Ort, an dem Diskriminierung stattfindet.⁹⁸ Neben Angriffen, Beleidigungen oder Bedrohungen ist das Fehlen von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt ein Aspekt, durch den LGBTIQ*-Jugendliche sowie Kinder aus Regenbogenfamilien im Schulkontext exkludiert werden. Dieses Nichtvorhandensein erleben queere Kinder und Jugendliche bzw. Kinder aus Regenbogenfamilien bereits von Anfang an im Bildungskontext.

Das ambivalente Handeln der bayerischen Staatsregierung trägt dazu bei, in Teilen der Bevölkerung ein Unverständnis sowie eine daraus resultierende negative Haltung gegen-

⁸⁵ Bayerischer Landtag, Drucksache 19/2987 „Transitionstherapien nur in Ausnahmefällen“, Stand 12.11.2024

⁸⁶ https://www.bundesaerztekammer.de/fileadmin/user_upload/BAEK/Aerztetag/128.DAET/2024-05-10_Beschlussprotokoll_neu.pdf

⁸⁷ <https://dgti.org/2024/06/07/offener-brief-an-bundesaerztekammer/>

⁸⁸ <https://www.dji.de/ueber-uns/projekte/projekte/jung-trans-nicht-binaer-zur-lebenssituation-von-trans-und-nicht-binaeren-jugendlichen-und-jungen-erwachsenen-in-deutschland.html>

⁸⁹ <https://de.statista.com/infografik/26187/anzahl-der-geschlechtsangleichenden-operationen-in-deutschland/>

⁹⁰ https://bayern.lsvd.de/wp-content/uploads/2020/06/14-5-2020-ergebnisse_queereslebenbayern_final.pdf

⁹¹ <https://www.stmi.bayern.de/med/aktuell/archiv/2024/240808hasskriminalitaet/index.php>

⁹² Ebd.

⁹³ Ebd.

⁹⁴ Ebd.

⁹⁵ Ebd.

⁹⁶ <https://www.bjr.de/spotlight/queere-jugendarbeit/hay-studie>

⁹⁷ Ebd.

⁹⁸ Krell/Oldemeier (2017). „Coming-out – und dann ...?!“ Coming-out-Verläufe und Diskriminierungserfahrungen von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans* und queeren Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland.

über LGBTIQ* zu erzeugen. Auch innerhalb der Community führt diese Ambivalenz zu Unklarheit und Unverständnis.

6. Zeit der Veränderung

Wie in den vorangegangenen Kapiteln gezeigt wurde, ist die Situation für LGBTIQ*-Personen ambivalent. Einerseits gab bzw. gibt es deutliche Fortschritte, was die Gleichstellung von queeren Menschen angeht. Andererseits zeigt sich gesellschaftlicher wie politischer Widerstand und ein Aufbegehren gegen Gleichberechtigung. Wie bereits deutlich gemacht, ähneln sich Bedingungen und Beteiligte, die dazu beitragen, die Position von queeren Menschen zu schwächen, über geografische und ideologische Grenzen hinweg.

6.1 Globale Aspekte von Veränderung: von Patriarchat, Antifeminismus und LGBTIQ*-Feindlichkeit

Um die Dynamik, die hinter dem Widerstand gegen queere Gleichberechtigung bzw. letztendlich gegen die Gleichberechtigung aller Menschen unabhängig von ihrer sexuellen oder geschlechtlichen Identität, ihrer Herkunft, einer Behinderung oder einem anderen sogenannten Ungleichheitsmerkmal steckt, verstehen zu können, ist es notwendig, sich mit verschiedenen gesellschaftlichen Konstrukten und Bedingungen auseinanderzusetzen. Aufgrund des Umfangs und der Art des Dokumentes als Stadtratsbeschluss bleiben diese Betrachtungen sowohl an der Oberfläche als auch überwiegend auf Deutschland beschränkt. Sie können an dieser Stelle lediglich einen kleinen Einblick in ein umfangreiches Thema geben.

Deutschland liegt, wie einer Vielzahl weiterer Länder, eine cis/heteronormative Gesellschaftsstruktur zu Grunde. In einer cis/heteronormativen Gesellschaft wird angenommen, dass es nur zwei unterschiedliche biologische Geschlechter gibt, mit denen sich alle Menschen identifizieren und die klar definierten Rollen haben. Darüber hinaus stellen heterosexuelle Beziehungen die natürliche und gewünschte Form der sexuellen und romantischen menschlichen Verbindung dar. Cis/Heteronormativität beeinflusst viele Bereiche des Lebens, einschließlich Recht, Bildung, Pädagogik, Psychologie, Literatur, Medizin, Medien und Gesundheit. Abgesehen davon, dass sexuelle und geschlechtliche Vielfalt allein durch ihre Existenz diese Annahme widerlegt, werden durch Cis/Heteronormativität systematische Ungleichheiten und Benachteiligung begründet und Strukturen festgeschrieben, die insbesondere die Position von heterosexuellen cis Männern begünstigt. Cis/Heteronormativität schränkt dabei nicht nur die Entwicklung und das Leben von queeren Menschen ein. Vielmehr beeinflusst und betrifft sie alle Menschen, z. B., indem sie Rollenstereotype zementiert und die individuelle Entfaltung von Personen beeinflusst. Einhergehend mit Cis/Heteronormativität sind patriarchale Gesellschaftsstrukturen, in denen das Geschehen von Männern dominiert wird und diese Machtpositionen in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Gesellschaft und Familie innehaben. Parallel zur Annahme einer „natürlichen“ zweigeschlechtlichen Ordnung und Heterosexualität gehen viele Menschen davon aus, dass auch die Vormachtstellung von Männern naturgemacht und schon immer vorhanden war. Allerdings sind sowohl patriarchale Gesellschaftsstrukturen als auch Zweigeschlechtlichkeit und Geschlechterstereotype Ergebnisse jahrtausenderlanger Zivilisations- und Sozialisationsprozesse, die von Männern gelenkt und vorangetrieben wurden und von denen Frauen gezielt und systematisch ausgeschlossen waren.

Vorurteile, Diskriminierung und ungleiche Behandlung, basierend auf dem Geschlecht, trifft auch heute noch vor allem Mädchen und Frauen. Aber auch queere Menschen werden dabei oft als minderwertig oder nur für bestimmte Rollen geeignet angesehen. Sexistische Praktiken und Überzeugungen haben sich über lange Zeit in allen Lebensbereichen, von der Arbeitswelt bis hin zu sozialen Normen und Gesetzen, manifestiert. Eine Reaktion bzw. Antwort auf diese Ungerechtigkeit fand sich im 19. Jahrhundert, als sich Feministinnen im Zug der Frauenrechtsbewegung zunächst auf grundlegende Bürgerrechte wie das Wahlrecht konzentrierten. Im 20. Jahrhundert weiteten sich feministische Be-

strebungen aus und Frauen kämpften gegen strukturelle Ungleichheiten und für die Gleichberechtigung in allen Bereichen des Lebens. Heute umfasst der Feminismus eine Vielzahl von Strömungen, die sich für die Rechte von Frauen und anderen marginalisierten Gruppen einsetzen. Themen wie die Bekämpfung von geschlechtsspezifischer, häufig sexualisierter Gewalt, Selbstbestimmung über den eigenen Körper, gleiche Bezahlung und Repräsentation sowie die Kritik an Geschlechterrollen stehen im Fokus, wobei Feminismus immer auch intersektional gedacht werden muss. Trotz großer Fortschritte prägen patriarchale Strukturen und Sexismus also weiterhin den Alltag.

Ab dem Moment, in dem sich Frauen für Gleichberechtigung einsetzten, schlug ihnen erheblicher Widerstand entgegen. Viele Männer – und auch einige Frauen – sahen diese berechtigten Forderungen als Bedrohung der traditionellen Geschlechterrollen und sozialen Ordnung an. Diese frühen Antifeministen argumentierten, dass Frauen aufgrund ihrer „natürlichen“ Rolle als Mütter und Hausfrauen nicht in den öffentlichen Bereich gehörten. In den 1960er und 1970er Jahren, während der zweiten Welle des Feminismus, wurde der Widerstand gegen feministische Bestrebungen intensiver. Die Forderungen nach Gleichberechtigung in Bereichen wie Arbeitsmarkt, Sexualität und Familienrecht wurden als radikal empfunden. Antifeministische Strömungen verbreiteten, dass Feminismus die Gesellschaft destabilisiere, die klassische Familie zerstören und Männer entmachten würde. Diese Behauptungen wurden von konservativen und religiösen Gruppen gestärkt. Antifeministische Rhetorik ist heute zunehmend wieder in politischen Diskursen präsent, oft als Sorge um traditionelle Werte oder die „natürliche“ Geschlechterordnung. Antifeminismus manifestiert sich in Widerständen gegen Gesetzesänderungen, die Gleichberechtigung fördern sollen, wie etwa Quotenregelungen oder Maßnahmen gegen geschlechtsspezifische Gewalt und in Bagatellisierung und Verunglimpfung der Forderungen von Frauen. Auf gesellschaftlicher Ebene schlägt sich diese in Gewalt gegen Frauen, Benachteiligung in Bildungs- und Arbeitsprozessen und der Zementierung starrer Rollenverteilungen nieder.

In den letzten Jahren hat sich der Widerstand gegen die Gleichberechtigung von Frauen in Form von Antigenderismus zum Widerstand gegen die Gleichberechtigung aller Geschlechter weiterentwickelt. Dieser lehnt die Tatsache ab, dass Geschlechtsidentität und sexuelle Identität vielfältig und wandelbar sind, und besteht auf einer binären, biologisch determinierten Sichtweise mit klaren Rollenverteilungen. Er stellt sich gegen die Gleichstellung aller Geschlechter sowie wissenschaftliche und soziale Theorien, die Geschlecht als soziales Konstrukt begreifen und sich für die Rechte und Anerkennung von LGBTIQ*-Menschen einsetzen. Diese Bewegung gewann an Bedeutung, als Gender-Studien und feministische Theorien verstärkt in den akademischen Diskurs und die öffentliche Bildung einfließen. Unter anderem in Europa und Amerika formieren sich Kampagnen gegen die Gleichstellung der Geschlechter, oft unterstützt von ultrakonservativen und religiösen Organisationen und Politikerinnen und Politikern, die propagieren, dass Gender-Theorien und LGBTIQ*-Rechte die traditionelle Familie und die gesellschaftliche Ordnung untergraben. Arbeit gegen die Gleichstellung aller Geschlechter äußert sich in gezielten Kampagnen und Strategien gegen Sexualkundeunterricht, Gender-Studien-Programme an Universitäten und rechtliche Reformen, die z. B. die Gleichberechtigung von trans* und nicht-binären Menschen fördern. Antigenderismus beeinflussen Politik und Gesetzgebung in vielen Ländern, die Auswirkungen dieser Strömungen sind erheblich und haben die Dramatisierung von und Desinformation über queeres Leben und nicht zuletzt dessen Zerstörung zum Ziel. Sie tragen zur fortgesetzten Diskriminierung und Marginalisierung von Mädchen, Frauen und LGBTIQ*-Personen bei, indem sie ihre Rechte und ihre Sichtbarkeit in der Gesellschaft beschneiden. Lesben, die nur schwer ihre Belange in der Frauenbewegung unterbringen konnten bzw. oft nicht mitgenannt wurden, laufen Gefahr, wieder in stärkerem Maße durch Unsichtbarkeit Diskriminierung zu erfahren. Zudem werden progressive soziale Veränderungen verlangsamt oder gar rückgängig gemacht, was die Errungenschaften der feministischen und queeren Bewegung bedroht. Sie führt zu einem Klima der Intoleranz, Feindseligkeit und Gewalt, queerfeindliche Haltungen aufgrund der

Befürchtung von Verlust von Status, Macht und Privilegien verfestigen sich. In dem Kapitel „Über den Tellerrand geschaut“ wurde dargestellt, wie die Folgen vom Kampf gegen die Gleichstellung in Teilen von Politik, Gesellschaft, Wissenschaft, schlicht in allen Lebensbereichen, Einzug hält und die Existenz von LGBTIQ*-Menschen beeinflusst, bedroht bzw. verunmöglicht und auslöscht. Die Entwicklung in verschiedenen Ländern zeigt, dass sich der Kampf zuerst gegen die Rechte von trans* Personen richtet, anschließend reproduktive Rechte fokussiert und sich im weiteren Verlauf gegen die Rechte von LGBTIQ*-Personen und Frauen wendet.

Personen und Gruppen, die gegen queere Gleichstellung kämpfen, kommen aus den unterschiedlichsten, sich häufig diametral gegenüberstehenden Richtungen. Es eint sie lediglich die Ablehnung von bzw. der Hass auf Menschen, die nicht cis/endogeschlechtlich bzw. heterosexuell sind. Die Palette reicht von fundamentalistisch religiösen Menschen über neokonservative bzw. rechtspopulistische/rechtsextreme Personen bis hin zu radikalen Feministinnen, die Positionen und Räume von Frauen verteidigen wollen, die sie durch trans* Frauen gefährdet sehen. Antigenderismus vereint Populismus, Konservatismus, Fundamentalismus und Radikalismus der unterschiedlichsten (religiösen) Richtungen und wird vorrangig von Männern getragen, die ihre Vormachtstellung durch Gleichberechtigung gefährdet sehen. Antifeministische und rechtspopulistische Strömungen stemmen sich gegen eine Gleichstellung aller Geschlechter sowie das Recht auf sexuelle, geschlechtliche und reproduktive Selbstbestimmung und sind europaweit (bzw. global) aktiv.⁹⁹ Seit Mitte der 2000er Jahren zeigt sich eine transnational finanzierte und organisierte Anti-Gender-Bewegung, die gezielt gegen die Gleichstellung sowie die Rechte von queeren Menschen und Frauen kämpft sowie die zivilgesellschaftlichen Strukturen und Bewegungen aushöhlt bzw. angreift.¹⁰⁰ Die europäische Anti-Gender-Bewegung ist ein großes und in den unterschiedlichsten Gesellschaftsbereichen verankertes Netzwerk, das über ein immenses finanzielles Budget verfügt.¹⁰¹

Gleichzeitig wirken queerfeindliche Narrative und Abwertungen auch in die breite Gesellschaft und treibt Menschen zu gewalttätigem Verhalten an, die sich keinem spezifischen Spektrum zuordnen lassen. So konnten bei einem Großteil von 190 gemeldeten Straftaten gegen die sexuelle oder geschlechtliche Vielfalt im Jahr 2023 in Bayern, die Täter keiner bestimmten politischen Richtung oder weiteren Ideologie zugeordnet werden, sondern fielen unter „sonstige Zuordnung“. Hier zeigt sich, dass Kampagnen und Hetze gegen LGBTIQ*-Menschen zunehmend Spuren in der Gesellschaft hinterlassen. So wie eine Reihe weiterer Studien zeigt auch die Befragung von Ipsos 2024, dass insbesondere Männer – und vor allem zunehmend jüngere Männer – deutlich häufiger LGBTIQ*-Rechte ablehnen, als dies bei Frauen der Fall ist. Beispielsweise haben in Deutschland zwei von drei Frauen der Gen Z kein Problem damit, wenn queere Menschen in der Öffentlichkeit Hand in Hand laufen oder sich küssen. Bei den gleichaltrigen Männern sind es nur 30 %.¹⁰²

6.2 Kommunale Aspekte von Veränderung: Fazit für München

Die Landeshauptstadt München hat – auch Widerständen zum Trotz – in den letzten Jahrzehnten viel für die Gleichstellung von LGBTIQ*-Menschen getan. Heute schaut die Stadt auf eine vielfältige und aktive Community, deren Einrichtungen teilweise kommunale Förderung erhalten. Ein Fond für queere Gleichstellung wurde eingerichtet, um LGBTIQ*-Menschen, Einrichtungen und Veranstaltungen zu unterstützen. Der jährliche Christopher-Street-Day, der von der Stadtspitze angeführt wird, die nicht nur an diesem Tag geschlossen für die LGBTIQ*-Community eintritt und der beim Rathaus-Clubbing in der „guten Stube“ Münchens einen Höhepunkt findet, ist größer denn je und macht auf vielfältige Weise die Bedarfe, Errungenschaften, Ängste und Forderungen der Münchner LGBTIQ*-Communitys deutlich. Um dem Einsatz der LGBTIQ*-Communitys zu danken und die vie-

⁹⁹ <https://beobachtungsstelle-gesellschaftspolitik.de/f/618d958ae0.pdf>

¹⁰⁰ Ebd.

¹⁰¹ <https://www.epfweb.org/node/837>

¹⁰² <https://www.ipsos.com/sites/default/files/ct/news/documents/2024-05/Pride%20Report%20FINAL.pdf>

len Jubiläen der aus diesem Einsatz hervorgegangenen Initiativen und Einrichtungen zu würdigen, lädt der Oberbürgermeister Vertreter*innen der queeren Community in unregelmäßigen Abständen zu einem Regenbogenempfang im Rathaus ein. In Politik und Verwaltung werden die Bedarfe von queeren Menschen vertreten, sei es durch geschlechtersensible Schreibweise, Diversity Management und Diversity-Vertreter*innen, in Referaten und Eigenbetrieben, den Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsstellen sowie Fort- und Weiterbildungsangebote zum Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt. Von einer guten innerstädtischen Zusammenarbeit, z. B. bei der Umsetzung des Selbstbestimmungsgesetzes, der Erarbeitung verschiedener Leitlinien sowie der Perspektive München oder der Zusammenarbeit beim Aktionsplan gegen geschlechtsspezifische Gewalt, profitieren sowohl Bürger*innen als auch Mitarbeiter*innen der Landeshauptstadt München. München ist vernetzt über seine Stadtgrenzen hinaus, sei es im Netzwerk Regenbogenstiftungen oder im internationalen Kontext beim Städtenetzwerk „Rainbow Cities Network“. Alle diese Entwicklungen wirken sich positiv auf den Ruf Münchens als queerfreundliche Stadt aus – sei es als Arbeitgeberin oder Reiseziel. 2023 erhielt München zum dritten Mal hintereinander die Auszeichnung „PRIDE Champion“ – zum zweiten Mal in Gold. Für die Auszeichnung werden bundesweit Arbeitgeber*innen auf Diversität und LGBTIQ* geprüft – München erhielt hier nochmal mehr Punkte als ein Jahr zuvor.¹⁰³

München scheut sich jedoch auch nicht, den Tatsachen einer sich verändernden (Stadt-)Gesellschaft und zunehmend herausfordernden Bedingungen ins Auge zu sehen. Die angespannte Haushaltssituation macht existenzielle und schmerzhaftes Kürzungen notwendig, die auch Auswirkungen auf die LGBTIQ*-Communitys und Menschen in München haben werden – wobei die Bedarfe nicht aus den Augen verloren werden dürfen. Auch das Auseinanderklaffen von Teilen der Gesellschaft und die Auswirkungen dieser Veränderungen, die u. a. in Anfeindungen der LGBTIQ*-Communitys münden, hat die Stadt im Blick.

Die Auseinandersetzung mit Unrecht, das in der Vergangenheit geschehen ist, macht ein Verständnis der Probleme der Gegenwart möglich – und auch dieser Auseinandersetzung trägt die Landeshauptstadt Rechnung. Mit einem Festakt am 20. Oktober 2024 wurde dem 90. Jahrestag einer groß angelegten Razzia gedacht, in deren Folge schwule Männer inhaftiert und ins Konzentrationslager Dachau verbracht wurden. Und München ist bereit, aus den Fehlern der Vergangenheit und den bestehenden Herausforderungen zu lernen, um für die Zukunft gewappnet zu sein. Um beispielsweise der zunehmenden Gewalt gegen queere Menschen entgegenzutreten, rief die KGL zusammen mit der Fachstelle Strong! und dem Polizeipräsidium München die Kampagne „Zeig Flagge. Zeig' s an!“ ins Leben. Ein nicht unwesentlicher Teil der Kampagne ist die Auseinandersetzung bzw. Aufarbeitung der Beziehung zwischen Münchner Polizei und der LGBTIQ*-Community bzw. der Fehler der Vergangenheit. Hierzu zählt beispielsweise der Umgang der Polizei mit schwulen Männern im Rahmen des § 175, der bis in die späten 1990 Jahre massive Auswirkungen auf das Leben schwuler Männer in München hatte. Die gemeinsame Kampagne soll dazu beitragen, durch unterschiedlichste Maßnahmen das Verhältnis zwischen queerer Community und der Polizei zu verbessern, um dadurch Sichtbarkeit und Sicherheit zu schaffen, mehr Übergriffe auf LGBTIQ*-Menschen ins Hellfeld der Kriminalstatistik zu bringen und schlussendlich zur Aufklärung sowie Ahndung LGBTIQ*-feindlicher Straftaten beizutragen. Aktuell besteht ein großes Interesse seitens Polizei, Staatsanwaltschaft und Justiz, sowohl in München das Wissen über das Projekt tiefer in die Strukturen zu tragen als auch über die Stadtgrenzen Münchens in ganz Bayern umzusetzen.

Die Landeshauptstadt München hat (an)erkannt, dass Lesben, Schwule, bisexuelle, trans*, inter* und queere Menschen wertvoller und selbstverständlicher Teil der Münchner Stadtgesellschaft sind. Die mitunter besonderen Bedarfe, die sich für LGBTIQ*-Menschen aufgrund ihres Minderheitenstatus innerhalb der Gesellschaft ergeben und mit einer erhöhten Vulnerabilität einhergehen, werden durch die Förderung spezifischer Maßnahmen gewürdigt und unterstützt. München setzt sich für die Gleichstellung aller Menschen ein,

¹⁰³ <https://ru.muenchen.de/2023/232/Stadt-Muenchen-erneut-mit-PRIDE-Champion-in-Gold-ausgezeichnet-110472>

unabhängig von deren sexueller oder geschlechtlicher Identität. Diese Haltung vertritt sie auch gegen Widerstände, die sich auf unterschiedlichen Ebenen gegen queeres Leben formieren. Diese sich seit Jahrzehnten verstetigende und festigende Haltung der Landeshauptstadt München ist nicht selbstverständlich und verdient höchste Anerkennung, Respekt und Dank.

6.3 Was passiert, wenn nichts passiert?

Die Gegenwart ist geprägt von gravierenden Herausforderungen und Veränderungen. Hierzu zählen u. a. der Klimawandel und seine bereits heute spürbaren Folgen, Cyber-Angriffe und Künstliche Intelligenz, Kriege und bewaffnete Unruhen, mit diesen Aspekten zusammenhängende Flucht- und Migrationsbewegungen, das Erstarren von (religiös) fundamentalistischen und (rechts-)extreme Kräften, der Ausbruch von Pandemien sowie ein aus diesen Veränderungen resultierendes Wanken bzw. mögliches Zusammenbrechen der weltlichen und gesellschaftlichen Ordnung, wie wir sie bisher kannten. Schlussendlich haben diese drohenden bzw. bereits teilweise realen Szenarien Konsequenzen für alle Menschen, allerdings treffen sie zuerst und mit voller Wucht marginalisierte Personen, die in gesellschaftlichen Ordnungen (global wie kommunal betrachtet) vulnerable Positionen innehaben. Neben Frauen und Mädchen, Menschen mit Behinderung, psychischer Erkrankung oder chronischen Krankheiten, Personen mit eigener oder familiärer Migrations- oder Fluchterfahrung, Angehörigen religiöser Minderheiten, Menschen mit sogenannter niedriger formaler Bildung, geringem Einkommen und neben alleinerziehenden Müttern oder Vätern sind dies auch LGBTIQ*-Personen.

Schon heute sehen wir, dass der Minoritäten-Stress, dem queere Menschen ausgesetzt sind, negative Folgen hat und Spuren im Leben vieler LGBTIQ*-Personen hinterlässt. Diese Vulnerabilität queerer Menschen wird nochmal verstärkt, je mehr Ungleichheitsmerkmale eine Person im Sinne von Intersektionalität in sich vereint. Zur erhöhten Vulnerabilität kommt aktuell die sich in Teilen zuspitzende bzw. verstärkende gesellschaftlich wie politisch ablehnende Haltung gegen LGBTIQ*-Menschen, die nicht folgenlos bleibt. Teilweise wird hier schlicht die Absprache eines Existenzrechts für LGBTIQ*-Personen formuliert. Die gesellschaftliche Diskursverschiebung sowie die globale Anti-Gender-Bewegung und entsprechendes politisches Agieren macht in vielen Ländern der Welt das Leben schon heute für LGBTIQ*-Menschen schwer bis unmöglich.¹⁰⁴ Entsprechende Verschiebungen deuten sich auch in Deutschland an, die daraus resultierenden Veränderungen hätten insbesondere für TIN, aber schlussendlich für alle nicht heterosexuellen bzw. nicht cis/endogeschlechtlichen Menschen gravierende Konsequenzen.

Unter anderem während der Corona-Pandemie hat sich gezeigt, dass in Krisenzeiten Konkurrenzen in kürzester Zeit eskalieren. Verteilungskämpfe treten zu Tage, Leben wird als mehr oder weniger wertvoll definiert (Triage bei Erkrankung; Menschen mit Behinderung), ideologische Fronten verhärten sich und münden teilweise in gewaltvolle, gar tödliche Übergriffe.¹⁰⁵ Diffamierungen, Verleugnungen und „alternative Fakten“ prägen den öffentlichen und politischen Diskurs, schleichen sich in die Gedanken der Menschen und machen eine objektive Auseinandersetzung mehr oder weniger unmöglich. Mediale Darstellungen erzeugen ein „false balancing“ und tragen auf diesem Weg zur Verunsicherung vieler Bürger*innen bei. Viele Fronten, die sich auch während der Corona-Pandemie verhärten haben, bestehen noch heute und prägen die politische Arbeit und Entwicklung, den Umgang unter den Menschen – sowohl im Real Life als auch im digitalen Raum – die Grenzen des Denk- und Sagbaren, daraus resultierenden Haltungen und Handlungen, die mitunter deutlich demokratiefeindlich agieren.¹⁰⁶

Werden diese unterschiedlichen Faktoren zusammengenommen, stellt sich die Frage, wie queere Menschen in einer sich zuspitzenden bzw. auseinanderentwickelnden gesell-

¹⁰⁴ <https://verfassungsblog.de/fur-transmenschen-geht-es-um-alles/>

¹⁰⁵ <https://www.sueddeutsche.de/panorama/idar-oberstein-urteil-mord-1.5656068>.

¹⁰⁶ <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2023-08/reichsbuerger-sturm-reichstag-2020-berlin-demonstration>

schaftlichen Situation angemessen geschützt und unterstützt werden können bzw. wie sich ihre Position bei einer möglichen Eskalation verändert. Erste Hinweise darauf bieten wiederum die Erfahrungen während der Corona-Pandemie: Kontaktbeschränkungen waren am heteronormativen Familienbild orientiert. Bezugspersonen, die sich – wie bei vielen queeren Menschen der Fall – nicht in dieser Zuordnung befanden, waren als Kontaktpersonen ausgeschlossen. Die Einschränkung von nicht lebensnotwendiger medizinischer Versorgung oder psychologischer Unterstützung traf viele queere Menschen mit weitreichenden Konsequenzen. Community-Einrichtungen, die häufig Ort von Wahlfamilie sind, wurden geschlossen, Netzwerke konnten nicht aufrechterhalten werden. Die Frage, welchen Menschen im Katastrophenfall Zugang zu welchen Schutzräumen gewährt wird und wie sie dort zurechtkommen, schließt sich an.

Zuspitzungen gesellschaftlicher und globaler Konfliktlinien können zu Erschütterungen des sozialen Friedens führen, die weit über die Stadt München hinausgehen und sehr negative Folgen auch für queere Menschen haben könnten. Wenn in einer sich verändernden Gesellschaft, die von Konflikten unterschiedlichster Art geprägt ist, nicht frühzeitig und umfangreich an die Situation von queeren Menschen gedacht wird, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass für sie in Krisensituationen zusätzlich zu den Herausforderungen, die alle Menschen treffen werden, Probleme auftreten, die mit ihrer sexuellen oder geschlechtlichen Identität und ggf. weiteren Ungleichheitsmerkmalen in Verbindung stehen. Die kurz angerissenen Erfahrungen während der Corona-Pandemie weisen unmissverständlich darauf hin, dass die Versorgung und der Schutz von vulnerablen Gruppen, wie LGBTIQ* in Krisenzeiten mitgedacht und gewährleistet werden müssen. Hier gilt es, auch das globale wirtschaftliche Handeln und dessen Auswirkungen zu berücksichtigen. Die Einschränkung bzw. Unterbrechung von Lieferketten trifft vulnerable Gruppen und LGBTIQ* besonders, beispielsweise was Verfügbarkeit von Medikamenten betrifft: HIV-/PrEP-Medikamente, Impfungen gegen MPOX, Engpässe bei Testosteron und Testosteronblockern. LGBTIQ*-Personen sind mitunter in hohem Maße auf eine zuverlässige Versorgung mit Medikamenten angewiesen sowie auf Leistungen wie Hormone, Operationen zur Geschlechtsangleichung und psychotherapeutische Versorgung. Die Bewilligung und Finanzierung dieser Maßnahmen müssen gewährleistet sein, auch unter dem Aspekt der mitunter desolaten sozio-ökonomischen Situation vieler queerer Menschen und Altersarmut von Frauen und TIN-Personen.

7. Eine LGBTIQ*-Strategie für München

Im vorangegangenen Teil dieses Beschlusses wurde nach der Verortung des Themas LGBTIQ* im Stadtleben der Landeshauptstadt und der aktuellen Situation von LGBTIQ*-Personen in München, deren Lebensbedingungen und -realitäten auf verschiedenen Ebenen skizziert. Dieser Skizzierung schloss sich ein Szenario mit Worst-Case-Charakter an, der unter den momentanen globalen Bedingungen leider nicht ganz unrealistisch ist – wobei die Dramatik deutlich unterschiedliche Dynamiken haben kann, abhängig von der Gleichzeitigkeit bzw. zeitlichen Reihenfolge unterschiedlicher zu erwartender Ereignisse und von Interventionen, die die Menschen einleiten, um mögliche Szenarien zu verhindern.

Neben einer – hoffentlich nicht eintretenden – deutlichen Verschlechterung der aktuellen Lage für LGBTIQ* aufgrund der beschriebenen Möglichkeiten, werden andere Aspekte die Zukunft mit Sicherheit bestimmen. Diese Veränderungen ergeben sich aufgrund verschiedener Entwicklungen. Der demografische Wandel geht auch an der queeren Community nicht spurlos vorüber. Es wird zunehmend mehr LGBTIQ*-Personen geben, deren Bedürfnisse nach Pflege beantwortet werden müssen, unter Berücksichtigung besonderer Bedarfe und Traumata, die sich u. a. durch den § 175 StGB, die Aids-Krise, das Verfolgtwerden, Schweigen und Verdrängen müssen der älteren Generation ergeben werden. TIN-Senior*innen brauchen auch im Alter eine angemessene Gesundheitsfürsorge, die spezifisches Wissen nötig machen. Durch die 3. und 4. Option beim Personenstand wird

es ein breiteres Spektrum an geschlechtlichen Verortungen geben, die in allen Bereichen des Lebens berücksichtigt werden müssen. Mehr junge Menschen als jemals zuvor definieren sich als nicht heterosexuell bzw. nicht cis-endogeschlechtlich, laut der Ipsos Studie 2024 sind dies in Deutschland 14 % der Gen Z.¹⁰⁷ Beziehungen und Familienkonstellationen werden sich verändern und erweitern. Aufgrund von Kriegen, wirtschaftlichen Aspekten oder weil die Lebensbedingungen für LGBTIQ*-Personen nicht tragbar sind, werden im Rahmen von Migrations- und Fluchtbewegungen mehr LGBTIQ*-Personen als bisher nach Deutschland kommen. Die queeren Communitys werden sich deutlich verändern.

Um die Bedarfe von LGBTIQ*-Personen im Kontext zukünftiger Entwicklungen nicht aus den Augen zu verlieren, diesen angemessen begegnen und zumindest teilweise auf kontrollierbare Entwicklungen Einfluss nehmen zu können, ist es notwendig, ausgehend von den beschriebenen Bedingungen, eine LGBTIQ*-Strategie für München zu formulieren. Diese wird in den kommenden Jahren die Grundlage der Arbeit der Koordinierungsstelle zur Gleichstellung von LGBTIQ* bilden und dementsprechend lenken.

Die im folgenden vorgestellte LGBTIQ*-Strategie für München befasst sich somit zum einen mit der gesellschaftlichen Positionierung von LGBTIQ*-Personen und zeigt Wege auf, wie diese gesichert bzw. verbessert werden können. Zum anderen fokussiert die Strategie das Thema Prävention, um gesellschaftliche Vorurteile gegenüber queeren Menschen abzubauen und zu einem Selbstverständnis bzw. einer Entdramatisierung von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt beizutragen. Beide Schwerpunkte dienen dazu, Gewalt und Anfeindungen gegenüber queeren Menschen – heute und in Zukunft – entschlossen entgegenzutreten.

Eine LGBTIQ*-Strategie für München soll dazu beitragen, die Rechte und Sicherheit von queeren Personen zu gewährleisten, Diskriminierung abzubauen und LGBTIQ*-Menschen vor Ausgrenzung und Gewalt zu schützen. LGBTIQ*-Strategien verfolgen somit das Ziel, queeren Menschen ein gleichberechtigtes, diskriminierungsarmes, selbstbestimmtes und gewaltfreies Leben in München zu gewährleisten – so, wie dies auch für alle anderen Menschen in der Landeshauptstadt gelten sollte. LGBTIQ*-Strategien bedeuten deshalb keine Bevorzugung einer bestimmten Gruppe von Menschen, sondern eine Unterstützung dabei, universell geltende Menschenrechte auch für queere Menschen durchzusetzen – weil sie diese in einer cis-heteronormativen Welt bisher schlicht nicht eingeräumt bekommen.

7.1 Bekämpfung von LGBTIQ*-Feindlichkeit als zentrales Thema

Wie in diesem Beschluss ausführlich dargestellt, kann eine gesellschaftliche und teils auch politische Entwicklung festgestellt werden, in der LGBTIQ*-Feindlichkeit in ihren unterschiedlichen Erscheinungsweisen und Ausprägungen zunehmend zu einem zentralen Thema wird. Einerseits sind davon unmittelbar betroffen queere Menschen, ihre Freund*innen, Angehörigen, Familien, Bündnispartner*innen usw. Andererseits führt diese Entwicklung zu einer Bedrohung des sozialen Friedens nicht nur in der Landeshauptstadt München. Gerade Letzteres muss auch im Kontext mit den Entwicklungen im Bereich Rassismus, Antisemitismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit gesehen werden.

Die Bekämpfung von LGBTIQ*-Feindlichkeit steht im Fokus aller im Folgenden formulierten Maßnahmen und ist zentrales Anliegen der LGBTIQ*-Strategie der Landeshauptstadt München.

Wichtig zu betonen ist, dass ablehnende Haltungen und unangemessenes Verhalten gegenüber LGBTIQ* nicht immer Ausdruck einer manifesten politisch motivierten LGBTIQ*-feindlichen Haltung ist. Oftmals führen Unwissenheit, Vorurteile oder die unreflektierte Übernahme von abwertenden Behauptungen zu diesen Phänomenen und entsprechendem Verhalten.

¹⁰⁷ <https://www.ipsos.com/sites/default/files/ct/news/documents/2024-05/Pride%20Report%20FINAL.pdf>

Dementsprechend muss eine LGBTIQ*-Strategie im Rahmen von Präventionsarbeit das Entstehen von LGBTIQ*-Feindlichkeit durch Aufklärung, Sensibilisierung und Informationsweitergabe vorbeugen. Allerdings muss deutlich benannt werden, dass nicht eine fehlende Sensibilität für das Thema LGBTIQ* die größte Herausforderung darstellt, sondern eine sich immer stärker manifestierende politisch oder religiös motivierte Feindlichkeit gegen LGBTIQ* bzw. gegen Inklusion von gesellschaftlichen Minderheiten generell.

7.2 Aufbau der LGBTIQ*-Strategien

Bevor die LGBTIQ*-Strategie im Folgenden beschrieben wird, ist es hilfreich, die eingangs formulierten Kernthemen und städtischen Bereiche sowie das Leitziel der Strategie nochmals aufzugreifen:

Die Umsetzung der LGBTIQ*-Strategie ist für verschiedene städtische Bereiche geplant. Entlang dieser werden im Folgenden die verschiedenen Maßnahmen dargestellt.

- LGBTIQ*-Community
- Stadtpolitik und Stabsstellen
- Stadtverwaltung
- Stadtgesellschaft

Die Umsetzung der Maßnahmen lässt sich in folgende Kernthemen aufteilen.

- **Sicherstellung** der (bisher in München erreichten) queerpolitischen Standards
- **Prävention und Bekämpfung** von LGBTIQ*-Feindlichkeit
- **Weiterentwicklung** des Themas LGBTIQ*

Das **Leitziel** der LGBTIQ*-Strategie für München lautet:

In München leben lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, inter*, nicht-binäre und queere Menschen in einer wertschätzenden und akzeptierenden Umgebung frei von Ausgrenzung, Benachteiligung oder Gewalt, die infrastrukturelle Versorgung ist gewährleistet und die (sub-)kulturellen Bedarfe sind ermöglicht.

Aufgrund der in diesem Beschluss dargestellten Entwicklungen wird die Bekämpfung von LGBTIQ*-Feindlichkeit das zentrale Anliegen der LGBTIQ*-Strategie der Landeshauptstadt München und für längere Zeit im Fokus der Arbeit der KGL stehen. Die Entwicklungen im Bereich fundamental-religiöser und rechtspopulistischer bzw. rechtsextremer Bewegungen, aus denen heraus Ungleichwertigkeitsprozesse gegen LGBTIQ* resultieren, bedürfen einer klaren und lauten Antwort der Zivilgesellschaft. Um dies zu verwirklichen, wird die KGL ihre Bemühungen verstärken, zivilgesellschaftliche und demokratische Strukturen in Bezug auf das Thema LGBTIQ* zu sensibilisieren und zu stärken. Dies wird in guter Zusammenarbeit und gegenseitiger Unterstützung mit weiteren Stellen wie z. B. der Gleichstellungsstelle und der Fachstelle für Demokratie erfolgen.

Hingewiesen werden soll an dieser Stelle darauf, dass im Laufe des Jahres 2025 noch drei weitere Beschlussvorlagen zu den Themen Sicherheit von LGBTIQ*, LGBTIQ*-Kompetenz und Regenbogensymbolik im öffentlichen Raum eingebracht werden. Verschiedene Maßnahmen dieses Beschlusses werden dort noch einmal aufgegriffen und vertieft.

7.3 Schaubild der LGBTIQ*-Strategie der Landeshauptstadt München

„Erreichtes bewahren – Bedrohungen entgegentreten – Zukunft gestalten“

	Sicherstellung queerpolitischer Standards	Prävention und Bekämpfung von LGBTIQ*-Feindlichkeit	Weiterentwicklung des Themas LGBTIQ*
LGBTIQ*-Community	<ul style="list-style-type: none"> • Förderung von Einrichtungen und Organisationen, Unterstützung und Stärkung der Communitys • Beratung, Unterstützung und Schutz für die Community bei feindseligen Vorgängen und Angriffen • Erhalt individueller Orte und Räume für LGBTIQ*-Menschen unterschiedlichen Alters, Herkunft, Zugehörigkeiten, Lebenskontexte • Aktive Gestaltung bestehender LGBTIQ*-Netzwerke • Wertschätzung und Unterstützung kultureller Eigenheiten der unterschiedlichen Gruppen, Communitys, Personen • Pflege und Erhalt von queerer Erinnerungskultur • Erhalt von queeren Orten im Glockenbachviertel • Förderung von LGBTIQ*-Tourismus als Wirtschaftsfaktor 	<ul style="list-style-type: none"> • Unterstützung von politischen Maßnahmen gegen LGBTIQ*-Feindlichkeit • Unterstützung von Solidarität und Zusammenhalt, Spaltungen entgegen-treten • Ausweitung der Kampagne zur Förderung der Sicherheit von LGBTIQ* • Förderung von Präventionsangebot • Aufbau eines Sicherheit-Netzwerkes für LGBTIQ*-Einrichtungen • Schaffung von Zufluchtsorten im öffentlichen Raum 	<ul style="list-style-type: none"> • Unterstützung des Christopher Street Day • Einrichtung eines TIN-Zentrums und geschütztes Wohnen • Erweiterung und Förderung von Zielgruppen • Förderung mehrfachdiskriminierter Menschen • Intersektionale Vernetzung und Verknüpfung in den Arbeitsfeldern • Ausbau und Stärkung kommerzieller Einrichtungen • Durchführung einer Studie „LGBTIQ* in München – München für LGBTIQ**“
Stadtpolitik und Stabsstellen	<ul style="list-style-type: none"> • Politische Unterstützung für die Finanzierung und Betreuung der bestehenden (Beratungs-) Einrichtungen für LGBTIQ* • Koordinierungsstelle zur Gleichstellung von LGBTIQ* als Steuerungseinheit • Offene und unterstützende Haltung und Wertschätzung gegenüber der Community • Beratung der Politik durch Stabsstellen • Zusammenarbeit und Vernetzung mit Stabsstellen • Unterstützung durch fachliche Expertise • Würdigung von LGBTIQ* als kultureller Bestandteil der LHM 	<ul style="list-style-type: none"> • Einbringung gesellschaftlich relevanter Veränderungen • Aufzeigen von präventiven Handlungsbedarfen • Spaltung verhindern, solidarisches Handeln fördern • Umsetzung des Schutz- und Gleichstellungsauftrags 	<ul style="list-style-type: none"> • Bildung und Ausbau von Netzwerken unter Berücksichtigung intersektionaler Aspekte • Verstärkte Verschränkung bezüglich gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Angriffe der extremen Rechten
Stadtverwaltung	<ul style="list-style-type: none"> • Zusammenarbeit mit Stabsstellen • Zusammenarbeit mit engagierten Personen in Referaten und Eigenbetrieben auf Arbeitsebene • Unterstützung der Kolleg*innen durch fachliche Expertise • Verankerung des Themas in der Verwaltung und Publikationen • Mitarbeit und Einbeziehung bei Erstellung von grundlegenden Stadtentwicklungszielen • Förderung der sozialen Infrastruktur für LGBTIQ* • Beratung für LGBTIQ*-Mitarbeitende 	<ul style="list-style-type: none"> • Weiterentwicklung der Fortbildungen zum Thema LGBTIQ* für Mitarbeiter*innen der verschiedenen Referate und Eigenbetriebe • Entwicklung von Bildungsangeboten zu Vielfalt in Kitas und Schulen für Erwachsene und Kinder/Jugendliche • Kampagnen zur realistischen Darstellung von LGBTIQ* • Aufbau eines Netzwerkes der Diversitäts- und LGBTIQ*-Beauftragte 	<ul style="list-style-type: none"> • Ausbau der LGBTIQ*-Beauftragungen im Rahmen der Haushaltsmöglichkeiten • Erweiterung des Beschäftigtennetzwerks • Verknüpfung der städtischen Bildungskonzepte • Ausbau der Gleichstellungs- und Vielfaltskompetenz • Verankerung des Themas in den Personalentwicklungsinstrumenten • Verknüpfung der städtischen Strategien, z.B. im GuAD-Gremium • Umsetzung gezielter Maßnahmen in relevanten Bereichen • Förderung von Vielfalt als Bereicherung für die LHM
Stadtgesellschaft	<ul style="list-style-type: none"> • Sichtbarkeit von LGBTIQ* als wertvoller Bestandteil des Münchener Stadtlebens • Beteiligung von queeren Vereinen/Gruppen/Themen bei stadtweiter Veranstaltung 	<ul style="list-style-type: none"> • Kampagnen zur realistischen Darstellung von LGBTIQ* • Verständnis und Sichtbarkeit schaffen für die Bedarfe von marginalisierten Gruppen 	<ul style="list-style-type: none"> • Vernetzung mit Organisationen aus der Zivilgesellschaft zur Implementierung des Themas sexuelle und geschlechtliche Vielfalt im Kontext der Demokratiesicherung • Verbesserte Einbindung der queeren Community in die zivilgesellschaftlichen Strukturen

7.4 LGBTIQ*-Community

Sicherstellung queerpolitischer Standards

- Förderung von Einrichtungen und Organisationen, Unterstützung und Stärkung der Communitys
Die Einrichtung und Begleitung von Angeboten für LGBTIQ* in München ist ein wesentlicher Unterstützungsfaktor der Stadt für die Community. Über diverse Referate werden Zentren, Beratungsstellen, Angebote gefördert und unterstützt. Die KGL erarbeitet hier gemeinsam mit Kooperationspartner*innen die Bedarfsanalyse und bringt diese sowohl politisch als auch verwaltungsmäßig ein.
- Beratung, Unterstützung und Schutz für die Community bei feindseligen Vorgängen und Angriffen
Weiterhin wird die KGL die verschiedenen Gruppen der LGBTIQ*-Community bei feindseligen Vorgängen und Angriffen beraten und unterstützen. Hierzu gehört auch, die Einrichtungen, die bereits in der Vergangenheit Ziele von Angriffen waren bzw. zukünftig sein könnten, mit einem Sicherheitssystem auszustatten. Auf die Erfassung der Bedarfe muss eine Umsetzung der Sicherheitsmaßnahmen erfolgen, insbesondere bei den städtischen geförderten Einrichtungen und Zentren, damit die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen in ihren Büros und Einrichtungen möglichst sicher arbeiten können bzw. bei Problemen schnellstmöglich Hilfe erhalten. Zu den Sicherheitsmaßnahmen gehören u. a. die Installation von Notknöpfen, über die direkt ein Notruf an die Polizei abgesetzt werden kann sowie die regelmäßige Kontrolle der Einrichtungen durch einen Wachdienst.
- Erhalt individueller Orte und Räume für LGBTIQ*-Menschen unterschiedlichen Alters, Herkunft, Zugehörigkeiten, Lebenskontexte.
Die queere Community ist in sich ausgesprochen heterogen strukturiert. Bislang wurden die Bedarfe unterschiedlicher Gruppen in der Community, von Kollektiven und autonomen Gruppen in den Blick genommen und so weit möglich Angebote realisiert bzw. die Einrichtungen der Community unterstützt, solche Angebote zu realisieren. Es hat sich eine große Bandbreite von Angeboten entwickelt, die die Bedarfe von lesbischen, schwulen, bisexuelle, trans*, inter*, nicht-binären und queeren Menschen unterschiedlichen Alters, mit oder ohne eigener oder familiärer Migrations- oder Fluchterfahrung, mit unterschiedlichsten Familien-, Beziehungs- oder Wohnformen etc. berücksichtigt. Die KGL wird weiterhin die Binnenstruktur der Community im Auge haben, ggf. eine Datengrundlage herstellen und die Bedarfe der einzelnen Untergruppen unterstützen. Zu berücksichtigen ist neben den Anforderungen der unterschiedlichen Gruppen auch der Aspekt, dass Angebote auch für Menschen nutzbar sein sollten, die z.B. über geringe finanzielle Mittel verfügen oder spezifische körperliche wie psychische Bedarfe mitbringen.
- Aktive Gestaltung bestehender LGBTIQ*-Netzwerke
Bislang hat die KGL das queere Vernetzungstreffen der Vereine und Gruppen sowie die E-Mailplattform „Szeneverteiler“ initiiert und seit 20 Jahren stabil gehalten. Auch andere Teile der Community (z. B. Wirte, Künstler*innen usw.) könnten von einer Vernetzung profitieren. Gemeinsam mit den Akteur*innen können weitere Netzwerke aufgebaut werden. Dies kann auf Wunsch auch für Gruppen/Kollektive gelten, die bislang mehr „unter dem Radar“ laufen. Hier sind besondere Maßnahmen und Regelungen zur Sicherstellung der (Schutz-)Bedarfe dieser Gruppen zu beachten.
- Wertschätzung und Unterstützung kultureller Eigenheiten der unterschiedlichen Gruppen, Communitys, Personen
Die Teilgruppen der queeren Community haben unterschiedliche Formen von Kultur entwickelt, über die sie sich definieren und ihr Zusammenleben gestalten. So ist

insbesondere (allerdings nicht nur) bei schwulen Männern das Thema Sexualität und nicht heteronormative Formen des Lebens von Sexualität ein wichtiger Bestandteil des Lebens. Städtisches Handeln hat hier großen Einfluss, in der Vergangenheit wurden Orte des sexuellen Lebens beschnitten, aufgelöst oder lustfeindlich umgebaut. Auch der ehrenamtlichen Arbeit von LGBTIQ*-Personen, die durch ihren Einsatz viele Angebote erst ermöglichen, soll Wertschätzung und Unterstützung entgegengebracht werden.

- **Pflege und Erhalt queerer Erinnerungskultur**
Die Geschichte der queeren Community und ihrer Teilgruppen ist ein wichtiger Bestandteil der Identität von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans*, inter* und queeren Menschen. Die Landeshauptstadt München fördert die Erinnerungskultur der Community. Die KGL wird auch weiterhin die Pflege der Erinnerung und des Gedenkens unterstützen und mit der Community gemeinsam an der Erinnerungskultur arbeiten.
- **Erhalt von queeren Orten im Glockenbachviertel**
Durch die Gentrifizierungsprozesse in der Innenstadt ist die queere Community deutlich geschwächt worden, was die Treffpunkte, Kneipen usw. angeht. Diese sind aber ein wichtiger Community-Bestandteil, wie weiter oben schon beschrieben. Die bisherige Politik der LHM, die geförderten Einrichtungen möglichst im Glockenbachviertel anzusiedeln, soll weiterverfolgt werden.
- **Förderung von LGBTIQ*-Tourismus als Wirtschaftsfaktor**
Sowohl die verschiedenen Veranstaltungen der queeren Community wie z.B. die Eurogames oder der jährlich stattfindende CSD sowie die Attraktivität der Stadt München für queere Tourist*innen, stellen einen nicht unbedeutenden wirtschaftlichen Faktor für die Stadt dar. Diese Attraktivität gilt es beizubehalten und die LGBTIQ*-Community dabei zu unterstützen, entsprechende Events als Highlights in die Stadt zu holen bzw. als regelmäßige Veranstaltung durchführen zu können.

Prävention und Bekämpfung von LGBTIQ*-Feindlichkeit

- **Unterstützung von politischen Maßnahmen gegen LGBTIQ*-Feindlichkeit**
LGBTIQ*-Feindlichkeit geht u. a. von politischen Strukturen der rechtspopulistischen, rechtsextremen und fundamental-religiösen Gruppierungen aus und wird in die Gesellschaft hineingetragen. Hier ist eine Gegenbewegung der demokratischen Gruppen und Parteien vorhanden, die gestärkt, sichtbarer und vernetzter im Handeln werden sollte. Die KGL wird dies aufgreifen und voranbringen.
- **Unterstützung von Solidarität und Zusammenhalt, Spaltungen entgegentreten**
Die Community hat sich in den letzten Jahren stark ausdifferenziert und dadurch auch eine Größe erreicht, bei der gegenseitige Information und Unterstützung klare Strukturen benötigen. Die KGL wird Solidarität und Zusammenhalt in der Community weiter unterstützen und fördern. Die bereits aufgebauten Strukturen werden weiterhin gepflegt und gefördert und zunehmenden Bedarfen angepasst. Insbesondere in Hinblick auf LGBTIQ*-Feindlichkeit wird die KGL die Community informieren und ggf. Formen von Protest unterstützen.
Immer wieder führen unterschiedliche Einstellungen und Haltungen zu Spaltungen innerhalb der Community. Der Konflikt seitens radikaler Feministinnen bezüglich trans* Weiblichkeit sowie kontroverse politische, weltanschauliche oder religiöse Haltungen spalten und schwächen die Community zu einem Zeitpunkt, an dem es Solidarität und ein aktives Miteinander bräuchte, um Anfeindungen und Angriffe gemeinsam entgegentreten zu können. Diese Spaltungen sollten nicht als gegeben hingenommen werden, vielmehr bedarf es ein wiederholtes Benennen, Aufgreifen und Sichtbarmachen sowie den Willen, gemeinsam Stärke und Widerstand zu zeigen gegen Angriffe von rechten und fundamentalistischen Strömungen, die

schlussendlich alle LGBTIQ*-Personen gefährden.

- **Ausweitung der Kampagne zur Förderung der Sicherheit von LGBTIQ***
Zur Förderung der Sicherheit hat die KGL ein umfangreiches Projekt aufgebaut zusammen mit dem Polizeipräsidium München und den Community-Einrichtungen. Dieses Projekt wird weiter ausgebaut, es werden zusätzliche Sicherheitsbehörden (Landeskriminalamt, KVR) einbezogen und auch auf die Justizbehörden ausgeweitet (Generalstaatsanwaltschaft). Die Kampagne „Zeig Flagge. Zeig's an“ wird weiterhin veröffentlicht und in die Community hineingetragen, um das Anzeigeverhalten in der Community zu verbessern. Der Abbau von Vorurteilen, die Sensibilisierung für die Situationen aller Beteiligten, die Informationsvermittlung zu Abläufen und Strukturen sowie der Aufbau von Kommunikationswegen sind hierbei wichtige Aspekte.
- **Förderung von Präventionsangebot**
Von zentraler Bedeutung in der Arbeit gegen LGBTIQ*-Feindlichkeit sind Präventionsmaßnahmen im Kinder- und Jugendalter. Die KGL wird mit den bisher schon bestehenden Präventionsangeboten (Kita, RBS, Schulprojekte) versuchen, diesen Bereich zu stärken und auszubauen. Hierzu gehört auch der Schutz der Schulprojekte beim Einsatz in Schulen und Jugendeinrichtungen. Auch die Vernetzung von Präventionsmaßnahmen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen wird angestrebt.
- **Aufbau eines Sicherheits-Netzwerks für LGBTIQ*-Einrichtungen**
In Zeiten zunehmender Unsicherheit und steigender Übergriffe ist es von großer Bedeutung, Einrichtungen und Personen zu vernetzen und ein Sicherheitsnetzwerk aufzubauen. Ein regelmäßiger Austausch zwischen Menschen aus den LGBTIQ*-Einrichtungen zu Geschehnissen und Schutzstrategien unter Beteiligung von Personen aus der Justiz und Sicherheitsbehörden kann Sicherheit und solidarisches Handeln unterstützen.
- **Zufluchtpunkte im öffentlichen Raum schaffen**
Wie auch in anderen Kommunen wäre es hilfreich, sichtbare Orte zu schaffen, in denen LGBTIQ*-Menschen Zuflucht finden können, die sich unsicher, bedroht oder angegriffen fühlen. Solche Orte können sowohl kommerzielle Einrichtungen, Läden, Gaststätten als auch öffentliche Räume wie Behörden, Jugendeinrichtungen usw. sein. Im Vorfeld muss hier eine Kampagne und eine Qualifizierung stattfinden, als deren Ergebnis der Eingangsbereich entsprechend gekennzeichnet werden kann, z.B. mit einem Aufkleber.

Weiterentwicklung des Themas LGBTIQ*

- **Unterstützung des Christopher Street Day**
Gerade hinsichtlich der Sicherheit beim Christopher Street Day ist eine städtische Unterstützung unerlässlich, da diese Großveranstaltung eine hohe Bedeutung sowohl für die Community als auch für die Landeshauptstadt hat und gerade auch in Hinblick auf LGBTIQ*-Feindlichkeit eine wichtige Rolle einnimmt. Der CSD München ist hinsichtlich der Raumsituation in der Innenstadt und der Sicherheitskosten erheblich unter Druck. Hier ist eine städtische Hilfestellung dringend erforderlich. Die KGL wird sich dessen weiterhin annehmen und den CSD unterstützen.
- **Einrichtung eines TIN-Zentrums und geschütztes Wohnen**
In den letzten Jahren ist das Thema geschlechtliche Identität einerseits sehr präsent und sichtbarer geworden, andererseits auch massiv in den Fokus der weit rechten Gruppierungen und Parteien sowie gesellschaftlicher Diskussionen gerückt. Es ist dringend erforderlich, für trans*, inter* und nicht-binäre Menschen Schutz und Unterstützung zu ermöglichen. Die KGL wird weiterhin daran arbeiten,

ein Trans*Inter*Zentrum und geschütztes Wohnen in schwierigen Lebenslagen zu ermöglichen.

- **Erweiterung und Förderung von Zielgruppen**
Die Münchner Communitys haben sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten kontinuierlich verändert und weiterentwickelt. Auch die damit verbundenen Themen sind vielfältiger geworden. Die Stadt und auch die Community hat es geschafft, viele verschiedene Menschen bzw. Gruppen zu berücksichtigen und mit ihren Angeboten anzusprechen. Die großen Einrichtungen, die sich originär an lesbische Frauen bzw. schwule Männer gewendet haben, öffneten sich schon vor langer Zeit auch für bisexuelle Menschen und mit dem Wandel der letzten Jahre fanden auch Öffnungsprozesse statt, die trans* Personen und queere Menschen einschlossen. Diese Öffnungsprozesse liefen bzw. laufen nicht reibungslos, sondern sind mit vielen Aushandlungsprozessen verbunden. Dies hat auch in den Angeboten für Familien stattgefunden. Wo anfangs vor allem lesbische Paare mit Kindern im Mittelpunkt standen, finden heute Veranstaltungen und Angebote für vielfältige queere Familien statt. Insbesondere im Kontext der queeren Jugend finden sich eine Vielzahl neuer Angebote, die durch den Zusammenschluss von jungen Menschen mit neuen bzw. weiterentwickelten Selbstdefinitionen entstanden ist und dieser Entwicklung Rechnung trägt, ihr Raum ermöglicht und anerkennt. Als die KGL 2002 gegründet wurde, standen lesbische und schwule cis Personen im Fokus des Angebotes. Mit der Umbenennung zur Koordinierungsstelle zu Gleichstellung von LGBTIQ* wurden die Zielgruppen ausgeweitet. Durch die personelle Aufstockung der KGL im Jahr 2023 wird es zukünftig hoffentlich möglich sein, die Bedarfe von bisexuellen Menschen stärker zu thematisieren, was eine Ergänzung von pan- und asexuellen Menschen miteinschließt.
- **Förderung mehrfachdiskriminierter Personen**
Zahlreiche queere Menschen benötigen Unterstützung sowie Schutz vor rassistischer als auch Mehrfachdiskriminierung, die sie sowohl aus der Mehrheitsgesellschaft als teilweise auch innerhalb der queeren Gemeinschaft aufgrund intersektionaler Aspekte erleben. Hier ist es dringend nötig, Angebote aufzubauen bzw. bestehende Angebote zu befähigen und zu qualifizieren, für diese Gruppen von queeren Menschen Heimat, Schutz und Integration zu ermöglichen.
- **Intersektionale Vernetzung und Verknüpfung in den Arbeitsfeldern**
Queere Menschen sind häufig nicht nur von einem Diskriminierungsmerkmal betroffen. In den Arbeitsfeldern, Vernetzungsstrukturen und Angeboten für queere Menschen muss das Thema der Intersektionalität sichtbarer und fachlich stärker verankert werden. Hierzu sind Qualifizierungsmaßnahmen ebenso notwendig wie eine Vernetzung mit den Angeboten für andere von Diskriminierung betroffenen Personengruppen (Menschen mit Behinderung, von Rassismus betroffenen Menschen usw.). Die KGL plant, sich zu unterschiedlichen Diskriminierungsformen und intersektionalen Aspekten fortzubilden, Qualifizierung zu unterstützen, sich in bestehende Netzwerke verstärkt einzubringen und den Aufbau von neuen Zusammenhängen zu intersektionalen Aspekten zu fördern.
- **Ausbau und Stärkung kommerzieller Einrichtungen**
Dringend erforderlich erscheint der Ausbau und die Stärkung der eher kommerziell orientierten Angebote. Wie in diesem Beschluss schon dargestellt, hat diese Seite der Community eine wichtige Funktion, auch als Schutzraum. Die KGL wird im Rahmen ihrer Möglichkeiten und der städtischen Bedingungen versuchen, auch die kommerziellen Angebote besser zu vernetzen und dabei zu unterstützen, im Glockenbachviertel wieder eine stärkere Präsenz von queeren Einrichtungen zu ermöglichen. Dies betrifft auch den Bereich der Veranstaltungen wie Straßenfeste usw. Diese sind durch Veränderungen im öffentlichen Raum (Schanigärten, Fahrradabstellanlagen usw.) und gestiegenen Sicherheitskosten stark unter Druck ge-

raten. Hier ist auch eine bessere Vernetzung der städtischen Zuständigkeiten erforderlich.

- Durchführung einer Studie „LGBTIQ* in München – München für LGBTIQ*“
Die Koordinierungsstelle hat seit ihrer Gründung immer wieder Studien zu unterschiedlichen Themenfeldern durchgeführt, um ausgehend von den Erkenntnissen Veränderungen anzustoßen. In Anbetracht der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen sowie der Tatsache, dass die letzte Studie zur Situation von LGBTIQ*-Personen in München aus dem Jahr 2004 stammt, erscheint es sinnvoll, durch eine neuerliche Befragung die Situation und Bedarfe von queeren Menschen in München zu erheben, um zukünftig adäquat auf diese eingehen zu können. Die Erhebung der Daten aus der Community soll auch dazu beitragen, die LGBTIQ*-Strategie der LHM an die Lebensrealitäten von queeren Menschen ausrichten zu können. So wird eine Befragung der LGBTIQ*-Community in den nächsten Jahren zur Analyse der Situation, der Bedarfe und der Gefährdungen angestrebt.

7.5 Stadtpolitik und Stabsstellen

Sicherstellung queerpolitischer Standards

- Politische Unterstützung für die Finanzierung und Betreuung der bestehenden (Beratungs-)Einrichtungen für LGBTIQ*
Die weitere Finanzierung der städtisch geförderten Einrichtungen muss gesichert werden. Ebenso gilt dies für die personelle Betreuung durch Mitarbeiter*innen, die sich in den städtischen Referaten mit den LGBTIQ* Einrichtungen in München befassen und diese mit hoher fachlicher Kompetenz und Engagement begleiten.
- Koordinierungsstelle der Gleichstellung von LGBTIQ* als Steuerungseinheit
Die Stadt München unterhält seit 2002 die Koordinierungsstelle zur Gleichstellung von LGBTIQ*. Durch die Einrichtung der Stelle konnten in den letzten 22 Jahren viele positive Veränderungen zum Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in der Verwaltung sowie der Politik erreicht werden, die LGBTIQ*-Community hat stark von dieser Situation profitiert. Seit mehr als 20 Jahren wird kontinuierlich an dem Thema LGBTIQ* gearbeitet und viele positive Maßnahmen konnten in dieser Zeit auf den Weg gebracht werden. Somit hat München mit der KGL die Chance, auch zukünftig beständig, professionell und engagiert das Thema LGBTIQ* im Stadtleben, der Verwaltung und Politik sowie den Communities zu fördern, voranzubringen und zu verbessern.
- Offene und unterstützende Haltung und Wertschätzung gegenüber der Community
Seit vielen Jahren engagiert sich die Stadt München mit ihrer Stadtspitze für die Belange der queeren Community. Dies wird u. a. durch die Finanzierung der verschiedenen Einrichtungen, Empfänge und Ehrungen der queeren Community sowie der Schirmherrschaft für den CSD deutlich. Insbesondere in Zeiten, in denen politische und gesellschaftliche Kräfte gegen die Gleichstellung aller Menschen arbeiten ist es unerlässlich und wichtiger denn je, die unterstützende Haltung und Wertschätzung der LGBTIQ*-Menschen in München sowohl gegenüber der Mehrheitsgesellschaft als auch den Communities selbst immer wieder hervorzuheben und deutlich zu machen.
- Beratung der Politik durch Stabsstellen
Ein Aufgabengebiet der KGL war und ist es, die Politiker*innen der Stadt München zum Thema LGBTIQ* zu beraten. Die Aufgabe der Beratung kommt ihr ebenso zu wie den zwei weiteren Stabsstellen des Oberbürgermeisters, die zu ihren Arbeitsschwerpunkten mit Rat und Tat zur Seite stehen. Dies ist zum einen wichtig bei alltäglichen Fragen und Aufgaben, aber zum anderen auch insbesondere dann, wenn akute Anfragen oder Situationen eine professionelle Einschätzung und aus-

differenzierte Reaktion notwendig machen.

- **Zusammenarbeit und Vernetzung mit Stabsstellen**
Wie in den letzten Jahren auch, legt die KGL großen Wert auf eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit unter den Stabsstellen des Oberbürgermeisters und den anderen im GuAD-Gremium vertretenen Querschnittstellen. Alltägliche Fragen, die die Verwaltung, das Stadtleben sowie die unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppen und Communitys angehen wie auch Rücksprache zu aktuellen Themen und Situationen sind wesentliche Aspekte der bisherigen positiven Arbeit. Solidarität, Strategien und Zusammenhalt gegen demokratiefeindliche Strömungen und Kräfte werden in den kommenden Jahren zunehmend eine Rolle in der Zusammenarbeit werden.
- **Unterstützung durch fachliche Expertise**
So wie im Rahmen von Politikberatung steht die fachliche Expertise der KGL allen politischen Gremien der LHM zur Verfügung. Die KGL arbeitet mit dem Stadtrat, den Bezirksausschüssen und allen weiteren entsprechenden Stellen zusammen. Zudem fließt die LGBTIQ*-Expertise in die Bearbeitung von Stadtratsvorlagen ein, was einen nicht unerheblichen Arbeitsanteil der KGL ausmacht.
- **Würdigung von LGBTIQ* als kultureller Bestandteil der LHM**
LGBTIQ*-Menschen sind Teil der Stadtgesellschaft, seit es München gibt. Auch wenn sie nicht so sichtbar waren, wie sie es heute sind, haben dennoch nicht nur heterosexuelle bzw. nicht cis/endogeschlechtliche Menschen das Münchner Stadtleben mitgestaltet und geformt. Als LGBTIQ*-Personen zu leben, generiert eine interkulturelle Kompetenz, die sowohl im Alltag als auch in kulturellen, künstlerischen wie auch vielen anderen Bereichen sichtbar wird und ihr Potenzial entwickelt. Deshalb ist es richtig und wichtig, LGBTIQ* als kulturellen Bestandteil der LHM anzuerkennen und zu würdigen.

Prävention und Bekämpfung von LGBTIQ*-Feindlichkeit

- **Einbringung gesellschaftlich relevanter Veränderungen**
Die Welt und auch das Leben in München ist von stetigem Wandel geprägt. Wie sich aktuelle, deutlich negative Veränderungen auf die Situation von queeren Menschen auswirken können, wurde im Verlauf dieses Dokumentes umfänglich dargestellt. Diese relevanten gesellschaftlichen Veränderungen und die daraus resultierenden, teils von der Mehrheitsgesellschaft unbemerkten, teils akzeptierten negativen Konsequenzen für queere Menschen müssen aufgezeigt, eingeordnet und entgegengesetzt werden. Politik muss sich damit auseinandersetzen, wenn gesellschaftliche Minderheiten benachteiligt oder angegriffen werden. Dies geschieht in einem immer komplexer werdenden Alltag, häufig ohne eine größere Wahrnehmung außerhalb der Gruppe, die betroffen ist. Gesellschaftlich relevante Veränderungen zu beobachten, zu benennen sowie Unterstützung bzw. Konsequenzen einzufordern, ist und bleibt Aufgabe der KGL.
- **Aufzeigen von präventiven Handlungsbedarfen**
Um Politik nicht nur auf Veränderungen aufmerksam zu machen, sondern auch eine positive Entwicklung und wo nötig Unterstützung zu ermöglichen, sieht die KGL einen Teil ihrer Arbeit darin, präventive Handlungsbedarfe aufzuzeigen und die Umsetzung entsprechender Maßnahmen zu begleiten bzw. einzufordern. Die Wahrnehmung eines Problems ist nur ein erster Schritt, weitere müssen folgen, wenn Veränderungen bewirkt werden sollen. Durch die Beobachtung bzw. Analyse gesellschaftlicher Entwicklungen kann erkannt werden, wo sich Handlungsbedarfe auf tun und was notwendig ist, LGBTIQ*-Feindlichkeit sowie Gewalt gegen LGBTIQ*-Menschen und dem Versuch, sie in gesellschaftlichen Verruf zu bringen, zu

begegnen.

- **Spaltung verhindern, solidarisches Handeln fördern**
Ein Merkmal von queerfeindlichen Strategien ist es, Spaltung zu erzeugen und verschiedene Themen und gesellschaftliche Gruppen gegeneinander auszuspielen und aufzuhetzen. Besonders sichtbar wird dies in den Bereichen der Gleichstellung von Frauen, der Arbeit gegen Rassismus und der Arbeit gegen LGBTIQ*-Feindlichkeit.
Immer wieder wird versucht, die unterschiedlichen Gruppen zu instrumentalisieren, um gegen andere Gruppen Stimmung zu erzeugen. Ebenso werden durch rechtspopulistische, rechtsextreme und fundamentalistische Gruppierungen Themen wie Antifeminismus, LGBTIQ*-Feindlichkeit, Antirassismus gegeneinander ausgespielt und versucht, Solidarität zu zerstören und durch Spaltung dieser Gruppen und Themen die eigene politische Agenda zu stärken.
Diese Spaltungsstrategien können nur durch eine enge und gute Kooperation, gegenseitige Information und Unterstützung sowie solidarisches Arbeiten dagegen bekämpft werden. Die gesellschaftspolitischen Querschnittstellen der Landeshauptstadt München bilden hier ein starkes und solidarisches Netzwerk, binden viele weitere Bündnispartner*innen ein und legen Spaltungsversuche offen. Durch den gegenseitigen Austausch können diese zurückgewiesen werden.
- **Umsetzung des Schutz- und Gleichstellungsauftrags**
Politik und Staat haben dafür Sorge zu tragen, dass alle Menschen gleichberechtigt und vor Diskriminierung geschützt leben können. Dieser Schutz- und Gleichstellungsauftrag lässt sich aus einer Reihe von rechtsverbindlichen wie nicht-rechtsverbindlichen Grundlagen ableiten. Die Unterstützung der Politik bei der Umsetzung dieses Auftrags und das Hinwirken auf Maßnahmen, die der Umsetzung dienen, wird eine Aufgabe im Rahmen der Prävention von LGBTIQ*-Feindlichkeit auf politischer Ebene sein.

Weiterentwicklung des Themas LGBTIQ*

- **Bildung und Ausbau von Netzwerken unter Berücksichtigung intersektionaler Aspekte**
Mit Blick auf die Gefahr, die für alle marginalisierten Gesellschaftsgruppen durch populistische, rechtskonservative bzw. extremistische sowie religiös-fundamentalistische Bewegungen ausgeht, scheint es an der Zeit, bestehende Netzwerke (z.B. das GuAD-Gremium) insbesondere mit dem Blick auf intersektionale Aspekte auszubauen bzw. an der Bildung neuer Netzwerke zu arbeiten. Wenn jede Gruppe für sich alleine arbeitet und Strategien entwickelt, hat dies weniger Wirkung, als wenn sich Menschen in Politik und Gesellschaft zusammenschließen, um demokratiefeindlichen Kräften geschlossen und trotz aller Unterschiede gemeinsam entgegenzutreten.
- **Verstärkte Verschränkung bezüglich gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Angriffe der extremen Rechten**
Auch gegenüber gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie den Angriffen der extremen Rechten muss ein Bündnis der demokratischen Politiker*innen aktiv werden bzw. weiterhin aktiv bleiben. Bei allen unterschiedlichen Meinungen, Standpunkten, Zielen und Perspektiven, die in der Politik wichtig und richtig sind, muss eine Brandmauer gegen Rechts, eine klare Haltung sowie entschlossenes Entgegenreten gegen demokratiefeindliche und menschenverachtende Strömungen im solidarischen Miteinander der mindeste und wichtigste Anspruch in der Stadtpolitik und darüber hinaus sein. Dies wird durch den Dreiklang von FgR, GSt und KGL unterstützt.

7.6 Stadtverwaltung

Sicherstellung queerpolitischer Standards

- **Zusammenarbeit mit Stabsstellen**
Die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Stabsstellen wird auch zukünftig eine tragende Säule der stadtweiten Vernetzung der KGL darstellen. Um gemeinsam demokratische Grundfeste zu stärken, demokratiefeindlichen Kräften entgegenzutreten und dazu beizutragen, dass München eine Stadt für alle Münchner*innen ist und bleibt, wird die KGL bei allen relevanten Fragen und Anliegen eng, inhaltlich und solidarisch mit der Gleichstellungsstelle für Frauen* und der Fachstelle für Demokratie zusammenarbeiten sowie den Austausch und Zusammenschluss suchen.
- **Zusammenarbeit mit engagierten Personen in Referaten und Eigenbetrieben auf Arbeitsebene**
Über die Begleitung durch fachliche Expertise hinaus geht die Zusammenarbeit mit engagierten Personen in den Referaten und Eigenbetrieben. Bei Fragen, Veränderungen, Wünschen und Situationen, die einen dauerhaften Austausch sowie enge Zusammenarbeit erfordern, steht die KGL so wie bisher gerne zur Verfügung. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass durch einen engmaschigen Austausch mit Kolleg*innen zum einen sowohl Unsicherheiten und Unklarheiten beseitigt werden als auch gemeinsam durch das Zusammentragen von Wissen und Erfahrungen unterschiedlicher Fachbereiche, Synergieeffekte erzielt werden konnten, die zum einen den Mitarbeitenden der Stadt München und zum anderen den Bürger*innen deutlich zugutekamen. Ein Beispiel hierfür ist die bereits erwähnte Kooperation mit Kolleg*innen des KVR im Zuge der Einführung des SBGG. Hier konnten die Kolleg*innen in ihrem Handeln begleitet, beraten und bestärkt werden, um schlussendlich eine gute und angemessene Unterstützung von trans*, inter* und nicht-binären Münchner*innen im Standesamt zu ermöglichen.
- **Unterstützung der Kolleg*innen durch fachliche Expertise**
Die Kolleg*innen in der städtischen Verwaltung verfügen über Expertisen auf vielen verschiedenen Ebenen, die für ihren Arbeitsalltag unerlässlich sind. Gleichwohl stellt es eine Überforderung bzw. einen unrealistischen Anspruch dar, in allen Fachgebieten, die den Arbeitsalltag beeinflussen, immer über die neuesten Entwicklungen und Diskurse informiert sein zu können. Da das Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt komplex, vielschichtig und in ständigem Wandel begriffen ist, sieht es die KGL deshalb als ihre Aufgabe, auch zukünftig die Mitarbeiter*innen bei der Stadt München mit der vorhandenen Expertise zum Themenfeld sexuelle und geschlechtliche Identität bei inhaltlichen Fragen, thematischen Unklarheiten und praxisrelevanten Entscheidungen zu unterstützen.
- **Verankerung des Themas in der Verwaltung und Publikationen**
In vielen Publikationen, sowohl in stadtinternen als auch öffentlichkeitswirksamen, ist das Thema sexuelle und geschlechtliche Identität in den letzten Jahren sichtbar geworden – sowohl durch geschlechtergerechte Schreibweise als auch durch inhaltliche Berücksichtigung. Dies bedeutet zukünftig weiterhin zum einen, insbesondere – jedoch nicht nur – in Fachgebieten, wo die Verortung des Themas bisher noch ungewohnt erschien, auf eine Einhaltung der städtischen Vorgaben aufmerksam zu machen und immer wieder durch Erklärungen auf eine Erwähnung hinzuwirken.
Neben dem Benennen und Berücksichtigen von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in relevanten Kontext wie z. B. Bildung, Gesundheit oder Erziehung, bedeutet dies auch das Erklären des Themas, den Umgang mit Widerständen und der Nutzung von geschlechtergerechter Sprache sowie Schreibweise. Zum anderen ist es wichtig, weiterhin die Umsetzung von geschlechtergerechter Sprache zu beglei-

ten. Es war und ist nicht Aufgabe der KGL, die Mitarbeiter*innen der Stadt München zu überprüfen, ob sie geschlechtergerecht schreiben. Vielmehr sieht sie ihre Aufgabe darin, verständlich und nachvollziehbar zu machen, warum es respektvoll und wichtig ist, sensibel zu sein, sexuelle und geschlechtliche Vielfalt sowohl mitzudenken als auch in Sprache sichtbar zu machen. Mitunter ist geschlechtergerechte Sprache ungewohnt und Menschen sind unsicher. Allerdings ist Sprache schon immer von Veränderung geprägt, sie formt und prägt unsere Realität. Dementsprechend können heute die wenigsten Menschen z. B. noch Texte aus dem 19. Jahrhundert lesen oder verstehen. Deshalb ist es richtig und wichtig, sich mit den entsprechenden Veränderungen und deren inhaltlichen Begründungen auseinanderzusetzen und diese im Arbeitskontext zu berücksichtigen.

- **Mitarbeit und Einbeziehung bei Erstellung von grundlegenden Stadtentwicklungszielen**
LGBTIQ*-Personen haben aufgrund der cis-/heteronormativen Gesellschaftsstrukturen in verschiedenen Bereichen besondere Bedarfe, Bedürfnisse und Wünsche. Dass diese berücksichtigt und wenn möglich umgesetzt werden, sieht die KGL als ihre Aufgabe, wenn es z. B. um grundlegende Stadtentwicklungsziele oder Notfallpläne für Katastrophenfälle geht. In all diesen Kontexten muss die Situation von LGBTIQ*-Personen ebenso wie die Situationen von Menschen anderer gesellschaftlicher Minderheiten oder benachteiligter Gruppen besonders beachtet und bestmöglich beantwortet werden.
- **Förderung der sozialen Infrastruktur für LGBTIQ***
Die soziale Infrastruktur der Stadt München, also die Einrichtungen und Dienste, das Fachpersonal sowie die Verwaltung, müssen für LGBTIQ* genauso niedrigschwellige und umfassende Teilhabe bieten und nutzbar sein wie für alle Münchner*innen. Die sexuelle oder geschlechtliche Identität darf nicht zu Exklusion führen. Die örtlichen wie regionalen Dienste, die der sozialen Versorgung der Bevölkerung dienen und der öffentlichen Verantwortung unterliegen, werden aufgerufen bzw. unterstützt, diese Zielgruppe nicht aus den Augen zu verlieren, ihre Lebenssituationen zu berücksichtigen und angemessen auf daraus entstehende Bedürfnisse eingehen zu können. Die soziale Infrastruktur trägt wesentlich zu gleichberechtigten Lebensverhältnissen bei. Deshalb muss sexuelle und geschlechtliche Vielfalt hier berücksichtigt werden und darf sich nicht negativ darauf auswirken.
- **Beratung für LGBTIQ*-Mitarbeitende**
Weiterhin haben queere Mitarbeiter*innen der LHM die Möglichkeit, sich bei Ungleichbehandlung, Diskriminierung, Fragen, Wünschen und Anregungen an die KGL zu wenden und dort eine Beratung zu ihrem Thema zu bekommen. Die KGL unterstützt die Mitarbeiter*innen dabei, als LGBTIQ*-Person bei der Stadt München in einem guten und gerechten Arbeitsumfeld tätig sein zu können.

Prävention und Bekämpfung von LGBTIQ*-Feindlichkeit

- **Weiterentwicklung der Fortbildungen zum Thema LGBTIQ* für Mitarbeiter*innen der verschiedenen Referate und Eigenbetriebe**
Nach wie vor ist das Wissen über sexuelle und geschlechtliche Vielfalt nicht selbstverständlich. Das Interesse hingegen ist oft sehr hoch – vor allem, wenn das Thema im Arbeitskontext relevant wird und sich abzeichnet, dass notwendiges Wissen oder Verständnis noch ausbaufähig ist. Die KGL bietet seit vielen Jahren in Zusammenarbeit mit freien Trägern sehr erfolgreich Fortbildungen für städtische Bedienstete sowie Fachkräfte an.¹⁰⁸ Durch fehlende Stellenbesetzungen konnten

¹⁰⁸ https://www.letra.de/de/downloads.html?file=files/downloads/WeiterSo_2022_LeTRa.pdf&cid=3105

die Fortbildungen in den letzten Jahren weniger verstetigt werden, als dies gewünscht war. Im Rahmen von Pilotprojekten wurden Fortbildungsformate jedoch in einigen Fachbereichen zumindest temporär implementiert und getestet – ein dauerhaftes Angebot wäre sinnvoll, wünschenswert und durch eine Veränderung der personellen Infrastruktur auch möglich. Die KGL bemüht sich, in den kommenden Jahren das Fortbildungsangebot auszubauen, um mehr städtischen Mitarbeiter*innen die Auseinandersetzung mit dem Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt zu ermöglichen. Die personellen und finanziellen Ressourcen hierfür müssen zur Verfügung stehen.

- Entwicklung von Bildungsangeboten zu Vielfalt in Kitas und Schulen für Erwachsene und Kinder/Jugendliche
 Bildung von Anfang an – dies gilt auch für das Thema Diversität. Die Menschen in München sind unterschiedlich, jede*r bringt eigene oder familiäre Erfahrungen, Voraussetzungen und Bedingungen mit. Diese Vielfalt, zu der z. B. die Themen Migration und Flucht, Behinderung, unterschiedliche Familienformen, kulturelle oder religiöse Zugehörigkeiten, finanzielle Ressourcen sowie Armut gehören, macht München aus. Damit Menschen Vielfalt als Bereicherung und nicht als Bedrohung verstehen, ist Begegnung und Auseinandersetzung mit dem Thema ab dem Kindesalter wichtig. Wenn Vielfalt im Alltag sichtbar und benannt wird, finden Kinder und Jugendliche sich und ihre Familien in diesem Abbild wieder und können sich mit unbekanntem Lebenserfahrungen vertraut machen. Deswegen möchte die KGL die Begleitung von Bildungsangeboten zu Vielfalt erweitern und unterstützen. Die entsprechenden Bildungsangebote sollen sich zum einen altersgerecht an Kinder wenden, was z. B. durch Bücher, Theaterstücke oder themenspezifische Projekte ermöglicht wird. Zum anderen soll Pädagog*innen und Lehrkräften durch Fortbildungen die Chance gegeben werden, sich mit dem Thema (sexuelle und geschlechtliche) Vielfalt, Geschlechterrollen und geeigneten Methoden zur Umsetzung in der Praxis zu befassen. Die KGL entwickelt, begleitet und unterstützt in Kooperation mit Kolleg*innen der verschiedenen Referate und Fachabteilungen entsprechende Angebote für alle Altersklassen und städtischen Einrichtungen. Es sollte daran gearbeitet werden, dass entsprechende finanzielle wie personelle Ressourcen im Bereich Kita und Schule vorhanden sind.
- Kampagnen zur realistischen Darstellung von LGBTIQ*
 Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt erlebt in der öffentlichen und medialen Darstellung häufig eine gewisse Dramatisierung. Dies liegt zum einen daran, dass z. B. im Rahmen der CSD-Berichterstattung Bilder von queerer Inszenierung mehr Aufmerksamkeit erregen und somit finanziell lukrativer sind als Fotos, die eher eine queere „Normalität“ abbilden. LGBTIQ* aus der gesellschaftlichen „Schmuddel-ecke“ zu holen, ist aus einer Reihe von Gründen aus unterschiedlichen Perspektiven schlicht nicht erwünscht. Zum anderen sind queerfeindliche, rechtspopulistische bzw. rechtsextreme und fundamentalistische Kräfte stark darum bemüht, LGBTIQ*-Personen und Lebensrealitäten in Verruf zu bringen, als Perversion und Gefahr darzustellen und Vorurteile und Hass zu schüren. Wie die gesellschaftliche Entwicklung und auch die Zahlen von Hasskriminalität zeigen, tragen diese Strategien zunehmend Früchte. Die KGL wird daher ihre Bemühungen verstärken, den städtischen Mitarbeiter*innen durch Kampagnen und Öffentlichkeitsarbeit zu vermitteln, wie vielfältig, wertvoll und anerkanntenswert die unterschiedlichsten LGBTIQ*-Lebensentwürfe in der Realität sind und dass von Vielfalt keine Gefahr ausgeht, sondern sie eine Bereicherung gerade auch im Arbeitskontext darstellt.
- Aufbau eines Netzwerkes der Diversitäts- und LGBTIQ*-Beauftragte
 Stadtweit sind Mitarbeiter*innen mit dem Thema Diversität und/oder LGBTIQ* im Rahmen ihrer Arbeitszeit betraut (RBS, KVR, Sozialreferat). Auch vor ihnen machen gesellschaftliche Entwicklungen und Einstellungen, die sich negativ und ab-

wertend zum Thema Vielfalt positionieren, nicht halt. Mitarbeiter*innen der Stadt München sind Gefahren ausgesetzt und erleben Anfeindungen. Um Kolleg*innen, die mit VZÄ-Anteilen zum Thema arbeiten, zukünftig besser schützen und stärken zu können und ihnen Raum für Austausch und Strategieentwicklung zu bieten, ist die Etablierung eines Netzwerkes Vielfalt und Sicherheit sinnvoll.

Weiterentwicklung des Themas LGBTIQ*

- **Ausbau der LGBTIQ*-Beauftragungen im Rahmen der Haushaltsmöglichkeiten**
Die KGL ist gesamtstädtisch für die Weiterentwicklung sowie Sichtbarmachung des Themas sexuelle und geschlechtliche Identität verantwortlich und steuert das Thema stadtweit. In einigen Referaten und Eigenbetrieben gibt es mittlerweile offizielle mit Stundenanteilen ausgestattete Ansprechpersonen für LGBTIQ*, was zu großen Synergieeffekten und sehr positiver Zusammenarbeit und Vernetzung führen kann. Der KGL ist sehr daran gelegen, in möglichst vielen bzw. sämtlichen Bereichen der Stadtverwaltung entsprechende Stellen zu installieren. Mit Blick auf die aktuelle Haushaltslage ist ein Ausbau derzeit nicht vorstellbar, jedoch sollte das Thema im Blick behalten werden.
- **Erweiterung des Beschäftigtennetzwerks**
Die KGL hat 2022 das Beschäftigtennetzwerk für LGBTIQ*-Mitarbeiter*innen der Stadt München ins Leben gerufen. Mittlerweile gehören diesem Netzwerk ca. 350 Personen an. Neben regelmäßigen Treffen bietet das Beschäftigtennetzwerk Raum für Austausch, gemeinsame Aktionen und Engagement. Die Stadt München ist eine attraktive Arbeitgeberin für Lesben, Schwule, bisexuelle, trans*, inter* und queere Mitarbeiter*innen. Die Anerkennung dafür, dass LGBTIQ*-Personen umgekehrt genauso ein Gewinn für die Stadt München als Arbeitnehmer*innen sind, möchte die KGL mit dem Beschäftigtennetzwerk erbringen. Die KGL wird weiterhin Sorge tragen, dass das Netzwerk wächst und gedeiht, LGBTIQ*-Menschen dort einen sicheren Raum finden, sich vernetzen und engagieren können.
- **Verknüpfung der städtischen Bildungskonzepte**
Die Landeshauptstadt hat bereits heute einige gelungene Bildungsmaßnahmen zum Thema LGBTIQ* bzw. Vielfalt etabliert. Genannt sei hier als Beispiel das einführende Angebot für „Vielfalt gewinnt“ für junge Auszubildende der LHM. Sinnvoll wäre es, die einzelnen Bildungsmaßnahmen, zu denen auch Fortbildungen zählen, in einem Bildungskonzept zu vereinen und aufeinander abzustimmen. Im Rahmen eines Gesamtkonzeptes zu diversitätsorientierter Bildungsarbeit könnten wichtige Themen, die das Arbeiten, Zusammenleben und die Zukunft Münchens prägen, fachlich aufbereitet, zusammengeführt und den Mitarbeitenden der LHM zur Verfügung gestellt werden.
- **Ausbau der Gleichstellungs- und Vielfaltskompetenz**
Die sich in Arbeit befindliche Gleichstellungs- und Vielfaltskompetenz im Rahmen des Münchner Kompetenzmanagements zu LGBTIQ* soll weiter ausgebaut werden. Zusätzlich zu dem erstellten Dokument bzw. den Webinhalten, die das Thema LGBTIQ* ausführlich für Beschäftigte darstellt, sollen weitere Methoden entwickelt werden, um Menschen die Einarbeitung ins Thema und die Auseinandersetzung mit den erlernten Inhalten auf unterschiedlichen Wegen zu ermöglichen. Geplant sind Videos, Grafiken und Erklärfilme, die auf der stadteigenen Webseite zusätzlich zur Verfügung gestellt werden und das Angebot abrunden sollen. Dies wird Gegenstand einer eigenen Stadtratsvorlage sein.
- **Verankerung des Themas in den Personalentwicklungsinstrumenten**
Perspektivisch soll das Thema LGBTIQ* in den Personalentwicklungsinstrumenten der Stadt München verankert werden. Vorher ist es unabdingbar, dass Führungs-

kräfte mithilfe der Angebote und Methoden zur Vielfaltskompetenz entsprechende Fähigkeiten erlernt haben. Mit Erreichen dieses Zieles, die Führungskräfte der Stadt München gut zu LGBTIQ* informiert zu haben, wird dem Wunsch begegnet, das Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in den Personalentwicklungsinstrumenten zu verankern. Wenn sich Führungskräfte im Sinne einer interkulturellen Kompetenz Sensibilität und Wissen zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt erarbeitet haben, können sie einschätzen, ob diese bei ihren Mitarbeitenden vorhanden ist bzw. bei Bedarf an diese weitergeben.

- **Verknüpfung der städtischen Strategien**
Die KGL hält es für wichtig und zielführend, die unterschiedlichen Strategien der Stadt München, z. B. bezüglich Inklusion, Gender Mainstreaming, interkulturelle Öffnung, LGBTIQ* und Nachhaltigkeit zukünftig noch enger miteinander zu verknüpfen. Dies führt zum einen zu einer Stärkung und Betonung der Wichtigkeit der Strategien und beleuchtet zum anderen das Thema Intersektionalität nochmal aus einer neuen Perspektive. Die Verknüpfung der unterschiedlichen Themenfelder geht einher mit regelmäßigem Austausch und Vernetzung der zuständigen Stellen und Mitarbeiter*innen, wodurch die Themen aktuell und im Fokus bleiben.
- **Umsetzung gezielter Maßnahmen in relevanten Bereichen**
Mit dem vorliegenden Beschluss wird auch die Frage behandelt, ob München einen queeren Aktionsplan braucht bzw. wie dieser umgesetzt werden könnte. Ergänzend zu den Ausführungen zum Aktionsplan sieht die KGL die Stärke in München vor allem darin, dass die Stadt seit über 20 Jahren über eine Fachstelle verfügt, die sich in nahezu allen Bereichen um das Thema LGBTIQ* kümmert. Deshalb sieht die KGL ihre Fähigkeit und Aufgabe darin, anstelle eines Aktionsplans über die in diesem vorliegenden Dokument formulierten Maßnahmen gezielt in unterschiedlichen Bereichen ansetzen zu können und zu einer positiven Entwicklung beizutragen. Darüber hinaus muss die KGL für aktuelle und akute Ereignisse handlungsfähig bleiben. Bereits im Jahr 2018 wurde dem Stadtrat eine aktionsplanähnliche Broschüre vorgelegt, mit der die vielfältigen Maßnahmen der Landeshauptstadt München für LGBTIQ* dargestellt wurde. Es handelte sich sowohl um Einzelmaßnahmen als auch um langfristig angelegte Leistungen.
- **Förderung von Vielfalt als Bereicherung für die LHM**
Vielfalt bei den Beschäftigten ist eine Bereicherung für jede Arbeitgeberin. Die Landeshauptstadt München ist sich dessen bewusst und wird weiterhin daran festhalten, für queere Beschäftigte bzw. Interessierte attraktiv zu sein. Interkulturelle Kompetenzen, vielfältige Sicht-, Denk- und Herangehensweisen bieten unendliche Möglichkeiten, die im Arbeitskontext genutzt werden und beste Arbeitsergebnisse generieren sowie zu einer offenen Atmosphäre beitragen können.

7.7 Stadtgesellschaft

Sicherstellung queerpolitischer Standards

- **Sichtbarkeit von LGBTIQ* als wertvoller Bestandteil des Münchener Stadtlebens**
Im Münchner Stadtleben ist die Regenbogenflagge als Zeichen für Vielfalt längst fester und wertvoller Bestandteil des Münchner Stadtlebens. Sei es im Rahmen der Pride-Weeks als Wimpel an den Trambahnen und Bussen in München oder als Flagge am Rathaus zum CSD. Die Stadt symbolisiert und verstetigt damit ihr Versprechen an Vielfalt und Akzeptanz. In zunehmendem Maße findet auch die Progress-Pride-Flagg Verwendung. Diese Regenbogensymbolik im Stadtbild ist wichtig in der Wirkung sowohl nach innen – also an die Stadtgesellschaft und als Teil dieser die queeren Menschen in München – als auch und nach außen, um deutlich

zu machen, dass München eine Weltstadt mit Herz ist, in der jede*r willkommen ist. Als Zeichen über die Stadttore von München hinaus spielt dies eine große, denn auch finanzielle Rolle, sowohl im Kontext von Tourismus als auch als Arbeitgeberin bzw. Wohnort für queere Menschen.

Auch queere Veranstaltungen wie der jährliche CSD, die verschiedenen Straßenfeste, Regenbogenkonzerte, Ausstellungen, Empfänge, Drag-Lesungen und Filmfeste – um nur ein paar kulturelle Highlights des queeren Stadtlebens zu nennen – sind sichtbarer, gewünschter und wichtiger Teil von München. Besonders auch, weil die queere Kneipenkultur immer mehr verdrängt und damit unsichtbarer wird, ist die Sichtbarkeit von queerem Leben als kultureller Bestandteil der bayerischen Hauptstadt weiterhin zu fördern und umzusetzen.

- Beteiligung von queeren Vereinen/Gruppen/Themen bei stadtweiter Veranstaltung Damit die Vielfalt der Stadt München auch über spezielle queere Veranstaltungen hinaus sichtbar wird, ist es gut, wenn LGBTIQ*-Vereine, Beratungsstellen und städtische Stellen bei allgemeinen Veranstaltungen sichtbar werden. Sie kann z. B. auf Messen oder öffentlichen Events wie z. B. dem Corso Leopold stattfinden. Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt als eins von unterschiedlichen Merkmalen der Münchner Stadtgesellschaft sichtbar zu machen und so zum Abbau von Vorurteilen und Begegnungen beizutragen, bleibt weiterhin wichtig. Die KGL informiert die Community über entsprechende Veranstaltungen und unterstützt nach Möglichkeit bei einer Teilnahme.

Prävention und Bekämpfung von LGBTIQ*-Feindlichkeit

- Kampagnen zur realistischen Darstellung von LGBTIQ*
Ähnlich wie im Bereich der städtischen Mitarbeiter*innen sollen auch für die Stadtgesellschaft Kampagnen durchgeführt werden, die eine realistische und entdramatisierte Darstellung von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt vermitteln. Dadurch können mögliche Vorurteile und Rollenstereotype sichtbar gemacht bzw. diskutiert und schlussendlich abgebaut werden. Wie die bayerischen Daten zu Hasskriminalität gegen LGBTIQ*-Menschen 2023 zeigen, gibt es keine spezifische politische Richtung, aus der die Täter kommen. Diese stammen vielmehr aus allen Teilen der Gesellschaft und hier setzt eine öffentliche Kampagne an. Zum einen gilt es, anhand von Informationen und Sensibilisierung die Vielfalt von LGBTIQ*-Lebensrealitäten darzustellen, um auf diesem Weg ein realistisches Bild zu schaffen, Ängste und Vorbehalte abzubauen. Zum anderen soll Menschen der Mehrheitsgesellschaft aufgezeigt werden, wo Meinungsfreiheit in straftatrelevante Vorfälle umschlägt, sei es in Form von Beleidigungen, Beschimpfungen, Drohungen und Angriffen – sowohl offline als auch online. Die Verrohung der Sprache hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen, Grenzen haben sich verschoben, gewaltvolle Kommunikation ist bahnbrechend in vielen gesellschaftlichen Diskursen, Fragen und Bereichen und bereitet den Weg dafür, dass Worten Taten folgen. Queere Menschen sind Teil der Stadtgesellschaft und tragen ihren Teil zur Vielfalt in München bei, die die Landeshauptstadt unvergleichbar, attraktiv und l(i)ebenswert macht. Die KGL hat in der Vergangenheit bereits eine Reihe von öffentlichkeitswirksamen Kampagnen umgesetzt, wie z. B. die Jugendkampagne oder im Rahmen der Gewaltprävention die Kampagne „Zeig Flagge – zeig's an“. An diese Erfolge möchte die KGL gerne anknüpfen und weiterhin dafür Sorge tragen, dass entsprechende Kampagnen die Stadtgesellschaft erreichen.
- Verständnis und Sichtbarkeit schaffen für die Bedarfe von marginalisierten Gruppen
Teil der Kampagnen zur realistischen Darstellung von sexueller und geschlechtli-

cher Vielfalt ist auch, Menschen der Mehrheitsgesellschaft für die besonderen Bedarfe von marginalisierten Gruppen, wie es LGBTIQ*-Personen nach wie vor sind, zu sensibilisieren und Verständnis zu erzeugen. Hierzu gehört, einfach und nachvollziehbar zu erklären, woraus sich die bestehenden Ungleichheiten speisen, wobei Heteronormativität und patriarchale Strukturen tragende Rollen spielen, weil sie die Entwicklungsfreiheit von allen Menschen einschränken. Zudem ist es wichtig deutlich zu machen, dass Bemühungen, die eine Gleichstellung von LGBTIQ*-Personen zum Ziel haben, nicht bedeutet, dass diese Gruppe dadurch Vorteile erlangt oder anderen gegenüber bevorzugt wird. Es geht darum, die gleichen Rechte und Bedingungen für alle Menschen zu schaffen, unabhängig davon, ob sie der Mehrheitsgesellschaft angehören oder Teil einer marginalisierten Gruppe sind, um Diskriminierung und Benachteiligung zu verhindern bzw. zu minimieren.

Weiterentwicklung des Themas LGBTIQ*

- Vernetzung mit Organisationen aus der Zivilgesellschaft zur Implementierung des Themas sexuelle und geschlechtliche Vielfalt im Kontext der Demokratiesicherung
Häufig steht das Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt als ein besonderes Thema für sich allein. Zukünftig wird es wichtiger denn je sein, dass LGBTIQ*, so wie viele weitere marginalisierte und damit von Diskriminierung und Exklusion besonders betroffene Gruppen, als Thema in zivilgesellschaftlichen Kontexten in Erscheinung tritt. Dafür braucht es ein Eintreten, aktiv werden und aufgenommen werden in zivilgesellschaftliche Strukturen und Bereiche, deren Ziele die Sicherung der Demokratie, die Weiterentwicklung von Gleichberechtigung und der Ausbau einer vielfältigen (Stadt-)Gesellschaft ist. Vernetzung und strategische Allianzen sind hierbei sowohl mit großen und etablierten Akteur*innen sinnvoll als auch in kleinen Strukturen mit weiteren gesellschaftlichen Minderheiten, um ein gemeinsames Sichtbarwerden in der Mehrheitsgesellschaft zu erreichen. Das Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt sollte als ein gesellschaftliches Querschnittsthema in möglichst vielen Bereichen mitgedacht und sichtbar werden, hierzu gehören z. B. Aufrufe, Demonstrationen, Öffentlichkeitsarbeit, Angebote usw. Dazu ist es auch hier notwendig, Menschen in den entsprechenden Strukturen und Einrichtungen zu sensibilisieren, Begegnung und die Entwicklung einer Haltung zu ermöglichen, um auf diesem Weg Verbündete zu bekommen, die zukünftig gemeinsam mit LGBTIQ* für Vielfalt und Gemeinsamkeit eintreten.

- Verbesserte Einbindung der queeren Community in die zivilgesellschaftlichen Strukturen
Verschiedene Studien zeigen, dass Ängste und Vorurteile besonders dort bestehen und wachsen, wo keine Begegnung und Berührung zwischen den Menschen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen möglich ist. Ein Weg, Vorbehalte abzubauen und Bündnisse zu schließen, liegt somit darin, Kennenlernen zu ermöglichen. Durch eine verbesserte Einbindung der queeren Community in zivilgesellschaftliche Strukturen wird dies möglich und gleichzeitig Sichtbarkeit und Verständnis für die Bedarfe von LGBTIQ* geschaffen. Es können auch Brücken gebaut und Verbände eingegangen werden, die demokratische Grundsätze schützen und für die Belange aller Menschen, auch der aus gesellschaftlichen Minderheiten, entschlossen und aktiv eintreten.
Der Ausbau und die weitere intensive Vernetzung und Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Strukturen ist eine elementare Aufgabe und Herausforderung für die Zukunft. Queere Menschen brauchen Verbündete aus der Mehrheitsgesellschaft, die sich für LGBTIQ* einsetzen und diese im Kampf gegen antidemokratische Kräfte unterstützen und verteidigen. Deshalb gilt es, das Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt sowohl seitens der KGL bzw. der Fachstellen im städti-

schen Kontext zu vertreten und anzubringen als auch über die bereits bestehenden zivilgesellschaftlichen Netzwerke hinaus weiterzutragen und das Thema zu verstetigen, um stabile demokratische Bündnisse zu schaffen und gemeinsam für Vielfalt in der Münchner Stadtgesellschaft sowie über die Stadtgrenzen hinaus einzustehen.

8. Ein queerer Aktionsplan für München

Die Fraktion DIE LINKE. – Die PARTEI beantragt die Erstellung eines „Aktionsplan Queeres München“. Dabei soll durch die KGL in enger Abstimmung mit weiteren (Querschnitt-) Stellen und den Referaten ein besonderer Schwerpunkt auf verschiedene Handlungsfelder wie z. B. queere People of Colour, Sichtbarmachung von TIN-Menschen, queere Menschen mit Behinderung usw. gelegt werden. Es soll dargelegt werden, inwieweit hierfür Personalressourcen benötigt werden.

Aktionspläne für die Gleichstellung und Antidiskriminierung von LGBTIQ* sind grundsätzlich ein begrüßenswertes und wirksames Instrument, um Maßnahmen zur Verbesserung der Situation queerer Menschen zu installieren. In Deutschland verfügen insbesondere die Bundesländer über solche Aktionspläne. Bis auf den Freistaat Bayern, der mit der Erarbeitung eines Aktionsplans kürzlich erst begonnen hat, verfügen alle Bundesländer über dieses Instrument. Auf kommunaler Ebene gibt es nach Wissen der KGL nur einige wenige Aktionspläne, z. B. in Bielefeld und Nürnberg.

Die Aktionspläne der Bundesländer dienen hauptsächlich dazu, rechtliche Rahmenbedingungen in verschiedenen Bereichen (Bildung, Soziales, Gesundheit usw.) zu verbessern und entweder neue Unterstützungsformen für queere Menschen bzw. die queere Community aufzubauen oder bestehende Maßnahmen/Angebote/Leistungen für queere Menschen zu öffnen oder zugänglicher zu machen.

Auf kommunaler Ebene sind die bekannten Aktionspläne praxisorientierter und enthalten in verschiedenen Themenfeldern relativ konkrete anzustrebende Ziele oder Maßnahmen.

8.1 Die Situation in München

Die Landeshauptstadt München verfügt mit der Koordinierungsstelle über eine eigene Einrichtung, die das Thema LGBTIQ* zentral für die ganze Stadtverwaltung steuert und entwickelt. Seit nunmehr 23 Jahren arbeitet die KGL in sämtlichen Strukturen für eine Verbesserung der Situation von LGBTIQ*-Personen. Es konnte hierbei viel erreicht und es konnten umfangreiche Themen bearbeitet werden, die andernorts sowohl in Bundesländern als auch in Kommunen Inhalte von Aktionsplänen sind.

Seit Einrichtung der KGL hat diese über die Jahre hinweg in den meisten Handlungsfeldern, die in Aktionsplänen benannt werden, bereits Strukturen geschaffen, dauerhafte Maßnahmen eingeleitet und umgesetzt und die Verwaltung dabei unterstützt, das LGBTIQ*-Thema gut zu bearbeiten.

Folgende Beispiele können hier angeführt werden.

- Schwerpunktthema Jugend mit dem Sozialreferat, Stadtjugendamt
- Schwerpunktthema Alter mit dem Sozialreferat, Amt für Soziale Sicherung
- Schwerpunktthema Flucht und Migration mit dem Sozialreferat, Amt für Wohnen und Migration
- Schwerpunktthema Wohnungslosigkeit mit dem Sozialreferat, Amt für Wohnen und Migration
- Schwerpunktthema Kultur mit Errichtung des Denkmals für die verfolgten Lesben

und Schwulen im Nationalsozialismus

- Schwerpunktthema Kultur mit vielen Einzelmaßnahmen mit dem Kulturreferat
- Schwerpunktthema Queere Bildung mit dem RBS
- Ausstattung der queeren Einrichtungen mit neuen oder zusätzlichen themenbezogenen Stellen (diversity München, Aufklärungsprojekt München, Sub, LesCommunity usw.)

In Bezug auf die queere Community ist die KGL bestens vernetzt, nimmt an der Gremienarbeit der Community teil und hat viele Arbeitsbeziehungen zu den unterschiedlichsten Akteur*innen der LGBTIQ*-Community. Die Bedarfe queerer Menschen in München sind daher in der KGL sehr gut bekannt. Die KGL hat über viele Jahre hinweg daran gearbeitet, die psychosoziale und infrastrukturelle Grundversorgung der Community sicherzustellen und auszubauen.

Sie hatte einen wesentlichen Anteil an der Schaffung oder dem Ausbau folgender Einrichtungen:

- Versorgung Sub e.V. mit angemessenen Räumen
- Einrichtung eines lesbisch-queeren Zentrums
- Beratungsstelle Rosa Alter für queere Senior*innen
- Errichtung diverser Wohnmöglichkeiten (Queerquartier, Wohngemeinschaft MüAH)
- Einrichtung von Beratungs- und Unterstützungsmöglichkeiten für geflüchtete LGBTIQ*
- Wohnformen für geflüchtete queere Menschen
- Wohnversorgung für obdachlose/wohnungslose queere Menschen, insbesondere TIN-Personen
- Einrichtung einer Fach- und Beratungsstelle für Regenbogenfamilien
- Ausbau der Angebote für junge queere Menschen, diversity München

Im Antrag der Fraktion werden Handlungsfelder aufgeführt, die von der KGL bearbeitet werden sollen. Diese Handlungsfelder sind an sich sehr sinnvoll und wichtig. Daher haben die KGL und der Stadtrat bereits seit vielen Jahren in den meisten der aufgezählten Handlungsfelder Arbeitsschwerpunkte durchgeführt, Maßnahmen installiert und Einrichtungen gefördert. Gerne nutzen wir die Gelegenheit, im Rahmen dieses Beschlusses über die in den genannten Handlungsfeldern bereits erfolgten Maßnahmen zu informieren.

- LGBTIQ* in verschiedenen Lebensaltern: Die KGL hat seit ca. 2005 einen Schwerpunkt auf die Situation junger queerer Menschen gelegt und eine Vielzahl von Maßnahmen hierzu ins Leben gerufen. Auch das Stadtjugendamt hat hierzu auf verschiedenen Ebenen Maßnahmen installiert. Dasselbe gilt für das Thema „queere Senior*innen“. Neben Beratungseinrichtungen wurden verschiedene Wohnformen installiert und Altenhilfeeinrichtungen qualifiziert.
- Regenbogenfamilien: In enger Zusammenarbeit mit LesCommunity e.V. und dem Sozialreferat konnte schon vor Jahren durch einen Stadtratsbeschluss eine eigene Fach- und Beratungsstelle Regenbogenfamilien eingerichtet werden, die das Thema abdeckt. Die KGL hat gute Arbeitsbeziehungen hierzu und steht bei Bedarfen immer gerne zur Verfügung.
- Schulische Bildung: München verfügt über zwei Aufklärungsprojekte, die queere

Bildung an Schulen und in Jugendeinrichtungen betreiben. Beide Projekte sind durch die Landeshauptstadt München mit Personal ausgestattet worden. Die KGL steht in engem Kontakt mit den Projekten und finanziert bei Bedarf über den Fonds Queere Gleichstellung oder die Münchner Regenbogen-Stiftung benötigte Maßnahmen. Gleichwohl stellt dies einen Bereich dar, der deutlich ausbaubedürftig ist. Dies ist im Maßnahmenkatalog dieses Beschlusses enthalten.

- Queere Menschen mit Behinderung: Dieses Themenfeld wird von der KGL derzeit nicht bearbeitet, soll aber aufgegriffen werden, wenn Kapazitäten dafür frei sind.
- Queere People of Color, von Rassismus betroffene LGBTIQ*; queere geflüchtete Menschen: Zu diesen Themenkreisen und für diese Personengruppen wurde in den letzten Jahren seit 2015 eine Vielzahl von Hilfen, Maßnahmen und Einrichtungen geschaffen. Zusammen mit den Community-Einrichtungen und dem Sozialreferat wurde von der KGL ein Arbeitsschwerpunkt auf das Thema „Migration/Flucht“ gelegt. Im Gesamtplan Geflüchtete der Landeshauptstadt München wurde das Thema LGBTIQ* intensiv eingebracht, im Gewaltschutzkonzept des Sozialreferats gibt es hierzu ein eigenes Kapitel. Beratungs- und Hilfeeinrichtungen sind geschaffen worden, Wohnformen für geflüchtete queere Menschen sind eingerichtet.
- Sichtbarkeit und Förderung von TIN-Menschen: Die KGL ist seit Jahren in einem intensiven Austausch mit den Gruppen und Vereinen der TIN-Community, soweit sich diese der Vernetzung anschließen. Gerade in den letzten Jahren wurden zahlreiche Unterstützungsmaßnahmen miteinander erarbeitet und von der KGL auch (mit-)finanziert. Empowerment-Prozesse brauchen Zeit. Diese Zeit muss man ihnen geben, da sie ansonsten scheitern werden. Wir hoffen aber, den Prozess hin zu einem Zentrum für trans*, inter*, nicht-binäre Menschen in München noch in dieser Wahlperiode des Stadtrats abschließen zu können.
- Abbau von (auch struktureller) Diskriminierung innerhalb der LGBTIQ*-Community; Förderung insbesondere der marginalisierten Gruppen innerhalb der Community: Die KGL bringt diese Themen immer wieder in die Vernetzungsstrukturen und -gespräche mit der Community ein. Erfahrungsgemäß sind die Einrichtungen, Gruppen und Vereine sehr offen bei diesen Themen und bemühen sich sehr, ihre Angebote möglichst diskriminierungsfrei und niedrigschwellig zu erbringen. Gleichwohl wissen wir um die Thematik von Diskriminierung innerhalb der Community und der Situation von marginalisierten Gruppen. Die KGL wird sich auch weiterhin bemühen, an diesen Themen zu arbeiten.

Diese und weitere Einrichtungen und Angebote sichern in den jeweiligen Handlungsfeldern die Versorgung von queeren Menschen in München. Aus Sicht der KGL ist die infrastrukturelle Hilfelandschaft für LGBTIQ* gut ausgebaut und handlungsfähig. Sicher werden über die Jahre immer wieder neue Themenfelder aktuell werden, die einer Bearbeitung bedürfen. So bleibt zum Beispiel derzeit das Thema „LGBTIQ* und Behinderung“ noch unbearbeitet und sollte zur gegebenen Zeit aufgegriffen werden.

Die KGL hat dem Stadtrat im Jahr 2018 eine umfangreiche Darstellung der städtischen Maßnahmen für LGBTIQ* vorgelegt. Die Broschüre „München – die Stadt für LGBTIQ*“ enthält in neun Themenfelder eine Auflistung dieser Maßnahmen. Vergleicht man dies mit bestehenden kommunalen Aktionsplänen, kann man feststellen, dass die Landeshauptstadt München hier bereits weit fortgeschritten ist.

8.2 Die Erfahrungen der KGL seit 2002

Die KGL hat seit nunmehr 23 Jahren ein dichtes Netz an verschiedensten Maßnahmen, Kooperationsbeziehungen und Gremien aufgebaut, mit denen die Gleichstellung von LGBTIQ* vorangebracht wird. Innerhalb der Stadtverwaltung haben sich die Querschnittsstellen zu den gesellschaftspolitischen Themen gut miteinander vernetzt und tauschen

sich regelmäßig aus. Dies gilt sowohl für strukturelle Themen als auch für die gegenseitige Unterstützung bei intersektionalen Fragestellungen oder Einzelfällen.

Vergleicht man die Situation von 2002 mit jener in 2025 kann festgestellt werden, dass es in Bezug auf die LGBTIQ*-Thematik wesentliche Fortschritte gegeben hat.

Allerdings muss hier auch festgehalten werden, dass die dauerhafte strukturelle und nachhaltige Verankerung des LGBTIQ*-Themas in der Verwaltung immer dort auf Probleme stößt, wo keine eigenen Personalkapazitäten in der Verwaltung vorhanden sind oder wo sie an Widerständen scheitert.

Dies bedeutet, dass die KGL in Bezug auf die Maßnahmen für LGBTIQ* immer „am Ball bleiben“ muss, da das Erreichte ansonsten zu versickern droht. Die zentrale Steuerung durch die KGL ist jedoch nicht in der Lage, dauerhaft alle angestoßenen Veränderungsprozesse in der Verwaltung zu begleiten und sicherzustellen.

Es mangelt also weniger daran, nötige und mögliche Maßnahmen zu formulieren und dann zu installieren, als vielmehr daran, dass für die Umsetzung, Weiterverfolgung und nachhaltige Sicherstellung in den meisten Referaten keine oder keine ausreichenden Personalkapazitäten zur Verfügung stehen.

Ein Aktionsplan Queeres München erfordert die Einbindung vieler unterschiedlicher Akteur*innen: die städtischen Referate, die queere Community, zivilgesellschaftliche Gruppierungen, je nach Thema weitere Behörden und Einrichtungen wie das Polizeipräsidium usw. Dies bedeutet, dass ein sehr zeit- und ressourcenaufwendiger Prozess durchgeführt werden müsste.

8.3 Einschätzung der KGL

Die KGL legt mit diesem Beschluss sowohl eine Strategie als auch einen Maßnahmenplan für Gleichstellung und Antidiskriminierung von queerem Leben in München vor. Die Maßnahmen sind dabei so offen formuliert, dass sie den gegebenen Arbeitskapazitäten der KGL jeweils angepasst und verfolgt werden können. Schwerpunktsetzung werden entsprechend der aktuellen Situation erfolgen. Dies unterscheidet den Maßnahmenplan zwar von einem Aktionsplan, der in der Regel sehr konkrete Maßnahmen benennt, verfolgt aber die gleichen Ziele. Aufgrund der bei der Landeshauptstadt München bereits erreichten Erfolge in Bezug auf LGBTIQ* und die durchaus rasante gesellschaftliche Veränderung, auf die jeweils akut zu reagieren ist, würde ein „Aktionsplan“, wie er von Bundesländern und einigen Kommunen formuliert ist, die KGL in ihren Arbeitsmöglichkeiten überfordern und zugleich einschränken. Dies gilt insbesondere, da in den nächsten Jahren nicht mit zusätzlichen Personalkapazitäten zu rechnen ist. Erforderlich wären für einen konkreten Aktionsplan Stellenanteile in den Referaten zur Entwicklung, Durchführung und Sicherung der Maßnahmen sowie in der zentralen Steuerung durch die KGL für den umfassenden Beteiligungsprozess zu einem Aktionsplan, die Umsetzung der Maßnahmen und der Unterstützung bei der – strategischen – Implementierung des LGBTIQ*-Themas in den Referaten. Eine Stellenbemessung für die notwendige Ausstattung der verschiedenen Referate mit LGBTIQ*-Beauftragungen wäre ein arbeitsintensiver Prozess, da die Referate in ihren Aufgaben sehr unterschiedliche Bezüge zum Thema LGBTIQ* haben. Eine einheitliche Ausstattung mit einem festgelegten VZÄ-Anteil würde hier keinen Sinn machen. Sicher wäre jedoch, dass für die zentrale Steuerung eines Aktionsplans in der KGL mindestens 1,5 VZÄ erforderlich wären. Da aufgrund der Haushaltslage eine zusätzliche Personalkapazität auf Jahre hinaus nicht absehbar ist, wird auf eine solche Stellenbemessung hier verzichtet.

Aus Sicht der KGL gibt es zwischen dem in diesem Beschluss formulierten Maßnahmenplan und einem Aktionsplan zwar Unterschiede bei Schwerpunktsetzung und Art und Weise der Umsetzung, jedoch werden die Ziele und Anliegen beider Formen von queerpolitischer Arbeit mit der hier vorgelegten Strategie erreicht. Während ein Aktionsplan den Schwerpunkt mehr auf sehr konkrete Aktionen legt, wird durch die Maßnahmenbeschreibung in diesem Beschluss der Schwerpunkt mehr auf die strategischen Erfordernisse für

die Zukunft gelegt. Aus Sicht der KGL schließen sich diese beiden Formen nicht aus, können aber aus Gründen der Personalkapazität nicht parallel bestehen.

Aus den dargestellten Gründen ergibt sich, dass die Erarbeitung und Durchführung eines „Aktionsplan Queeres München“ in der klassischen Form von Aktionsplänen in den nächsten Jahren nicht umsetzbar sein wird.

Dennoch ist das grundsätzliche Anliegen der Fraktion DIE LINKE. Die PARTEI von hoher Bedeutung! Wir empfehlen daher, anstatt eines klassischen Aktionsplans die im Kapitel 7 beschriebenen Maßnahmen als „strategischen Maßnahmenplan“ zur Umsetzung in den nächsten Jahren zu beschließen.

9. Zum Schluss

In diesem Beschluss wurde skizziert, wie sich lebensweltliche, rechtliche und gesellschaftliche Situationen von queeren Menschen in globalen, internationalen, nationalen und kommunalen Kontexten entwickelt haben und heute darstellen. Vergangene und aktuelle Veränderungen beinhalten einerseits positive Aspekte für die queeren Communitys, andererseits verstärken sich in den letzten Jahren aber wieder negative Tendenzen. Bedrohungen und Angriffe nehmen zu, queeren Menschen wird das Recht auf ein gleichberechtigtes, sicheres und selbstbestimmtes Leben abgesprochen bzw. dieses Leben wird ihnen unmöglich gemacht.

An erster Stelle des deutschen Grundgesetzes steht über allem die Würde des Menschen sowie der Anspruch, dass keine Person benachteiligt werden darf. Der vorliegende Beschluss orientiert sich an diesen Grundsätzen und fokussiert daran orientiert das Ziel, gleichberechtigte Lebensbedingungen für LGBTIQ*-Menschen in der Landeshauptstadt zu schaffen. Die dafür notwendigen Maßnahmen sind in den Strategien für die LGBTIQ*-Community, die Stadtpolitik, die Stadtverwaltung sowie die Stadtgesellschaft beschrieben und umfassen sowohl die Sicherstellung der bisher erreichten Standards, die Weiterentwicklung des Themas LGBTIQ* sowie als Schwerpunkt des Beschlusses die Prävention und Bekämpfung von LGBTIQ*-Feindlichkeit.

Diese Schwerpunktsetzung bedeutet zum einen, z. B. politisch motivierte Feindlichkeit gegen queeres Leben zu verhindern bzw. dieser entgegenzutreten. Zum anderen ist es dringend notwendig, in unterschiedlichsten städtischen bzw. stadtsocietischen Kontexten präventiv queerfeindlichen bzw. -abwertenden Haltungen und Narrativen zu begegnen, zu LGBTIQ* zu informieren und zu sensibilisieren. Und schlussendlich wird dieser neue Schwerpunkt wesentlichen Einfluss auf die künftige Arbeitsausrichtung der Koordinierungsstelle haben.

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass sich LGBTIQ*-Personen als Minderheit nicht auf den Schutz und die Unterstützung der Mehrheitsgesellschaft verlassen konnten – wäre dies der Fall gewesen, hätten die Nationalsozialisten nicht so leichtes Spiel gehabt, was die Verfolgung, Schikanierung, Inhaftierung und Ermordung von queeren Menschen betrifft. Die Gegenwart ruft diese Erinnerungen und Erkenntnisse wieder schmerzhaft hervor, wenn die Gewalt gegen LGBTIQ* zunimmt und das Gefühl der Sicherheit in der Gesellschaft abnimmt.

Die zivilisatorische und kulturelle Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat aber auch viel Gutes hervorgebracht, Haltungen haben sich zum Besseren gewandelt, Bündnisse sind geschmiedet worden und sollten tragfähig sein. Die Zukunft wird zeigen, wie stabil Allianzen sind, ob die Bündnisse bleiben und Bestand haben, wenn von Neuem gesellschaftliche Minderheiten an den Rand gedrängt werden, sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in den Fokus von rechtspopulistischen/rechtsextremistischen, ultrakonservativen oder religiös-fundamentalistischen, antifeministischen bzw. gleichstellungsfeindlichen Angreifern rückt und der soziale Frieden, die eigene Sicherheit sowie die Demokratie gefährdet sind. In der Hoffnung auf eine solidarische und friedliche Zukunft sei der Leitsatz der Münchner LGBTIQ*-Strategie an dieser Stelle nochmals in Erinnerung gerufen und festgeschrieben:

In München leben lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, inter*, nicht-binäre und queere Menschen in einer wertschätzenden und akzeptierenden Umgebung frei von Ausgrenzung, Benachteiligung oder Gewalt, die infrastrukturelle Versorgung ist gewährleistet und die (sub-)kulturellen Bedarfe sind ermöglicht.

10. Klimaprüfung

Ist Klimaschutzrelevanz gegeben: Nein

11. Abstimmung mit den Querschnitts- und Fachreferaten

Diese Beschlussvorlage ist mit der Gleichstellungsstelle für Frauen, der Fachstelle für Demokratie, der Fachsteuerung migrationsgesellschaftliche Diversität im Büro der 3. Bürgermeisterin und der Fachstelle migrationsgesellschaftliche Diversität im Sozialreferat abgestimmt. Diese Stellen haben die Beschlussvorlage mitgezeichnet.

Die Gleichstellungsstelle hat eine Stellungnahme (Anlage 1) abgegeben, ebenso die Fachstelle für Demokratie (Anlage 2).

Die Koordinierungsstelle zur Gleichstellung von LGBTIQ* bedankt sich hier ausdrücklich für die gute Unterstützung und Kooperation!

Anhörung des Bezirksausschusses

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung des Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

II. Antrag des Referenten

1. Dem Leitziel und der Schwerpunktsetzung der LGBTIQ*-Strategie der Landeshauptstadt München im Bereich der Bekämpfung von LGBTIQ*-Feindlichkeit wird zugestimmt. Die KGL wird beauftragt, ihre Arbeitsstruktur schwerpunktmäßig am Thema LGBTIQ*-Feindlichkeit und deren Prävention auszurichten.
2. Die Koordinierungsstelle wird beauftragt, die im Kapitel 7 dargestellten Maßnahmen als „strategischen Maßnahmenplan“ weiter zu verfolgen und in Zusammenarbeit mit den relevanten Stellen in Politik, Verwaltung, Community und Zivilgesellschaft umzusetzen.
3. Die Koordinierungsstelle wird beauftragt, erneut eine Studie zur Situation der LGBTIQ*-Community in München durchzuführen, analog der Studie „München unterm Regenbogen“ aus dem Jahr 2003. Die Ergebnisse dieser Studie werden dem Stadtrat vorgestellt.
4. Die Sicherheit der queeren Projekte in München hat hohe Priorität und muss gewährleistet sein. Die Verwaltung wird beauftragt, die hierfür notwendigen Maßnahmen in Abstimmung mit der KGL sicherzustellen.
5. Die Stadtratsanträge Nr. 20-26 / A 02912 von der Fraktion Die Grünen - Rosa Liste, SPD / Volt - Fraktion vom 13.07.2022 sowie Nr. 20-26 / A 02730 von der Stadtrats-

fraktion DIE LINKE. / Die PARTEI vom 12.05.2022 sind damit geschäftsordnungsgemäß erledigt.

6. Die Anträge Nr. 20-26 / A 02913 der Fraktionen Die Grünen - Rosa Liste, SPD / Volt vom 13.07.2022, Nr. 20-26 / A 02914 der Fraktionen Die Grünen - Rosa Liste, SPD / Volt vom 13.07.2022, Nr. 20-26 / A 02915 der Fraktionen Die Grünen - Rosa Liste, SPD / Volt vom 13.07.2022 zum Themenkomplex LGBTIQ* bleiben aufgegriffen und werden bis Ende 2025 eingebracht.
7. Der Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. **Beschluss**

nach Antrag.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der / Die Vorsitzende

Der / Die Referent/-in

Ober-/Bürgermeister/-in
ea. Stadtrat / ea. Stadträtin

Dieter Reiter
Referentin / Referent

IV. **Abdruck von I. mit III.**

über Stadtratsprotokolle (D-II/V-SP)

an das Direktorium – Dokumentationsstelle
an das Revisionsamt
z. K.

V. **Wv. Direktorium D-KGL**

1. Die Übereinstimmung des vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.
2. An
z. K.

Am